



AL-DJABHA

DIE FRONT



nr. 10 Preis:
Jahr: 1979 1 DM

HERAUSGEBER : SOZIALISTISCHE PALÄSTINAKOMITEE HEIDELBERG

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o ASTA

DER PALÄSTINENSISCH—JORDANISCHE WIDERSTAND AM SCHEIDEWEG



INHALT :

Editorial	S. 2
Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg	S. 6
A. Leon: Judenfrage und Kapitalismus	S. 19
Zur politischen Lage in Israel	S. 23
Zur Nasserismuskussion	S. 29
Die wirtschaftliche Lage in Jordanien	S. 35
10 Jahre bewaffneter Kampf der MPLA	S. 37

Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg, c/o ASTA, Grabengasse 14
Druck: Caro-Druck GBR, Heidelberg
Bank-Kto.: Heidelberger Volksbank, Kto. Nr. 5012

Editorial:

Der palästinensisch-jordanische Widerstand am Scheideweg

Auch dieses Heft der AL-DJABHA beschäftigt sich mit der Lage, die durch die Schwächung der Widerstandsbewegung im jordanischen Bürgerkrieg und durch die Bereitschaft der arabischen Regimes mit Israel Frieden zu schließen, entstanden ist. Der Artikel von Judith Decke gibt die politischen Bedingungen an, unter denen die Friedensverhandlungen auf israelischer Seite geführt werden. Im nächsten Heft, das im April oder Mai 1971 erscheinen wird, wird eine Darstellung der Entwicklung der israelischen Wirtschaft folgen. Zur Entwicklung der antifizionistischen Opposition in Israel (Rakah und die gesplittene israelische Sozialistische Organisation Matzpen) verweisen wir auf das Heft Nr. 30 der Zeitschrift Diskussionen, das im März erscheinen wird.

Der Nasserismus-Beitrag des Genossen Ezzeldin soll zum Verständnis der Politik der bürgerlichen Gruppen beitragen, an die die politische Führung im Nahen Osten übergegangen ist. Sie versuchen zur Zeit in den Verhandlungen für eine "friedliche Regelung" einen Modus der Koexistenz mit dem zionistischen Staat zu finden, nachdem nun auch Syrien unter dem Regime des General Assad seine Ablehnung der UN-Sicherheitsresolution vom 22. 11. 1967 hat fallen lassen. Ezzeldin vertritt die gleiche These wie Hassan Riad schon 1964 (L'Egypte Nassérienne, Paris (Seuil) 1964), daß die historische Funktion der kleinbürgerlichen Offiziers- und Intellektuellengruppen, die in den fünfziger Jahren die reaktionären Großgrundbesitzer und Kompradorengimes verjagten, die Ablösung der traditionellen Formen kolonialer Abhängigkeit durch neokoloniale Methoden ist. Dafür spricht sowohl die wirtschaftliche Entwicklung etwa der VAR (s. v. a. ihre wachsende Kapitalabhängigkeit vom Imperialismus), die wir in der nächsten Zeit werden genauer untersuchen müssen, als auch die politischen Zeichen sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen.

Zunächst aber geraten die nationalistischen Staaten gerade durch den Verlauf der Friedensverhandlungen, die ihr Verhältnis zum Imperialismus bereinigen sollen, immer mehr in die Abhängigkeit von der Sowjet-Union, die ihrerseits versucht, mit den USA zu einer langfristigen Einigung über die jeweiligen Einflußgebiete zu kommen. Der Rogersplan war im Sommer 1970 Ausdruck dieser weltpolitischen Konstellation! Voraussetzung dafür war, daß die militärische Überlegenheit der Israelis durch

die Installation sowjetischer Raketen am Suezkanal gebrochen wurde und Aussichten auf einen für die arabischen Staaten annehmbaren Frieden bestanden. Die Bedingungen für diesen Frieden sind der israelische Rückzug aus den besetzten Gebieten und der Schutz vor weiteren israelischen militärischen und ökonomischen Expansionen. Nachdem die Israelis zunächst den durch eine diplomatische Initiative Nassers zustande gekommenen Rogersplan annehmen mußten, konnten sie sich im folgenden weitaus bessere Verhandlungspositionen erlisten. Sie brachen die Verhandlungen unter dem Vorwand tatsächlicher oder eingebildeter neuer sowjetischer Raketen am Suezkanal ab, rüsteten selbst weiter auf, ließen sich von den USA neue moderne Waffensysteme, Millionenkredite (Die Verschuldung Israels an die USA beträgt heute 2,8 Mrd. Dollar) und Schutzversprechen geben und kehrten Ende 1970 sehr viel stärker als zuvor zu den indirekten Friedensverhandlungen zurück. Anlaß genug für die Presse der westlichen Länder, die Friedensbereitschaft des zionistischen Staates zu loben und die friedensfeindliche Haltung des Präsidenten Sadat zu geißeln, der es wagt, unter diesen veränderten Bedingungen zunächst einmal die ägyptischen Forderungen nach völligem Abzug aus den okkupierten Gebieten erneut zu erheben.

Mit den Dokumenten der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP zum Bürgerkrieg im September legen wir eine grundlegende Analyse der Ursachen und des Verlaufs der Krise vor, mit deren Hilfe diese Organisation ihre weitere Strategie wird entwickeln müssen. In diesem Bürgerkrieg sind wichtige Entscheidungen für den Verlauf der "friedlichen Regelung" und die Zukunft der revolutionären Bewegung im Nahen Osten gefallen, die in der Analyse der FPDLP kurz nach dem Ende der Kämpfe bereits erfaßt wurden, und die sich seitdem immer deutlicher abzeichnen.

Die Widerstandsbewegung ist heute politisch und militärisch so geschwächt, daß sie der "friedlichen Lösung" des arabisch-israelischen Konflikts, der Anerkennung Israels und der langfristigen Verankerung des imperialistischen Einfluß in der arabischen Welt keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen kann. Zugleich droht sich die Widerstandsbewegung zu spalten, nachdem der Versuch Palästina vom Zionismus zu befreien von der arabischen Reaktion und dem US-Imperialismus unter Duldung der arabischen nationalistischen Regimes und der SU zerschlagen worden ist. Auf der einen Seite scheinen sich Teile der Widerstandsbewegung, deren palästinensischer Separatismus die FPDLP für

eine der Hauptursachen der Schwäche der Widerstandsbewegung in Jordanien hält, mit der "friedlichen Regelung" abfinden zu müssen, obwohl sie nach wie vor die Befreiung Palästinas proklamieren. Stattdessen winkt den kleinbürgerlichen Eliten in der Spitze der Widerstandsbewegung die Teilnahme an der Herrschaft über die arabischen Massen und die Regierung eines palästinensischen Staates im heutigen Jordanien. Nach kurzem Zögern ist Al-Fath wieder zur "Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen arabischen Staaten" zurückgekehrt und gibt heute den Kritikern dieser Politik, denjenigen die die Notwendigkeit des Kampfes auch gegen die arabischen Agenten des Imperialismus erkannt haben, die Schuld daran, daß die Widerstandsbewegung sich nicht erfolgreich gegen diese Agenten wehren konnte. Zwar besteht der Widerspruch zwischen den palästinensischen Nationalisten in der Widerstandsbewegung und dem jordanischen Regime weiter: es geht heute um die Frage, wer den Frieden mit Israel schließen darf, ein nationalistisches Regime auf dem Boden Jordaniens, das mit denen Syriens und Ägyptens verbunden ist, oder das jordanische, das vor allem vom britischen Imperialismus als sicherer Garant der Erdölinteressen geschätzt wird. Um sich aber als Partner der bürgerlichen arabischen Regierungen und als zuverlässiges Element des "Friedens" zu empfehlen, muß Al-Fath versuchen, die sozialrevolutionären Elemente der Widerstandsbewegung auszuschalten.

Am 13. Januar 1971 unterzeichneten das Zentralkomitee der PLO und das jordanische Regime ein Abkommen, in dem die "nationale Einheit und Sicherheit" im Vordergrund stand und die Waffenbruderschaft der sich bekämpfenden Parteien beschworen wurde.

Yasir Amrou, einer der führenden Kader der linksb'athistischen Organisation Al Saika, der die Unterzeichnung des Abkommens ablehnte, mußte Jordanien verlassen. Verhandlungen zwischen dem Zentralkomitee der PLO einerseits, der Demokratischen Volksfront und der Volksfront (arabische Nationalisten) andererseits wurden aufgenommen, um eine "einheitliche" Position über die Frage der Entwaffnung der Volksmilizen zu erreichen.

Kamal Adwan, einer der führenden Kader in Al Fath sagte auf einer Versammlung in Beirut drohend: "Die palästinensische Revolution hat in Jordanien Aufgaben übernommen, die keine palästinensischen sind. Sogar die Streiks der Restaurant-Arbeiter wurden nicht nur unterstützt, sondern auch initiiert." Weiterhin sagte Adwan: "Es kann keine zwei nationale Bewegungen in einem und demselben Land geben; würde es solche geben, so ist der Konflikt unvermeidlich." Adwan stellte sich u. a. die Frage: "Ist die Existenz der Organisationen das Ziel, oder vielmehr " die Existenz für das Ziel" das Ziel?"

Die Volksfront(arabischen Nationalisten) reagierte scharf auf die Äußerungen von Kamal Adwan. Auch die Demokratische Volksfront mißbilligte die Erklärungen Adwans, die die brüchige Aktionseinheit der Widerstandsorganisationen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht haben. In einem öffentlichen Kommuniqué vom 19.1.1971 erklärte sie: "Die Demokratische Front ist stets bemüht gewesen, die Verhältnisse in der Widerstandsbewegung und die Beziehungen zwischen den Organisationen zu korrigieren. Die Demokratische Front ruft alle Organisationen des Widerstands auf, die internen Differenzen in einem schnell einzuleitenden Dialog zu lösen." Die FPDLP warf dem Al Fath-Sprecher vor, die falsche Politik der Palästinisierung fortsetzen zu wollen.

Der Aufruf der FPDLP zur Aktionseinheit wurde aber nicht befolgt. Die Entwaffnung der Volksmilizen in Amman wurde fortgesetzt. Der Fath-Sender aus Algerien griff George Habasch als Agent des jordanischen Regimes an. Dem Trieb zur Selbsterhaltung folgend richtete die Volksfront einen Brief an das Zentralkomitee der PLO, in dem sie sich dem Abkommen vom 13. Januar bedingungslos fügte. Habasch erhielt dadurch das Lob, ein großer Patriot zu sein.

Es ist offensichtlich geworden, daß die palästinensische Kleinbourgeoisie nicht in der Lage ist, die wahren Triebkräfte der historischen Entwicklung und die Zusammenhänge der in der Gesellschaft agierenden Widersprüche richtig zu erfassen. Ihr Verhalten in der Krise der Widerstandsbewegung zeigt, daß sie unfähig ist, diese Krise als Ausdruck der dialektischen Entwicklung der Klassenwidersprüche zu verstehen. Sie erfährt diese Krise als Unfall, als Katastrophe, an der die die Schuld tragen, die sie vorausgesagt haben. Entsprechend planlos und eklektisch ist ihr Handeln. Es orientiert sich am kurzfristigen Vorteil und an solchen Zielen, die im Augenblick jeweils erreichbar erscheinen. Ihre Strategie ist die blinde Taktiererei. Es ist offensichtlich, daß sich die Frage "Sein als Ziel" oder "Sein für das Ziel" nur für solche Organisationen stellen kann, deren Politik in einer Sackgasse ist, deren historischen Mission als Triebkraft einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung sich erfüllt hat.

Für eine sozialistische Organisation kann es eine solche Alternative nicht geben: ihre historische Mission, die theoretische und praktische Anleitung der revolutionären Veränderung, kann nur mit der Existenz der Organisation erfüllt werden.

Aber hinter solch theoretischem Versteckspiel der Bourgeoisie verbirgt sich die Tendenz zur Liquidation selbständiger Organisationen der Linken in der Widerstandsbewegung zugunsten den taktischen Interessen der palästinensischen Kleinbourgeoisie. Eine solche Entwicklung kommt den Plänen des jordanischen Regimes sehr gelegen. Sie wird, wenn man ihr nicht entschieden entgegen tritt, die Voraussetzungen einer revolutionären Einheitsfront zerstören.

Die Volksmilizen der revolutionären Bewegung werden in Jordanien entwaffnet. Das jordanische Regime erläßt eigenmächtig, daß das Tragen von Waffen in den jordanischen Städten und Dörfern verboten wird. Dadurch wird der Weg zur erneuten Alleinherrschaft einer handvoll Großgrundbesitzer und Kompradoren in Jordanien geebnet. Wenn die palästinensische Klein-

bourgeoisie trotzdem erklärt, " die Existenz für das Ziel " sei wichtiger als " die Existenz als Ziel ", dann muß man sich fragen, was das Ziel der palästinensischen Kleinbourgeoisie ist.

Die palästinensische Bourgeoisie kann zur Zeit in ihrer Propaganda kein anderes Ziel angeben als das der Befreiung Palästinas. Davon lebte sie früher, und davon wird sie auch bis zu der Zeit leben, in der die "friedliche Regelung" in die Phase der Ausführung gelangt, leben. In dieser Phase wird die palästinensische Bourgeoisie aber Schritte unternehmen, die den Bevölkerungsmassen als eine neue Taktik präsentiert werden. Die Grundzüge dieser scheinbar neuen Taktik werden sein:

I. Angriffe auf den linken Flügel der Widerstandsbewegung, dessen Parolen vor und während des Bürgerkrieges, so argumentiert die Bourgeoisie, das jordanische Regime zum Angriff haben übergehen lassen. Diese Argumentation ist Wasser auf die Mühlen der offiziellen jordanischen Propaganda, die die Demokratische Front und die nationalistische Volksfront für den Ausbruch der Kämpfe verantwortlich zu machen sucht. Schon am 22. September 1970 erklärte die jordanische Militärdiktatur, daß die Demokratische Volksfront und die Volksfront (arabische Nationalisten) die Last und die Auswirkungen des Bürgerkrieges tragen werden.

Man kann durchaus über die Richtigkeit der Parolen, die von der Demokratischen Volksfront FPDLF nach der Annahme des Rogers- Plans durch Ägypten, Jordanien und Israel ausgegeben wurden, diskutieren. Eine solidarische Kritik darf aber nicht die Parolen isoliert in Frage stellen, weil sie sonst die historische Aufgabenbestimmung, die diesen Parolen zugrunde lag, völlig verfälscht. Die wichtigste Parole der FPDLF war : " Alle Macht dem Widerstand, den revolutionären Soldaten und dem bewaffneten Volk. " Eine solidarische Kritik der Parolen der palästinensischen Linken muß von einer grundsätzlichen Aufarbeitung der bisherigen Praxis der Widerstandsbewegung, von den Beziehungen des Widerstands zu den arabischen Regimes und zu der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, sowie auch von einer genauen Bestimmung der Erscheinungsformen und des Wesens der Doppelherrschaft ausgehen. Eine solche Kritik hat sich auch mit der Frage der palästinensisch-jordanischen Einheitsfront, die von manchen Widerstandsorganisationen völlig vernachlässigt wurde, auseinanderzusetzen.

Die palästinensische Kleinbourgeoisie wird die Klärung der Differenzen über diese Fragen nicht in gegenseitiger Solidarität angehen, weil die Haltlosigkeit ihrer Angriffe gegen die Linken sonst offensichtlich würde. Zur Zeit ist die Position der palästinensischen Kleinbourgeoisie ambivalent. Teile dieser Bourgeoisie treten offen reaktionär auf, indem sie verkünden, die palästinensische Widerstandsbewegung habe im September die Schlacht der Demokratischen Volksfront geführt. Der Widerstand zwischen dem jordanischen Regime und der palästinensisch-jordanischen Befreiungsbewegung wird somit auf einen Widerspruch zwischen dem Regime und der Linken reduziert. Die

Konsequenz einer solchen Politik wird ein Bündnis mit dem Regime gegen die Linken sein. Andere Teile der Kleinbourgeoisie versuchen, ihre Kritik durch scheinbar linke Argumente zu untermauern. Der sogenannte linke Flügel der Kleinbourgeoisie fälscht die Parolen der Demokratischen Volksfront zugunsten seiner rechtsopportunistischen Politik um. Die Parolen der national-demokratischen Revolution, wie die FPDLF sie in der Phase der Doppelherrschaft ausgegeben hat, werden opportunistischerweise als linksopportunistisch und trotzkistisch diffamiert. Ein vulgärmarxistisches Verständnis der Widersprüche, wie sie vor und während des Bürgerkrieges deutlich zutage traten, dient der Rechtfertigung einer Position, die alle Klassenwidersprüche der arabischen Gesellschaften zu Nebenwidersprüchen erklärt. Der "Hauptwiderspruch", auf den sich die Widerstandsbewegung nach dieser Theorie allein konzentrieren darf, ist dann der zum zionistischen Staat, während die "Nebenwidersprüche" sich zwischen dem palästinensischen Volk und der arabischen Reaktion irgendwann lösen werden. Die Konsequenz dieser Politik wird ein Bündnis mit den nationalen arabischen Regimes, aber vor allem mit Ägypten, das seinen Frieden mit dem Imperialismus und seinen Agenten gemacht hat, gegen die Linken sein.

II. Die Frage der nationalen Einheitsfront werden die bürgerlichen Kreise in der Widerstandsbewegung so angehen, daß sie ihre Hegemonie über die Linken und radikal demokratischen Organisationen sichern. Die Politik der Einheitsfront wird sich mehr und mehr an integrationsideologischen Prinzipien orientieren, deren Grundlage der Nasserismus als Ideologie ist. Diese Kreise können ihre Hegemonie nur dadurch sichern, daß sie die nationale Einheitsfront zugunsten einer militärischen Aktionseinheit verdrängen, die die politische und theoretische Aufarbeitung der bisherigen Praxis verhindert und den Plänen des jordanischen Regimes nicht wirksam entgegenwirken kann.

In der Frage der nationalen Einheitsfront ist die Politik der palästinensischen Kleinbourgeoisie ambivalent. Zwei politische Richtungen kennzeichnen die Position des palästinensischen Kleinbürgertums; die eine Richtung vertritt eine palästinensische und die andere Richtung eine palästinensisch-jordanische Einheitsfrontpolitik. Keine der beiden Richtungen wird sich gegen die Pläne des jordanischen Regimes ohne eine massive Unterstützung des nationalen arabischen Regimes durchsetzen. Die Regimes des geplanten Staatenbundes (Ägypten, Syrien, Libyen und der Sudan) scheinen heute die Politik Husseins genauso zu fürchten, wie sie, abgesehen von Syrien, die Politik des Widerstands vor dem Bürgerkrieg zu fürchten hatten. Diese Staaten wollen Hussein nicht so stark werden lassen, daß er eine, von ihnen unabhängige separatistische Politik gegenüber Israel führt. Sie sind deshalb bereit, die palästinensische Kleinbourgeoisie gegen Hussein zu stützen. Auf welche der beiden Richtungen sie mehr setzen, wird von den Konzessionen, die jede Richtung im Laufe der Verhandlungen zu machen bereit sein wird, abhängen.

III. Einige Organisationen des Widerstands werden in Jordanien und Libanon noch mehr Machtpositionen aufgeben, weil sie ihre resignative Politik gegenüber den palästinensischen und arabischen Bevölkerungsmassen dann umso leichter rechtfertigen können. Die Entwaffnung der Volksmilizen war ein entscheidender Schritt auf diesem Weg, der die Machtlosigkeit der angeblich von den Linken Kräften verratenen Revolution demonstrieren soll. Das palästinensische Kleinbürgertum versucht schon heute das Aufgeben von Machtpositionen als eine Taktik darzustellen, der eine Reihe von Offensiven folgen wird. Die Maxime der palästinensischen Kleinbourgeoisie ist heute entsprechend dem Leninschen Buchtitel "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück". In der täglichen Praxis sind die "zwei Schritte zurück" besonders schwerwiegend, weil jede Konzession, die ohne das Einverständnis der Basis getroffen wird, die Kampfbereitschaft der einer militärischen Disziplin unterworfenen Feddayin paralyisiert.

Das vorläufige Aufgeben von Machtpositionen wäre zwar eine taktische Angelegenheit, wenn die damit verbundene Praxis und politische Schulung der eigenen Kader und der Bevölkerungsmassen die Notwendigkeit der Taktik genauer erklärt und die strategische Zielsetzung gegenüber der Taktik immer hervorhebt. Am folgenden Beispiel kann man aber zeigen, daß das palästinensische Kleinbürgertum ein falsches Verständnis des politischen Taktierens und ein entfremdetes Verhältnis zu den politischen Aufgaben hat, die das taktische Manöver nicht als Anbetung der gegnerischen Politik erscheinen lassen dürfen.

Das Organ des Zentralkomitees der PLO "Fat'h Nr. 173" schrieb am 5. Januar 1971 dazu:

"Es ist ein gutes Zeichen, daß die Regierungserklärung die beiden Abkommen von Kairo und Amman und die daraus entstandenen Verpflichtungen als Grundlage eines auf dasselbe Ziel gerichteten gemeinsamen Wegs betrachtet. Es ist auch ein sehr gutes Zeichen, daß die Regierungserklärung das palästinensische Volk nicht als "Brüdervolk", sondern vielmehr als ein Bestandteil des jordanischen Volkes versteht.

Wir teilen mit der Regierung die Meinung, daß der Plan eines palästinensischen Staates ein Schlag gegen die heilige Einheit des jordanisch-palästinensischen Volkes darstellt. Es ist auch zu begrüßen, daß die Regierung diesen Plan nicht nur ablehnt, sondern vielmehr als eine Verschwörung auf das Schärfste bekämpft. Wir unterstützen die Regierungserklärung hinsichtlich der gesamtarabischen Zusammenarbeit. Die Revolution schätzt den Inhalt der Regierungserklärung positiv ein. Sie erklärt, daß die ganze Regierungserklärung eine Plattform für die Regelung aller aufgeführten Angelegenheiten darstellt."

Es ist offensichtlich, daß dieses "taktische" Manöver die Aufgabe einer selbständigen Politik der Widerstandsbewegung bedeutet und keineswegs zu einer klaren Abgrenzung der strategischen Zielsetzungen der einander bekämpfenden Parteien in Jordanien beiträgt. Die nur schein-

bar taktischen "zwei Schritte zurück" werden kaum dazu angetan sein, eine Offensive gegen die anhaltende Aggression des Regimes einzuleiten.

IV. Die Ablehnung des palästinensischen Staates wird in diesem Zusammenhang nur eine verbale Erklärung bleiben, solange die Widerstandsbewegung die diesbezüglichen Pläne des jordanischen Regimes in der vorher angeführten Form darstellt und solange sie ein Gefangener der Politik der nationalen arabischen Regimes, die die "friedliche Regelung" sklavisch anbeten, ist. Die Selbstkritik, die einige Führer des palästinensischen Kleinbürgertums in der letzten Zeit in moralischer Motivation übten, und die Drohungen dieser Führer, sie werden sich in den Untergrund begeben, sind auch lediglich verbale Erklärungen, weil sich aus der formalen und nur moralischen Kritik und Selbstkritik keine Revision der bisherigen falschen Praxis ableiten läßt. Solange diese Führer ihre Kritik und Selbstkritik auf die Erscheinungsformen der Krise der Widerstandsbewegung beschränken, werden sie die Entfremdung von der revolutionären Massenbewegung und den revolutionären Zielen nicht überwinden können. Sie werden Gefangene ihrer Privilegien (Autos, Leibwächter, soziale Prestige etc.), der Bürokratisierung der Arbeit (Büros ohne soziale und politische Aufgabenbestimmung, Zentralismus, unbedingter Gehorsamkeit der Basen, etc.) und des Verhältnisses zu den arabischen Regimes, die ihnen eine "reiche Revolution" schufen, bleiben. Auch wenn sie den palästinensischen Staat propagandistisch scharf ablehnen, werden sich diese Führer vor vollendete Tatsachen gestellt sehen. Sie werden sich dann als eine "neue Kraft" den Bevölkerungsmassen präsentieren, die den Kampf um die verlorene Heimat aus den durch die Verhandlungen zurückgewonnenen Gebieten organisieren wird, wie ihre Klassen-genossen in Ägypten und Syrien vor 1967.

Unsere Losung:

"Die Führung hat versagt. Aber die Führung kann und muß von den Massen und aus den Massen heraus neu geschaffen werden. Die Massen sind das Entscheidende, sie sind der Fels, auf dem der Endsieg der Revolution errichtet wird. Diese Massen waren auf der Höhe, sie haben diese "Niederlage" zu einem Glied jener historischen Niederlagen gestaltet, die der Stolz und die Kraft des internationalen Sozialismus sind. Und darum wird aus dieser "Niederlage" der künftige Sieg erblühen.
(Rosa Luxemburg, "Ich war, ich bin, ich werde sein", S. 142)

SPENDEN FÜR DIE FPDLDP :

**Konto "Al-Djabha" bei der
Heidelberger Volksbank Nr. 5012**

Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg

ANALYSE UND SELBSTKRITIK DER DEMOKRATISCHEN VOLKSFRONT FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS

I. DER VERLAUF DES BÜRGERKRIEGS

Die demokratische Volksfront über den Bürgerkrieg

Die militärische und politische Offensive, die die jordanisch-palästinensische Reaktion und der US-Imperialismus im September 1970 gegen die Widerstandsbewegung organisierten, war nicht die erste und wird auch nicht die letzte Offensive sein. Sie war nicht nur gegen den linken Flügel der Widerstandsbewegung gerichtet, wie die Reaktion behauptet, oder durch die politischen Handlungen der Linken zustande gekommen, wie manche Kreise der Rechten in der Widerstandsbewegung propagieren:

Die Septemberoffensive ist ein Glied in der Kette der reaktionären Aggressionen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung. Sie ist ein objektives Ergebnis des fortwährenden Widerspruchs zwischen dem teils semi-feudalen, teils bürgerlichen (Kompradorenbourgeoisie) jordanischen System einerseits und der palästinensisch-jordanischen Befreiungsbewegung andererseits. Alle Versuche, diesen Widerspruch zu verschleiern, mußten scheitern, weil die jordanisch-palästinensische Reaktion wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses vom Imperialismus die nationalen Bestrebungen zur Lösung des nationalen Widerspruchs mit dem israelischen und imperialistischen Feind bekämpfen mußte, und die Schwächung der nationalen Befreiungsbewegung das oberste Ziel ihrer Politik war. Wir sagen nichts Neues, wenn wir noch einmal daran erinnern, daß das reaktionäre Regime in Amman historisch eine Sicherheitsgarantie für die zionistische Bewegung vor 1948 und für den zionistischen Staat und die Konterrevolution im arabischen Raum nach 1948 darstellt. Wir sagen auch nichts Neues, wenn wir die Rolle der Reaktion bei den ständigen Versuchen zur Schwächung und Unterdrückung der Guerrilla vor 1967 (Al-Fat'h) ins Gedächtnis rufen, als die Guerrilla noch kaum organisatorisches oder militärisches Gewicht besaß.

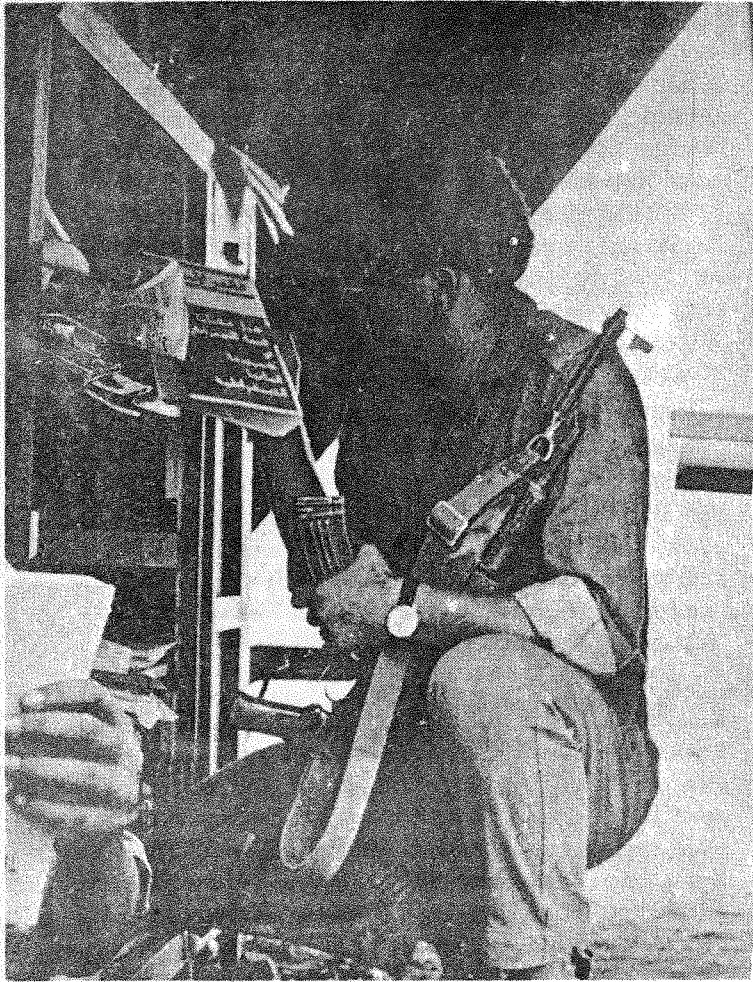
Nach dem Juni-Krieg 1967 unternahm diese Reaktion die erste Offensive - Umzingelung und Vernichtung der Guerrilla im Al Agh am 2.2.68 -, noch bevor die Bevölkerung in den Städten bewaffnet wurde, und die zweite Offensive am 4.11.68 in Amman und anderen Städten, bevor es überhaupt einen organisatorisch unabhängigen linken Flügel in der Widerstandsbewegung gab. Alle diese Aggressionen der Reaktion sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens die reaktionäre, klassenmäßig und historisch überholte Struktur des Systems in Amman, und zweitens die Abhängigkeit dieses Systems vom Imperialismus und die damit verbundene Bereitschaft, amder Verwirklichung der imperialistischen Pläne durch die Unterdrückung der

nationalen Befreiungsbewegung mitzuwirken. Elemente der nationalistischen Rechten in den Reihen des Widerstands und diejenigen, die die Geschichte des Imperialismus in diesem Gebiet und in der ganzen Welt zu ignorieren versuchen, hören trotzdem auf die Lügen der Reaktion, daß die letzte Offensive dem linken Flügel der Widerstandsbewegung gegolten habe, oder dem linken Flügel provoziert wurde. Es ist daher dringend notwendig, solche Elemente aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu entfernen.

Zur Vorgeschichte des Bürgerkriegs

Seit Anfang 1970 wurde deutlich, daß der Imperialismus und die reaktionären arabischen Kräfte es sich für die Jahre 1970/71 vorgenommen hatten, die Palästinafrage zu lösen. Darauf deuteten einige dem Bürgerkrieg vorausgegangene Geschehnisse hin, wie z. B. der direkte amerikanische Druck auf Kairo, der Sisco-Besuch in Israel und den arabischen Ländern, die israelischen Militäraktionen, die den Krieg in das Innere des arabischen Gebiets, vor allem in die VAR, trugen, das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz von Casablanca, die Januar-Angriffe gegen die Widerstandsbewegung im Libanon, die Angriffe vom 10.2. und 7.6.1970 in Amman etc. Auch die offizielle sowjetische Politik versucht 1970/71 die Nah-Ostkrise, wenn auch aus anderen Erwägungen als denen des Imperialismus und der arabischen Reaktion, zu lösen, und zwar nach der sowjetischen und arabischen Auslegung der Sicherheitsresolution vom 27.11.1967. Diese und andere Umstände führten zum Rogers-Plan (Ende Mai 1970), den Kairo und Amman im Juli 1970 annahmen. Damit rückte die Ausführung der Resolution näher. Eines der ersten Ergebnisse des Rogers-Plans war die Verwandlung des Kampfes gegen den zionistischen Feind in einen innerarabischen Konflikt, wodurch die Kräfte der Widerstandsbewegung verzettelt wurden. Die Kommunique der FPDLP (Juli und August 1970) haben deutlich gemacht, daß der Rogers-Plan einen Schritt in Richtung auf die Jordanisierung des Krieges im Nahen Osten bedeutet.

Die jordanische Reaktion mobilisierte ihre Kräfte für die endgültige militärische Vernichtung der Widerstandsbewegung, indem sie den "königlichen weißen Putsch" in den Reihen der Armee, der Polizei und der Sicherheitspolizei anzettelte, um sich mit eiserner Faust in allen staatlichen Unterdrückungsinstitutionen zu festigen und sie politisch und psychisch für ihre Offensive zu mobilisieren. Sie setzte Regierungen mit national-bürgerlichen Figuren ein, die als trojanisches Pferd fungierten, um den Widerstand und die Bevölkerung zu täuschen. (Mitteilungen der FPDLP an die Zeitungen: Saut AlGamahier, Al Talifa, Al Shararah, Fat'h).



Um die Vorbereitungen der Offensive abzuschließen, besuchte Hussein vom 20. - 23. 8. 70 Kairo. Bei den Verhandlungen mit Nasser forderte Hussein die ägyptische Unterstützung seiner Pläne zur Schwächung und Unterdrückung der Widerstandsbewegung. Mit der Rückendeckung der "nationalen" Rifai-Regierung und der Politik der fünfköpfigen arabischen Schlichtungsdelegation setzte die jordanische Reaktion ihre Aggressionsvorbereitungen fort. In der Zeit vom 7. 6. bis zum 16. 9. 1970 bestand zwischen Amman einerseits und den imperialistischen Staaten (Washington, London, und der Bundesrepublik) andererseits eine Luftbrücke, über die die jordanische Armee mit den für die Aggression nötigen Waffen und Munitionen versorgt wurde. Die Widerstandsorganisationen und das Zentralkomitee der PLO wußten von dieser Luftbrücke.

Der königliche Hof nutzte die Annahme des Rogers-Plans durch die VAR sowie die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Widerstandsorganisationen für die Säuberung der Armee und Polizei aus. Er machte sich auch die allgemeinen Sympathien der Bevölkerung für den Nasserismus und die Lage der "nationalen" Bourgeoisie, die zu

Kairo ein gutes Verhältnis hatte, zunützte. Er schien keine Bedenken hinsichtlich des Iraks zu haben, obwohl der Irak lautstark seine Unterstützung für die Widerstandsbewegung versprach.

Die FPDLP klärte die Bevölkerung und die Widerstandsbewegung über die gefährliche Lage auf (Die FPDLP -Dokumente zur 7. palästinensischen Nationalversammlung in Kairo vom 27. -31. 5. 70 sowie zur außerordentlichen Nationalversammlung in Amman vom 28. 8. 70) und wies nach, daß die Unterdrückung der Widerstandsbewegung in Jordanien und im Libanon bevorsteht. Kaum war die 7. Nationalversammlung beendet, da begann die vierte militärische Offensive in Amman und Zarka.

Auf der 7. palästinensischen Nationalversammlung setzte sich die FPDLP für die Durchsetzung elementarer Maßnahmen ein, die die Existenz der Revolution und ihre richtige nationale Linie in der jordanisch-palästinensischen Front ermöglichen sollten:

Eine Diskussion darüber war der FPDLP auf der 6. Nationalversammlung (Sept. 69) durch einige rechte Elemente von Al Fat'h und die Rechten der Nationalversammlung verweigert worden. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:

1. Die Betonung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes als Antwort auf die Politik der Palästinisierung der Palästinafrage durch die Al Fat'h, d.h. die Hervorhebung des Zusammenhangs zwischen dem alltäglichen Kampf gegen den nationalen Feind auf der einen, dem Schutz der Revolution in Amman und der Notwendigkeit des Aufbaus einer soliden nationalen Basis in Jordanien auf der anderen Seite, so daß die Widerstandsbewegung die Angriffe der Konterrevolution und die Pläne des Imperialismus vereiteln kann .

2. Vereinheitlichung und Organisierung des politischen und ökonomischen Kampfs des palästinensischen und des jordanischen Volkes, als Antwort auf die Politik der Fat'h, die auf gewerkschaftlicher und berufsständischer Ebene eine separatistische Politik betrieben hatte. Die separatistische Fat'h-Politik trug objektiv zur Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung bei und hinderte ihre Teilnahme am nationalen Kampf.

3. Zusammenschluß der Widerstandsorganisationen in eine nationale Einheitsfront auf der Basis der Gleichberechtigung, und die Wahl eines Zentralkomitees, dessen Politik sich an einem Minimalprogramm orientiert. Die Nationalversammlung beschloß zwar diese Maßnahme; sie kam jedoch zu spät, abgesehen davon, daß dieser Beschluß nicht in die Praxis umgesetzt wurde. Gegenüber den Staaten, die den Rogers-Plan annahmen, konnten weder die Widerstandsorganisationen noch das Zentralkomitee eine einheitliche, auf der Grundlage eines politischen Programms basierende Position vertreten.

Gegenüber Amman vermochten die Widerstandsorganisationen keine einheitliche Position zu vertreten. Es war die Aufgabe der Widerstandsbewegung, den Rogers-Plan zu vereiteln, mit dem die UN-Resolution in eine entscheidende Phase eintrat. Zur Vereitelung dieses Plans wäre die Schaffung einer nationalen Regierung notwendig gewesen, die gegen die imperialistisch-zionistischen und reaktionären arabischen Liquidierungspläne hätte kämpfen können. Die FPDLP machte die Massen, das Zentralkomitee der PLO

und die Widerstandsorganisationen auf die Gefahren der neuen Phase aufmerksam. (Kommunique der FPDLP und Al-Shararah) Unter Mitwirkung der FPDEP rief das Zentralkomitee die palästinensische Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung ein, auf der die FPDLP den Delegierten Vorschläge und Resolutionen vorlegte.

Die Nationalversammlung vom 27.8.1970 nahm zwar die Resolutionsvorschläge der FPDLP mit Änderungen an, lehnte jedoch die Konsequenzen ab (Kampf für eine nationale Regierungsform). Die Nationalversammlung beschloß: Die jordanisch-palästinensische Front wurde als eine Einheit und Ostjordanien zur Basis der Revolution erklärt. Keine Autorität, keine Regierung dürfe mit dem nationalen Feind über eine Regelung der Palästinafrage verhandeln. Darüberhinaus sollte auf die Umwandlung des ostjordanischen Gebiets in eine Festung der palästinensischen Revolution hingearbeitet werden, in der sich die bewaffneten Volkskräfte gemeinsam mit den revolutionären Soldaten zur Weiterführung des nationalen Kampfes organisieren werden.

Diesem politischen Kampf fehlte aber eine konkrete Bestimmung derjenigen Macht, die in Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung die revolutionären Volkskräfte und Soldaten zu einer Einheit zusammenschließen konnte. Die Nationalversammlung verweigerte eine Diskussion über die Bildung einer nationalen Regierung.

Um die Massen, die Widerstandsbewegung und die Soldaten auf diese zentrale Frage aufmerksam zu machen und zu mobilisieren, ergriff die FPDLP die Initiative und formulierte die nächsten politischen Aufgaben in der Parole: "Alle Macht dem Widerstand, den revolutionären Soldaten und dem bewaffneten Volk". (Al Shararah, die Massenaktivitäten, Aufrufe an die Soldaten und Offiziere, revolutionäre Soldatenkomitees zu bilden etc.)

Die Widerstandsbewegung blieb diesen Fragen gegenüber bis nach dem Angriff der jordanischen Truppen auf Amman vom 31.8. - 1.9.70 unentschlossen. Bei diesem Angriff, der hinter dem Rücken des Oberbefehlshabers der jordanischen Armee Mashhour Hadithah unternommen wurde, wurde es der Widerstandsbewegung insgesamt deutlich, daß der Säuberungsprozeß in der Armee schon soweit vollzogen war, daß die jordanische Reaktion zum Angriff übergehen konnte. Erst danach veröffentlichte das Zentralkomitee der PLO die berühmte Erklärung zum Kampf für eine nationale Regierung, wobei diese Erklärung auf die Stellung des Königs nicht einging.

Trotz dieser, von allen Organisationen des Widerstands angenommenen, Erklärung blieb die Widerstandsbewegung in Verteidigungspositionen. Die militärischen und politischen Pläne des Widerstands waren defensiv und stellten daher keine Alternative zu den Aggressionsvorbereitungen der jordanischen Armee dar. Das Programm der Widerstandsbewegung reduzierte sich darauf:

1. Politisch wurde die Parole ausgegeben, daß die Widerstandsorganisationen den Kampf zur Bildung einer nationalen Regierung, zur Säuberung des Staatsapparats und zur Verhinderung der liquidatorischen Pläne etc. intensivieren. Die Parole zum Sturz des Marionetten-Regimes in Amman

beschränkte sich auf die reaktionären, politischen und militärischen Erscheinungsformen der Machtausübung in Jordanien ohne den König selbst miteinzubeziehen.

2. Militärisch beschloß die Widerstandsbewegung einen Defensivplan im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Die Kräfte des Widerstands wurden dem Befehl eines "gemeinsamen Militärkomitees" unterstellt.

3. Darüberhinaus wurde die Kontaktaufnahme mit Kairo, Bagdad und Damaskus beschlossen, um die Positionen dieser Länder zu klären. Das Zentralkomitee der PLO war nicht in der Lage, ein Programm aufzustellen, auf dessen Grundlage die Klärung der Positionen hätte erreicht werden können.

Die Struktur der Widerstandsbewegung und deren Beziehungen zu den arabischen Ländern führte zu einer solchen Planung, obwohl die FPDLP in den Gesprächen mit mehreren Organisationen davor warnte, dem jordanischen Regime die Initiative zu überlassen. Die Demokratische Volksfront wandte sich auch an die Massen, um die krisenhafte Situation durch eine sich ständig steigende Wachsamkeit der Massen und der Widerstandsbewegung zu meistern.

Die Septemberoffensive, Ziele und Ergebnisse

Unter diesen Verhältnissen begann der Angriff und zwar eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Widerstandsbewegung und der jordanischen Regierung unter Aufsicht der arabischen Schlichtungskommission. Die Widerstandsbewegung war in der Tat daran interessiert, die sich ständig steigenden Gefahren eines Bürgerkrieges aufzuhalten. Der Hof und der Imperialismus hatten aber die notwendigen militärischen und sonstigen Maßnahmen für den Bürgerkrieg bereits getroffen. Ihre Ziele waren:

1. Eine materielle und physische Liquidierung der Widerstandsbewegung und ihre Isolierung von den Massen, unter deren Schirmherrschaft sich die Revolution entwickelte.
2. Terrorisierung der jordanisch-palästinensischen Massen als ein notwendiger Schritt zur Wiedereinführung der Diktatur derjenigen Klasse, die sich historisch mit dem Imperialismus zur Unterdrückung der nationalen Befreiungskräfte verbündet haben.
3. Spaltung des historischen Bündnisses zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk durch eine künstliche Hervorhebung regionalistischer Besonderheiten und Ansprüche, die das Regime wachzuhalten immer bereit war.
4. Schaffung solcher Verhältnisse, die eine Kapitulation des palästinensischen Volkes als eine spontane Reaktion auf die barbarischen Angriffe herbeiführen sollten.

Hinzu kommt, daß der Palast eigene Ziele verfolgte, die die weitere Existenz seiner Herrschaft und der Monarchie sichern sollten. Der Palast begann die Pläne seiner eigenen imperialistischen Herren zu fürchten, die eine Einverleibung des ostjordanischen Territoriums in den zu schaffenden Palästinastaat befürworteten. In den imperialistischen amerikanischen Kreisen wurde die Frage der Einverleibung des ostjordanischen Gebiets in den projektierten Palästinastaat unter dem Gesichtspunkt diskutiert, daß das Westufer und der Gaza-Streifen weder ökonomisch noch geographisch das Territorium eines solchen Staates sein könne, zumal 900 000 Palä-

stinenser in Ostjordanien, 140 000 in Syrien, 300 000 im Libanon etc. leben. Aus dieser Überlegung und aufgrund der Interessen des US-Imperialismus an einer Regelung, die den Staat Israel und seine Interessen im arabischen Raum sichert, sind die USA zur Preisgabe der jordanischen Monarchie bereit.

Der britische Imperialismus betreibt hingegen eine Politik, die dem Palästina-Staat zwar zustimmt, die ostjordanische Monarchie aber als Stützpunkt zur Sicherung seiner Ölinteressen beibehalten will.

Hussein war angesichts dieser Situation gezwungen, seine eigene Macht und Stärke in Jordanien zu demonstrieren. Er bot den imperialistischen Verbündeten mit seinen barbarischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung und die Bevölkerung eine andere Alternative, die darauf hinausläuft, den geplanten Palästina-Staat unter der Voraussetzung zu unterstützen, daß dieser Staat ein Bundesland der jordanischen Monarchie sein muß. In mehreren öffentlichen Erklärungen hat Hussein diese Politik verteidigt.

Der Verlauf der Offensive

Am 16. 9. 70 setzte Hussein die Rifai-Regierung ab und beauftragte, eine Stunde nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens mit der Widerstandsbewegung, eine faschistische Militärregierung, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. In den ersten Stunden forderte das faschistische Regime die Bevölkerung auf, die Waffen abzugeben. Daraufhin trat das Zentralkomitee der PLO zusammen und beschloß die folgenden politischen und militärischen Maßnahmen:

1. Aufruf an die Bevölkerung, in dem die Entschlossenheit der Widerstandsbewegung bekräftigt wurde, den Kampf bis zum Sturz der Militärdiktatur fortzusetzen. Der offene Generalstreik wurde ausgerufen.

2. Bildung einer Aktionseinheit, in der alle Organisationen vertreten waren. Ein militärisches Oberkommando wurde mit der Ausarbeitung und Ausführung der Verteidigungspläne beauftragt.

3. Im Falle eines Bürgerkrieges wird der Norden (von Al Baqa bis Ramtha) zu einem befreiten Gebiet erklärt. Der nächste Schritt in dieser Richtung ist die Ausrufung einer nationalen Regierung und die politische und militärische Mobilisierung der revolutionären Kräfte für den Marsch auf Amman.

4. Alle arabischen Länder werden aufgerufen, die Revolution zu unterstützen und die Offensive des Militärregimes zu verurteilen.

Der 16. September verlief relativ ruhig. In den ersten Morgenstunden des 17. Septembers begann die breit angelegte Offensive der jordanischen Armee gegen Amman, insbesondere gegen die armen Viertel der Stadt. Folgende Tatsachen kennzeichnen die Offensive.

- Zwei Divisionen und eine Panzerbrigade standen allein um Amman.
- Die Königstruppen wurden einem einheitlichen politischen und militärischen Oberkommando unterstellt.
- In den Königstruppen gab es keine Zersetzungserscheinungen.

Nur in vereinzelt Fällen gab es Desertionen.

- Die Initiative lag in den Händen der Königsarmee.

Der Widerstandsbewegung wurde in Amman und Zarqa der Verteidigungskrieg aufgezwungen, also eine dem regulären Krieg ähnliche Kriegsführung.

- Der königliche Generalstab konzentrierte sich auf Amman.

Er plante eine rasche Liquidierung der Widerstandsbewegung in Amman, so daß er sich danach den anderen Gebieten zuwenden konnte. Die materielle und physische Unterdrückung des Widerstandes in Amman plante der jordanische Generalstab in vier Stunden und die des Widerstandes in den anderen Gebieten in drei Tagen zu erreichen.

Auf der anderen Seite führte die Widerstandsbewegung einen Verteidigungskrieg in Amman und Zarqa und einen Angriffskrieg in Agloun und Salt (eine Art Guerilla-Krieg). Hierzu muß registriert werden:

- Die Widerstandsbewegung verfügte über kein einheitliches militärisches Oberkommando, geschweige denn eine vereinigte politische Führung. Jede Stadt hatte ein eigenes Oberkommando, das selbstständig arbeitete. Anweisungen des Zentralkomitees an die Oberkommandos im Norden (Irbid und Ramtha) und in Mitteljordanien (Jeresh, Agloun, Salt) wurden nicht befolgt. Somit konnte die vereinigte Führung der Reaktion die von der zentralen Führung des Widerstands isolierten Städte angreifen.

Das Schwergewicht der Kämpfe konzentrierte sich auf Amman. Das militärische und politische Oberkommando der Revolution beschränkte sich faktisch auf drei Organisationen (Fath, Al-Saiqa und die FPDLF). Erst nach sechs Tagen schlossen sich andere Organisationen dem Oberkommando der Revolution in Amman an. Das Zentralkomitee der PLO hielt an der zuvor beschlossenen Linie fest.

- Politisch stagnierte die Widerstandsbewegung in den befreiten Gebieten. Die vom Zentralkomitee beschlossene Politik zur Überführung der befreiten Gebiete unter die Verwaltung einer nationalen Regierung mit allen ihren politischen Konsequenzen wurde nicht vollzogen. Eine Stagnation in der militärischen Kriegsführung trat auch ein. Die Feddayin wurden in die Städte versetzt und dort konzentriert: Al Fath in Jeresh, Irbid, Ramtha; die PLA in Irbid, Ramtha; die FPDLF in Irbid und Agloun, Al-Saiqa in Irbid, Agloun und Ramtha. Trotz der Anweisungen des Zentralkomitees und der massiven Unterstützung der syrischen Armee, die die jordanische 40. Panzerbrigade zerschlug, konzentrierten sich die Feddayin in den Städten und versäumten damit die Besetzung der wichtigsten Verbindungslinien des Landes, wie z. B. das Dreieck Ramtha, die Kreuzung Nuaima und das Dreieck Irbid-Jeresh.

Daraus ersehen wir, daß die Kräfte des Widerstands nicht voll in den Kampf eingesetzt wurden. Die politischen und militärischen Möglichkeiten der Widerstandsbewegung in Nord- und Mitteljordanien wurden zum größten Teil nicht ausgenutzt.

Unter diesen Bedingungen und unter Berücksichtigung

des Mangels an Munition in Amman, insbesondere des Mangels an Panzerfäusten und Artillerie sowie der Aussichtslosigkeit, den Nachschub für Amman zu organisieren, mußte die Führung in Amman daran arbeiten, einen Waffenstillstand zu erreichen.

Jasir Arafat wurde vom Zentralkomitee der PLO mit dem Auftrag nach Kairo entsandt, einen Waffenstillstand zu arrangieren, und zwar als einen taktischen Schritt, bis der Nachschub aus dem Norden organisiert wird. Das Zentralkomitee wurde aber überrascht, als Jasir Arafat ein Abkommen in Kairo unterzeichnete. Dieses Abkommen wurde vom Zentralkomitee drei Tage lang übersehen und ignoriert. Die Stagnation im Norden und das Eintreffen der arabischen Schlichtungskommission in Amman hat das Zentralkomitee vor vollendete Tatsachen gestellt.

II.

URSACHE UND WIRKUNG DES BÜRGERKRIEGS

Die Strukturkrise der Widerstandsbewegung:

Der Septemberkrieg hat die Richtigkeit der Kritik der FPDLP an der ideologischen, politischen und militärischen Struktur des Widerstands deutlich gezeigt. Die Widerstandsbewegung hat für das Fehlen einer revolutionären Theorie und der damit verbundenen Praxis auf jordanisch-palästinensischer und auf arabischer Ebene teuer bezahlen müssen. Es wurde wieder einmal bestätigt, daß keine Revolution ohne eine revolutionäre Theorie Bestand haben kann.

Das Fehlen der revolutionären Praxis einerseits und das Überwiegen der spontanen, nur nationalen Reaktion auf die Liquidationspläne des Regimes andererseits, führten zu einer ideologischen und militärischen Strukturkrise, die den Widerstandsbasen die Möglichkeiten eines genaueren Verständnisses des vorsich gehenden nationalen und Klassenkampfes nahm. Das Wesentliche an dem nationalen und Klassenkampf sowohl in Jordanien als auch im gesamten Nahen Osten wurde nicht aufgedeckt. Die innere politische Strukturkrise verhinderte eine nationale und klassenspezifische Praxis, die in der Lage gewesen wäre, die Kräfte der Reaktion zu bestimmen, die nationale palästinensisch-jordanische Einheitsfront zu schaffen und sie in den Dienst eines Programms zu stellen, das den nationalen und klassenspezifischen Bedürfnissen der unterdrückten Volkskräfte entsprochen hätte. Ein solches Programm hätte sich gegen die Pläne und die Programme der Reaktion und des Imperialismus, die unser Land politisch, ökonomisch und kulturell versklaven, stellen müssen. Auf militärischer Ebene drückte sich diese Krise in den materiellen und moralischen bürokratischen Privilegien in den Reihen des Widerstands aus. Ein falsches Verständnis und eine falsche Praxis der Regeln des revolutionären Volkskrieges wurden entwickelt und etabliert. Einige Erscheinungen dieser Krise sollen hier behandelt werden:

Die Privilegien:

Die Widerstandsbewegung genoß materielle und moralische Privilegien, die die theoretischen und klassenspezifischen Anstrengungen zur Ausarbeitung der richtigen

politischen Linie hemmten. Gefährliche Abweichungen breiteten sich in einer Revolution aus, deren finanziellen Reichtum die arabische Reaktion und Bourgeoisie sicherte. In der "reichen Revolution" reduzierte sich die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber den Feinden auf ein Minimum. Das bürokratische Leben, das sich in den Büros, Autos, Finanzen, militärischen Beziehungen zwischen der Führung und den Basen etc. zeigte, charakterisierten den bequemen Weg der Revolution.

Das Fehlen eines realistischen und wissenschaftlichen Verständnisses der Beziehungen zu den jordanisch-palästinensischen Massen

Das Fehlen eines solchen Verständnisses führte einige Führungsgremien in der Widerstandsbewegung zu einer Palästinisierung der Palästinafrage unter der Parole der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder. Als Ergebnis dieser Politik ist die falsche Praxis zu betrachten, die zur Spaltung der Einheit unseres Volkes entscheidend beitrug. Die Palästinisierung drückte sich darin aus, daß sich Widerstandsorganisationen palästinensische Institutionen und Massenorganisationen schufen, die im Widerspruch zu einer anzustrebenden revolutionären Verschmelzung beider Bevölkerungsteile, der Palästinenser und Ostjordanier standen. Es wurden nicht nur der Rote Halbmond, Gefallenenfürsorge, Kinderhäuser gegründet, sondern auch solche Organisationen, die die Werktätigen und andere Bevölkerungsschichten am gemeinsamen beruflichen und gewerkschaftlichen Kampf beider Bevölkerungsteile hinderten, wie z.B. palästinensische Studenten-, Arbeiter-, Frauen-, Künstler-, Anwälts-, Schriftstellerverbände etc. Diese Palästinisierung verlief vertikal, d.h. ohne eine klassenorientierte Polarisierung der Volkskräfte und ohne eine Trennungslinie zwischen reaktionären auf der einen und nationalen und revolutionären Klassen auf der anderen Seite. Diese Politik war Wasser auf die Mühlen des reaktionären Regimes, dessen Politik sich an der Isolierung der ostjordanischen Bevölkerung von der Revolution ständig orientierte und eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere auszuspielen versuchte. Die "Nichteinmischungspolitik" verstärkte die vom reaktionären Regime unterstützten separatistischen Tendenzen und verhinderte die Ausarbeitung und Durchsetzung eines Programms, das den nationalen und klassenspezifischen Interessen und Bedürfnissen der Revolution entsprochen hätte. Die Teilnahme der ostjordanischen Bevölkerung an der Revolution wurde dadurch auf allgemeine nationalistische Sympathien reduziert.

Wir versuchten mit all unserer Kraft dieser Politik und falschen Praxis eine Alternative entgegen zu stellen. Wir insistierten auf der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes und auf der Schaffung einer palästinensisch-jordanischen Einheitsfront. Die FPDLP strebte in der Praxis und auf den Sitzungen der Nationalversammlung vereinte soziale und gewerkschaftliche Institutionen an. Auf der außerordentlichen Nationalversammlung in Amman (August 1970) setzte sich die politische Linie durch, die auf die Abschaffung der separatistischen und

egionalistischen Massenorganisationen abzielte. Dieser Schritt, der nach erbitterten und heftigen Auseinandersetzungen eingeleitet werden sollte, kam allerdings zu spät und konnte nicht ausgeführt werden.

Das falsche Verständnis der Widersprüche

Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis versuchte die Widerstandsbewegung auf Grund eines falschen Verständnisses der Widersprüche, den Nebenwiderspruch zugunsten einer Politik zu verdrängen, die sich vornehmlich auf die Lösung des Hauptwiderspruchs mit dem nationalen Feind konzentrieren möchte. Die diesbezügliche Politik verhinderte die Verbreitung der nationalen revolutionären Ideen unter der Bevölkerung und den Feddayin. Obwohl die jordanische Reaktion die Liquidierung der Widerstandsbewegung anstrebte, vermochte die Widerstandsbewegung das Ausmaß des in Jordanien bestehenden Widerspruchs nicht herauszuarbeiten und zu analysieren, um die Voraussetzungen zu schaffen, die den Massen und den Feddayin eine richtige Behandlung dieses Widerspruchs erlaubte. Einige Organisationen des Widerstands haben vergessen oder haben vergessen wollen, (was letztlich auf dasselbe hinausläuft) daß die Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten einer Lösung des Hauptwiderspruchs nur insofern gilt, als die Reaktion dem nationalen Programm zur Mobilisierung der Volkskräfte gegen den Zionismus und Imperialismus nichts in den Weg stellt. Indem aber diese Reaktion die Unterdrückung des Widerstands gegen Zionismus und Imperialismus versucht, stellt sie den Nebenwiderspruch auf eine andere Ebene, deren falsche Einschätzung zu einem falschen Verständnis der Widersprüche und zu einer falschen Praxis führen muß. Auf Grund ihrer klassenspezifischen Position und ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus steht die jordanische Reaktion in keinem Widerspruch zum nationalen Feind. In der Praxis lehnt sie faktisch die Bekämpfung dieses Feindes ab, weil sie dem nationalen Befreiungsprogramm feindlich gegenüber steht. Aus diesen Gründen entfallen die Bedingungen, die für eine Verdrängung des Nebenwiderspruchs zugunsten der Lösung des Hauptwiderspruchs sprechen. Die Aufgaben der Revolution werden sich somit auf die Lösung des Nebenwiderspruchs, d.h. des Widerspruchs mit der Reaktion, konzentrieren müssen, so daß sich die Revolution eine solide nationale Basis im Kampf gegen den nationalen Feind schaffen kann.

Das Fehlen einer revolutionären Theorie und Schulung und das Überwiegen der rechten Schulung in den Basen des Widerstands ließen die Widerstandsbewegung die Initiative verlieren. Die Widerstandsbewegung ließ sich in Verteidigungspositionen drängen; sie geriet in eine Zange zwischen dem israelischen Hammer und dem jordanischen Amboss.

Das Verhältnis zu den arabischen Staaten

Die Widerstandsbewegung hat in den letzten drei Jahren ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht an der Haltung dieser Staaten gegenüber der Befreiung Palästinas

und dem Kampf gegen den Imperialismus messen wollen. Die bürgerliche Ideologie, die besonders in den Führungsgremien des Widerstands herrschte, war nicht daran interessiert, den Kampf gegen Israel zum Bestandteil des Kampfes gegen den Imperialismus und die ihm hörigen reaktionären arabischen Klassen zu erklären. Die Beziehungen zu den arabischen Regimes wurden durch die Politik dieser Führungsgremien auf den Kopf gestellt. Um kurzfristige materielle Unterstützung (Waffen, Geld, Kommunikation etc.) bekommen zu können, wurde die Parole der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" ausgegeben. Der Verzicht auf eine Position, die den Massen als die Alternative zu den Programmen von 1967 und 1948 hätte erscheinen müssen, führte zu einem Verständnis der Beziehungen zu den arabischen Staaten, das sich in der Praxis als demagogisch entlarvte. Diese Führungsgremien erklärten die arabischen Regimes als Gegenleistung für ihre finanzielle Unterstützung für sakrosankt. Gegenüber den Programmen der nationalen arabischen Regimes verhielt sich die Widerstandsbewegung unkritisch. Dieses falsche Verständnis des Verhältnisses zu den arabischen Regimes reduzierte das Verhältnis der arabischen Volksmassen zu der Widerstandsbewegung auf ein bloß emotionales, und schwächte dadurch das anzustrebende Bündnis mit den revolutionären Kräften der arabischen Befreiungsbewegung. Statt die Selbstständigkeit und das Bündnis mit den Massen als die Maxime der Politik des Widerstands anzustreben, betrieb die Widerstandsbewegung eine Politik, die auf palästinensisch-jordanischer und arabischer Ebene eine revolutionär organisierte Massenerhebung völlig verhinderte. Die Ergebnisse dieser Politik haben sich im jordanischen Bürgerkrieg manifestiert. Die Widerstandsbewegung verlor die Initiative und ließ sich in Verteidigungspositionen drängen ohne den Kampf von Straße zu Straße, von Haus zu Haus und in Form von Angriffen aus dem Hinterhalt führen zu können. Die Kriegsführung der Widerstandsbewegung hat nicht der eines langanhaltenden Kampfs entsprochen, der die Defensive in das Gleichgewicht der Kräfte, das die Offensive einleitet, überführt. Die technische und faktische Überlegenheit der Armee konnte nicht durch die sich auf die Massen stützende Kriegsführung paralytisiert werden.

Die nichtrevolutionäre militärische und politische Struktur einiger Gremien der Widerstandsbewegung hat viele Kräfte im nationalen Klassenkampf gegen die Reaktion stagnieren lassen, trotz der vom Zentralkomitee der PLO beschlossenen Politik zur Ausrufung eines nationalen Regierungssystems im Norden, dessen Aufgaben die Organisation des Aufmarschs auf Amman waren.

Die Paralytisierung der Widerstandskräfte im Norden lassen uns die berechtigte Frage stellen, ob diese Handlungen nur auf die Abwesenheit eines revolutionären Verständnisses der militärischen und politischen Aufgaben zurückzuführen sind.

Auf Grund der Ergebnisse des Bürgerkriegs und des bestehenden Verhältnisses zu den arabischen Regimes geriet die Widerstandsbewegung unter die Schirmherrschaft

schaft der in sich widersprüchlichen arabischen Regimes. Das Kairoer-Abkommen ist ein Ausdruck dafür, daß die arabischen Regimes der Widerstandsbewegung ihre eigenen Pläne aufgezwungen haben. Dem jordanischen Regime boten die arabischen Staaten auf der Kairoer-Konferenz nicht nur Überlebenschancen sondern auch neue Unterstützungen an, die sich in der Rehabilitierung seiner verlorenen Macht in den jordanischen Städten und Dörfern niederschlugen. Das Kairoer-Abkommen war für diese Regimes die Alternative zur amerikanischen Aggression, die sie gefährdet hätte und ihnen jede Einflußmöglichkeit genommen hätte. Diese Position der arabischen Regimes ist klassenbedingt und geht von dem Interesse aus, die Widerstandsbewegung nicht so stark werden zu lassen, daß sie ihre Kapitulationspläne über Bord werfen könnte.

Das Kairoer-Abkommen ist ein Versuch, die vom jordanischen Regime betriebene Politik zur Spaltung des palästinensisch-jordanischen Volks zu legalisieren. Die Politik der Spaltung der nationalen Einheit soll den Plänen der arabischen Regimes dienen, das palästinensische Volk in die Position zu treiben, deren politische Konsequenz der "Palästina-Staat" sein wird.

Der Widerspruch zwischen den Städten und Dörfern (Ostjordanien)

Die Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsorganisationen auf der sozialen, gewerkschaftlichen und beruflichen Ebene und die daraus resultierende Nichteinmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder führten zu einer Spaltung der palästinensisch-jordanischen Einheit. Diese separatistische Politik war weder politisch noch ökonomisch zu rechtfertigen. Das jordanische Regime konnte die daraus entstandene Praxis in den Dienst seiner sich gegen die Interessen der nationalen und revolutionären Klassen richtende Strategie stellen. Insbesondere in den Reihen der Armee und der Polizei versuchte die jordanische Reaktion die Fehler einiger Widerstandsorganisationen zugunsten ihrer liquidatorischen Pläne auszunutzen.

Wichtiger als die Ausnutzung der Palästinisierungspolitik durch die jordanische Reaktion waren aber die Auswirkungen dieser Politik auf die ostjordanischen nationalen Kräfte und Klassen. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Palästinisierungspolitik die Ausarbeitung und Ausführung eines nationalen Programms, das den Bedürfnissen der unterdrückten Klassen entsprochen hätte, verhindert hat. Das Fehlen eines national-demokratischen Programms isolierte die ostjordanische Bevölkerung von der Widerstandsbewegung. Die programmatischen Schritte der linken und radikalen Flügel, die in dieser Richtung eingeleitet wurden, haben sich auf Grund der kurzen Zeit ihres Bestehens, der Palästinisierungspolitik einiger Widerstandsbewegungen und der Reaktion des jordanischen Regimes, die sich in den militärischen Angriffen gegen die Widerstandsbewegung ausdrückten, nicht in der ostjordanischen Bevölkerung verankert. Das Programm der Linken drückte sich in den Be-

strebungen zur Verschmelzung der palästinensischen mit der jordanischen Revolution aus: Unterstützung der Arbeiterstreiks, Ausbau der demokratischen Freiheiten, Unterstützung der nationalen ostjordanischen Kräfte, Verbreitung der revolutionären Ideen und revolutionäre, nationale und klassenspezifische Schulung auf dem Lande, Propagierung der Einheit des palästinensisch-jordanischen Volkes, Unterstützung der Bauern gegen die Großgrundbesitzer, Propagierung der freigewählten Volksräte, Säuberung des Staatsapparates und Kampf zum Sturz des reaktionären Herrschaftssystems.

Hingegen wirkte die Palästinisierungspolitik, die die Politik der Widerstandsbewegung vor allem bestimmt, negativ auf die ostjordanische Bevölkerung, und versetzte sie in die Position des Anhängers, der auf Grund der nationalistischen Verbundenheit mit Palästina seine Unterstützung für die Revolution auf ein emotionales Bündnis beschränkte.

Die Erfahrungen des September-Krieges hat bestätigt, daß die Städte und Flüchtlingslager die Dschungels des Widerstands sind. In den Städten und Flüchtlingslagern finden die Feddayin ihre Hauptbasen und ihr menschliches Potential, weil die Städte und Flüchtlingslager, historisch gesehen, die Basen der nationalen Befreiungsbewegung waren. Hier haben sich die revolutionäre Theorie, die nationalen Organisationen, die Organisationen der Arbeiterklasse, der Kleinbourgeoisie etc. entwickeln können.

Mit der Entstehung der Widerstandsbewegung begannen die nationalen Kräfte und die Arbeiterklasse sich zu organisieren. Die Schwächung der Macht des Staatsapparates trug dazu bei, daß sich die Arbeiter, Kleinbourgeoisie und Teile der Mittelbourgeoisie in den Kampf gegen das Regime einreihen, das ihnen jahrelang die demokratischen Freiheiten geraubt hatte. Die Bevölkerung, die von der Widerstandsbewegung unterstützt wurde, fing an, den Widerstand gegen den Einfluß des Imperialismus, die Großgrundbesitzer, die Kompradorenbourgeoisie und für eine Modernisierung des Staates, den Aufbau einer nationalen Ökonomie und eine bürgerliche Demokratie zu führen.

Der Bürgerkrieg bestätigte aber auch, daß sich die Rolle des jordanischen Dorfes von der der Stadt grundsätzlich unterscheidet. Die Rolle des jordanischen Dorfes läßt sich aber historisch und ökonomisch erklären: historisch blieb das jordanische Dorf dem kulturellen und politischen Leben fern. Die nationale Bewegung konnte sich kulturell und politisch durch ihr verbal antimperialistisches, antizionistisches und formal demokratisches Programm auf dem Lande nicht verankern. Das Fehlen eines demokratischen Programms, das die Lösung der Agrarfrage zugunsten der armen Bauern anstrebte, die Bauern gegen die Großgrundbesitzer und die ländliche Bourgeoisie unterstützte, die Einführung des städtischen modernen Schulsystems und die modernen Bewirtschaftungsmethoden ermöglichte, trug entscheidend dazu bei, daß die ostjordanischen Bauern eine passive Rolle spielten. In den letzten zwanzig Jahren lebte die ländliche Be-

völkerung Ostjordaniens an der Peripherie des politischen Lebens der Parteien und der nationalen Bewegung.

ökonomisch herrschten auf dem Land in Ostjordanien primitive Produktionsverhältnisse und Produktionsweisen. Die Knappheit der Ernte, die auf die dürrer Regenzeiten zurückzuführen sind, und die Ausbeutungsverhältnisse bestimmen die Lebensverhältnisse der jordanischen Bauern. Die enormen wirtschaftlichen Probleme, die daraus entstehen, drängen viele Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis zum jordanischen Staatsapparat, der sie für die eigenen reaktionären Pläne mißbraucht. 50% des Einkommens eines jordanischen Dorfes stammen von den Ersparnissen der im Staatsdienst, vor allem in die Armee, aufgenommenen Bauern.

Die schlechten Bewässerungsverhältnisse lassen die Bauern in die Abhängigkeit vom Staat geraten, der unproduktive Hilfe leistet, also Dienstleistungen und kleine Subventionen. Der Staat versucht die Lebensbedingungen der Bauern nicht durch Bewässerungsprojekte und Einführung besserer und moderner Bewirtschaftungsmethoden zu verbessern, weil er an der Aufrechterhaltung des bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses interessiert ist. Der Abhängigkeitsgrad der Bauern vom Staat unterscheidet sich je nach Regionen; im Norden liegt er um 60% und im Süden um 90% des Einkommens.

Die Politik der Widerstandsbewegung

Die Politik der Widerstandsbewegung gegenüber den jordanischen Bauern beschränkte sich auf medizinische und soziale Hilfeleistungen sowie auch das Einkaufen von Lebensmitteln für die in der Nähe dieser Dörfer stationierten Feddayin. Ein demokratisches Programm fehlte in der Praxis der Widerstandsbewegung. Deshalb konnte das jordanische Dorf kein klassenspezifisches Interesse an der Politik der Widerstandsbewegung haben.

Die Agrarfrage und die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Bauern standen nicht auf der Tagesordnung. Hinzu kommt, daß die Nichtbesetzung des jordanischen Dorfes durch die Zionisten das Interesse an der Revolution und an der Verteidigung des eigenen Grund und Bodens nicht, wie bei der palästinensischen Bevölkerung, wachgehalten hat.

Diese Faktoren bestimmten das Verhältnis der jordanischen Bauern zu dem reaktionären Regime einerseits und der Widerstandsbewegung andererseits. Ihr Abhängigkeitsverhältnis vom Staat und die falsche Praxis der Widerstandsbewegung reduzierte die Haltung der ländlichen Bevölkerung gegenüber dem Widerstand auf bloße nationalistische Sympathien, die während und nach dem Bürgerkrieg ins Gegenteil schlugen. Der Bürgerkrieg hat eine Reaktion zugunsten des Regimes bei der ländlichen Bevölkerung hervorgebracht, die immer offensichtlicher wird, je mehr wir vom Norden nach dem Süden gehen.

Die Bedeutung der Bauern ist für die Widerstandsbewegung bzw. für das reaktionäre Regime entscheidend und beginnt an Aktualität zu gewinnen. Teile der Armee rekrutieren sich aus den Reihen der Bauern. Gelingt es dem Regime die

Bauern endgültig für sich zu gewinnen und für die Durchsetzung seiner Pläne in den Kampf einzusetzen, so wird dieses Regime seinen Terror wirksamer organisieren können, wenn es die nationale Bewegung und die Revolution zu zerschlagen versucht.

Der Staat und die Revolution

Wir sagen nichts Neues, wenn wir daran erinnern, daß der Staat ein Unterdrückungsorgan einer Klasse bzw. eines Klassenbündnisses gegen eine andere Klasse bzw. ein anderes Klassenbündnis ist. Dies gilt genauso für die zurückgebliebenen als auch für die fortgeschrittenen Länder. Diese Wahrheit kann allerdings nicht bedeuten, daß unter den Bedingungen einer gegen die national-demokratische oder gegen die sozialistische Revolution gerichteten Offensive der herrschende Unterdrückungsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) völlig zugunsten der Konterrevolution funktionieren wird. Einige Teile des Staatsapparates, insbesondere die unteren und mittleren Kader können für die Revolution gewonnen werden. Dies hängt aber auch vom Ausmaß und vom Einfluß der national-demokratischen bzw. sozialistischen Revolution und von der Klassenzusammensetzung der Träger des Staatsapparates ab.

Die Reaktion stützte sich 1948 auf den Palast, die Großgrundbesitzer, die Kompradoren und den Imperialismus. Jordanien wurde zum Versuchsfeld des Terrors einer Handvoll von reaktionären Haschemiten, Großgrundbesitzern und Kapitalisten und zu einer Bastion vom großangelegten imperialistischen Anschlägen auf die nationale arabische Befreiungsbewegung. Zuvor fungierte Jordanien als Sicherheitsventil für die zionistischen Organisationen und die britischen Pläne zur "Indifizierung Palästinas". Das Aufkommen der nationalen Massenbewegung im Jahre 1956 zwang den Palast, die übrige Reaktion und den Imperialismus zu einer Reihe von Konzessionen, die eine national-demokratische Phase einzuleiten schienen. In der Armee wuchs der Einfluß der nationalen Soldaten und Kleinoffiziere. Die Zugeständnisse der Reaktion wurden erzwungen, nachdem die Massenbewegung die Pläne des Bagdad-Pakts in dem antimperialistischen Massenaufstand zerschlug.

Mit der Unterstützung des CIA organisierte die jordanische Reaktion 1957 den Rückschlag. Die nationale Regierung wurde abgesetzt, die national-demokratische Bewegung zerschlagen und die Armee gesäubert. Bis 1967 etablierte der Imperialismus eine erzreaktionäre volksfeindliche Diktatur, die überall im Lande Terror und Unterdrückung organisiert. 1970 versuchte das Regime das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

III. DIE JORDANISCHE ARMEE

Der jordanische Staatsapparat (Armee, Polizei, Verwaltung) bewahrte während des Bürgerkrieges seine Integrität und fungierte als ein Instrument in den Händen des Imperialismus und der Reaktion. Trotz der anhaltenden

Bombardierung von Amman und Zarga in den zehntägigen Kämpfen waren die Desertionen sehr beschränkt; die Zahl der Soldaten und Offiziere, die sich der Revolution angeschlossen haben, war sehr gering. (1)

In den Reihen der Polizei verhielten sich die unteren Ränge im Gegensatz zu den vom Staatsapparat abhängigen Vorgesetzten neutral. Diese Neutralität wurde in den Gebieten aufgegeben, die unter Kontrolle der Armee fielen. Die Polizei übernahm in diesen Gebieten die Aufgaben, mit denen sie vor 1967 beauftragt war (Durchsuchungen, Verhaftungen, Folterungen etc.). Die Haltung des Verwaltungsapparats war ambivalent. Man kann die Position dieses Apparates nicht genau festlegen, weil er während des Bürgerkrieges an der Ausübung seiner Aufgaben völlig gehindert wurde. (2)

Die oberen Ränge des Verwaltungsapparates (Minister, hohe Beamte, Botschafter etc.) stellten sich ganz auf die Seite des Systems, weil sie ideologisch und klassenmäßig ein integrierender Bestandteil, ja sogar Träger dieses Systems sind (3).

Die September-Offensive hat die innere Struktur und die erzkonservative ideologische Schulung der jordanischen Armee am deutlichsten aufgedeckt. Als eine reguläre Berufsarmee war sie ideologisch und materiell in einer Abhängigkeit von der Reaktion, die der Abhängigkeit eines Lohnarbeiters vom Arbeitsgeber gleichkommt. Die jordanische Reaktion versuchte mit allen Mitteln die jordanische Armee von den nationalen und progressiven Strömungen im Lande fernzuhalten. Die nationale politische Schulung und die Zugehörigkeit zu einer nationalen politischen Richtung wurden verboten; die nationalen und progressiven Elemente wurden suspendiert und waren den Repressionen und Säuberungen des Regimes ausgesetzt.

Die Indoktrinierung der Armee orientierte sich einerseits an der Darstellung des Königs als Arbeitsgeber und andererseits daran, ein mystisches Verhältnis zu ihm als Nachkommen des Propheten zu entwickeln.

1) Fath hat nicht erwartet, daß die jordanische Armee so bestialisch gegen die Widerstandsbewegung vorgehen wird. Auch mit dem Einsatz der Panzerbrigade gegen Amman hat sie nicht gerechnet. Die Desertion der Palästinenser aus der jordanischen Armee wurde von Al Fath prophezeit.

Die FPDLP schätzte die Möglichkeiten eines militärischen Staatsstreiches sehr gering ein, abgesehen davon, daß die FPDLP solche Staatsstreiche grundsätzlich ablehnt, es sei denn, der Militärputsch wäre ein Bestandteil des nationalen Massenaufstands. Eine Spaltung in der Armee wurde für sehr wahrscheinlich gehalten unter der Voraussetzung, daß die Widerstandsbewegung im Kampf gegen das Regime ihre Positionen eine Woche lang behält.

Al Saika hat den Einfluß der nationalen Teile in der Armee überschätzt.

PFLP - Arabische Nationalisten - prophezeit eine schnelle Spaltung in der Armee. In den Juni-Kämpfen 1970 erwartete die PFLP eine Spaltung, wenn die Kämpfe 48 - 72 Stunden hätten dauern können.

Die Arabische Befreiungsfront (Irak) überschätzte ihre

Der Nachkomme des Propheten habe das Recht auf eine unbestrittene Herrschaft im Lande. Das heilige Recht seiner Herrschaft über Land und Bevölkerung finde seine Legitimation in der Religion, deren Hüter die königliche Familie sei. Unter der Parole "Gott, König, Vaterland" wurde die politische Legitimation dieser Herrschaft mit dem religiösen Anspruch verbunden.

Um die Armee von den nationalen politischen Strömungen völlig zu isolieren, lehnte das Regime die Einführung des Wehrdienstes ab, obwohl ein Teil des Landes Palästina unter israelischer Herrschaft steht. Diese Ablehnung hatte zwei Gründe: einerseits die Aufnahme von nationalen und progressiven Elementen, die die Struktur und die Ideologie der Armee hätten gefährden können, zu unterbinden und andererseits die Bevölkerung an der militärischen Ausbildung, die eine Gefahr für das Regime wäre, zu hindern.

Das Regime hat den obligatorischen Wehrdienst für 1969 eine kurze Zeit eingeführt, um die sich mit der Widerstandsbewegung solidarisierende Bevölkerung von der Teilnahme am militärischen Widerstand fernzuhalten und die Feddayin-Rekrutierung zu erschweren. Schnell wurde dieses für das Regime gefährliche Unternehmen aufgegeben, weil das Regime die militärische Ausbildung und die Bewaffnung des Volkes fürchtete. Statt die Bevölkerung zu bewaffnen und die Armee auf die Anforderungen des Kampfes gegen die israelischen Besatzer einzustellen, säuberte das Regime die Armee von allen nationalen Kräften, und stützte sich auf die Beduinen, insbesondere in den Panzerbrigaden, und auf die Beduinen-Sicherheitskräfte, (4) die sich als die schlagkräftigen Stoßtrupps verstanden. In der Armee wurden nicht nur jordanisch-palästinensische, sondern auch irakische, syrische und saudi-arabische Beduinen organisiert (5), die sich in den Dienst eines Systems stellten, das ihnen materielle Vorteile sicherte.

eigenen Möglichkeiten und glaubte nicht nur an eine Spaltung der Armee, sondern auch an die Paralyisierung einiger Teile der Armee mittels des eigenen Einsatzes.

2) In dem Aufstand 1955 gegen den Bagdad-Pakt hat der Verwaltungsapparat den Aufruf zum Generalstreik befolgt.

3) Nur Anton Attalah, ehemaliger Minister der Rifai-Regierung, hat sein Amt als Delegierter der jordanischen Regierung bei der Vereinten Nationen niedergelegt.

4) Die Sicherheitskräfte sind Teile der Armee; hierzu gehört z.B. die Beduinen - Brigade. Ihre Bewaffnung ist modern, und sie verfügen über Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie.

5) Die britische Mandatregierung hatte sich beim Aufbau der arabischen Legion aus ideologischen und politischen Gründen auf die Beduinen konzentriert.

Der Prozentsatz der syrischen, irakischen und saudi-arabischen Beduinen in der jordanischen Armee beträgt 30%. Die jordanischen Beduinen und die jordanischen Dörfer, insbesondere die vom Regime abhängigen und politisch und wirtschaftlich zurückgebliebenen Dörfer des Südens stellen weitere 30% der jordanischen Armee. 10% der jordanischen Armee kommen aus den Reihen der städtischen Bevölkerung, die an der nationalen Befreiungsbewegung teilnimmt. Der städtische Teil der jordanischen Armee hat eine bestimmte Funktion in bestimmten Arbeitsbereichen, wie z.B. Verwaltung, Technik, Versorgungswesen etc. Dieser Teil ist ständigen Säuberungen ausgesetzt. Man darf aber keine starre Vorstellungen über diese Zusammensetzung entwickeln, denn unter dem beduinischen Teil gibt es auch nationale Offiziere, die auf Grund ihrer militärischen Ausbildung in fremden Staaten, wie z.B. Amerika, England und Pakistan Kontakt mit der Außenwelt aufnahmen, wodurch sich ihr Bewußtsein änderte.

Der Prozentsatz der Soldaten und Offiziere, die aus den besetzten Gebieten stammen, beträgt weitere 30%. Unter ihnen ist eine breite nationale politische Identifikation mit der Befreiungsbewegung festzustellen. Organisatorisch ist dieser Teil allerdings von der Widerstandsbewegung vernachlässigt worden, sodaß seine Bewegungsmöglichkeit im Bürgerkrieg sehr begrenzt war. In den Reihen der Soldaten und niederen Offiziere ist das nationale politische Engagement stark, während sich das obere Offizierskorps in den Dienst des Regimes stellt.

Aus diesem kurz dargestellten gesellschaftlichen und ideologischen Bild der jordanischen Armee ergeben sich die folgenden Konsequenzen:

1. Die Frage der jordanischen Armee kann nicht unter Bezugnahme auf das jordanische oder palästinensische Element behandelt und gelöst werden. Das Problem liegt in der ideologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Struktur dieser Armee und deren Abhängigkeit von dem Regime. (Der palästinensische Bevölkerungsteil ist nicht auf die Armee angewiesen, weil die sozialen und ökonomischen Verhältnisse in den palästinensischen Dörfern und Städten das Abhängigkeitsverhältnis von den jordanischen Regime auf ein Minimum reduzieren. Das Land ist fruchtbar; es gibt keine Feudalisten sondern höchstens vereinzelte Großgrundbesitzer; die Produktionsmittel und die Produktivkräfte sind in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium; der Boden wird zwei oder dreimal im Jahr bebaut; die Warenzirkulation ist lebhaft, der Agrarsektor stellt eine Kaufkraft dar, das Schulwesen und die Ferufe sind organisiert und entwickelt. Hinzu kommt, daß der Tourismus und die Unterstützung der in den arabischen Ländern, Süd- und Nordamerika arbeitenden Palästinenser eine Rolle in der Ökonomie der palästinensischen Städte und Dörfer spielen.)
2. Die Aufgaben der jordanischen Armee als Instrument des volksfeindlichen Regimes erklären das Überwiegen des beduinischen Elements.
3. Abgesehen davon, daß ein militärischer Staatsstreich aus ideologischen und politischen Gründen falsch ist, hat die September-Offensive den diesbezüglichen Spekulationen ein Ende gesetzt. Diese Position kann nicht

bedeuten, daß man der Armee keine nationale Rolle zuschreiben soll. Im Gegenteil. Die letzten Erfahrungen stellen die Widerstandsbewegung vor die Aufgaben einer neuen Politik gegenüber der Armee. Diese Politik muß sich gegen die Indoktrinierung der Armee stellen und sich für die Säuberung der reaktionären volksfeindlichen Elemente und für das Eindringen nationaler und progressiver Kader einsetzen, die als organisatorischer Bestandteil der nationalen Bewegung und des Widerstands fungieren.

4. Eine Politik gegenüber der Armee, die sich nicht an nationalen Positionen gegen den Imperialismus und Zionismus und an einer nationalen klassenspezifischen Position gegen das Regime orientiert, wird sich von der bisherigen falschen Politik nicht unterscheiden können. Die neue Politik muß sich auf ein national-demokratisches Programm gegenüber der ländlichen Bevölkerung beziehen, so daß die Soldaten bäuerlicher Herkunft die Interessenidentität mit der Widerstandsbewegung erkennen und sich für die Durchsetzung dieses Programms engagieren. Im Rahmen einer langfristigen Strategie müssen die Interessen des beduinischen Bevölkerungsteils deutlich zum Ausdruck kommen. Die Ansiedlung, der Ausbau des Schulwesens, die Befreiung von reaktionären Ideologien durch die Wahrnehmung der eigenen unmittelbaren Interessen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Auf jordanisch-palästinensischer Ebene muß die Widerstandsbewegung auf die national-demokratische Revolution hinarbeiten.

Die innerarabischen Verhältnisse und das Kairoer Abkommen

Das Kairoer-Abkommen ist ein Modell arabischer Politik, in dem sich das Kräfteverhältnis unter den arabischen Staaten widerspiegelt. Dieses Abkommen machte das Verhältnis dieser Staaten sowohl zum palästinensischen Widerstand als auch zum jordanischen Regime deutlich.

Die politische und ideologische Struktur der arabischen Staaten führte zu einer sich an bestimmten Grundsätzen orientierenden Politik, die darauf hinausläuft, die Widerstandsbewegung in einem Rahmen zu halten, indem sie weder die arabischen Regimes gefährden noch ein Hindernis für die Durchsetzung der UN-Sicherheitsresolution sein würde. Die großzügige finanzielle Unterstützung einiger Widerstandsorganisationen sollte diese Politik absichern und ein Bündnis zwischen der Widerstandsbewegung und den Organisationen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung verhindern.

Das Programm des linken Flügels in der Widerstandsbewegung konnte sich gegen die Politik der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten" und der Preisgabe des Bündnisses mit den revolutionären arabischen Organisationen nicht durchsetzen. Während die Rechten die verschiedensten Erleichterungen und Unterstützungen der arabischen Regimes in Anspruch nehmen konnten, waren die Linken ideologischen, politischen und materiellen Repressionen dieser Regimes ausgesetzt.

Die September-Offensive offenbarte, abgesehen von Syrien,

die feindlichen Positionen der verschiedenen arabischen Staaten. Trotzdem lehnen einige Widerstandsorganisationen die kritische Aufarbeitung des Verhältnisses zu den arabischen Regimes ab. Die Position dieser Organisationen ist klassenbedingt; sie verhindert eine kritische Aufklärung der Basen und der Bevölkerung nicht nur über die in den arabischen Ländern herrschenden Verhältnisse, sondern auch über die grundsätzlichen Fehler der bisherigen Theorie und Praxis dieser Organisationen.

Die reaktionären Regimes handelten bei der Unterzeichnung des Kairoer-Abkommens aus der Überlegung heraus, die eigenen Interessen und die der imperialistischen zu retten, sowie das jordanische Regime zu stärken. Die nationalen Regimes unterzeichneten dieses Abkommen, weil es ihren eigenen Interessen entsprach. Die Interessen dieser Regimes liegen in der Disziplinierung und Kontrollierung der Widerstandsbewegung als Druckmittel auf den Imperialismus und Zionismus bei den Verhandlungen zur Durchsetzung des Rogers-Plans. Die nationalen Regimes brauchen bei den Verhandlungen keinen revolutionären Widerstand, sondern eben einen, der im Laufe der Verhandlungen als Druckmittel und als Partner auftreten kann. Zugleich soll das jordanische Königreich erhalten bleiben, eine Freundschaftsgeste gegenüber dem Imperialismus und Israel. Darüberhinaus würde der Sturz des haschemitischen Regimes den Weg für eine nationale Revolution im Nahen Osten ebnen und den nationalen Regimes bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Widerstand und der Befreiung der besetzten Gebiete auferlegen.

Unter Bezugnahme auf die vorher genannten Faktoren muß man das Kairoer-Abkommen als eine neue Auflage der anderen Abkommen mit dem jordanischen Regime sehen. Die Formen seiner Ausführung waren Ausdruck einer Verschiebung im Kräfteverhältnis auf jordanischer Ebene. Eine dieser Konsequenzen war der Abbau der Doppelherrschaft, der sich in der Rückkehr der Polizei in die Städte ausdrückt.

Die Lehren des Bürgerkriegs

Ungeachtet des Kairoer-Abkommens scheint das jordanische Regime entschlossen, seine Alleinherrschaft auf das ganze Land ausdehnen zu wollen. Die Widerstandsbewegung wird diesen Prozeß nur dann aufhalten können, wenn die folgenden Probleme richtig erfaßt und gelöst werden.

1. Die Praxis der Widerstandsbewegung hat die zentrale Aufgabe im Kampf gegen die liquidatorischen Pläne übersehen, die in der Lösung des Widerspruchs mit dem Regime lag. Seit Anfang September schwankten die Positionen einiger Widerstandsorganisationen zwischen der Verschiebung des Kampfes und seiner Austragung. Diese Organisationen haben kein Programm entwickeln können. Das kurzfristige Ziel war unbeständig. Während des Bürgerkriegs waren sie in Bezug auf die Lösung des Widerspruchs mit dem Regime unentschlossen. Diese Unentschlossenheit zeigte

sich deutlich in Nord- und Mitteljordanien, von wo die Offensive gegen Amman hätte ausgehen müssen. Ein klares politisches Ziel hätte richtige Entscheidungen und richtige militärische und politische Taktiken gegen die Kräfte des Regimes einleiten können.

2. Die politische und militärische Struktur des Widerstandsbewegung hat die Feddayin in die Verteidigungspositionen verdrängt. Trotz der Anweisungen und der Aufrufe entwickelten die Feddayin keine Kriegsführung gegen die Armee, die dem Volkskrieg entsprochen hätte.

3. Manche Kräfte des Widerstands stagnierten und beschränkten ihren Arbeitsbereich auf die Städte. Diese Politik bestätigte die Unfähigkeit verschiedener Führungsgremien, die die Gesetzmäßigkeiten einer revolutionären Kriegsführung nicht begriffen haben. Statt die Kämpfe auf das ganze Gebiet auszudehnen, den Verteidigungskrieg mit der beweglichen Kriegsführung und den Straßenkämpfen zu verbinden, blieben die verschiedenen befreiten Gebiete unter dem Oberkommando ver einzelter und isolierter Führungskader, die nach dem Abzug der syrischen Armee den Angriffen der zentralistisch operierenden jordanischen Streitkräfte nicht Einhalt gebieten konnten.

Der palästinensische Staat

Die Diskussion über den Plan eines palästinensischen Staates als Bestandteil der endgültigen Regelung des Nah-Ostkonflikts ist aktualisiert worden. Zuvor fanden sich nur diejenigen Kräfte bereit, einem solchen Staat zuzustimmen, die sich historisch als volksfeindlich und als Stütze des jordanischen Regimes entlarvt haben. Ihre Vertreter waren Al Ga'bari, Kenaan, Shehadah, Al Farouki etc.

Nach dem Bürgerkrieg spielen manche imperialistische Kreise in den USA und England mit dem Gedanken eines palästinensischen Staates, obwohl die diesbezüglichen Positionen beider Länder verschieden sind. Die Sowjet-Union würde ebenfalls einem solchen Staat im Rahmen einer "friedlichen Regelung" zustimmen. Marokko und Tunesien haben Al Fat'h Vorschläge darüber unterbreitet. Die Vorschläge beider Regierungen stützen sich auf eine Weisheit des tunesischen Präsidenten Bourgiba, die auf "Nehmen und immer noch Verlangen" hinausläuft. Eine solche Tendenz kann man auch in der ägyptischen Politik verfolgen. Nasser hat Arafat einen ähnlichen Vorschlag unterbreitet.

Die Gefahren solcher Tendenzen liegen darin, daß der Bürgerkrieg eine resignative Haltung unter der Bevölkerung geschaffen hat, die einem solchen palästinensischen Staat zustimmt, um der barbarischen haschemitischen Herrschaft zu entgehen. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte sind sich über die Notwendigkeit einig, solch resignative Stimmungen hervorzurufen.

Die israelischen Besatzer versuchen ihrerseits die neu entstandene Situation zugunsten eines palästinensischen Staates auszunützen. Sie versuchen in den besetzten Gebieten eine "neue Kraft" aufzubauen, die in den Verhandlungen als "Partner" auftreten kann. Diese "neue Kraft"

soll als Alternative sowohl zu den ersten Kollaboranten, die früher als Stütze des Regimes fungierten, als auch zur palästinensischen Widerstandsbewegung in Aktion treten. Zu diesem Zwecke versuchen die israelischen Besatzer die Feindlichkeit der palästinensischen Bevölkerung gegenüber dem jordanischen Regime auszunutzen. Unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete findet dieser Plan eine gewisse Zustimmung, vor allem in den Reihen der National- und Kleinbourgeoisie. Auf dem Ostufer scheiterten die Versuche des Regimes die reaktionäre palästinensische Bourgeoisie an die Spitze einer solchen "neuen Kraft" zu stellen, weil diese historisch der nationalen Befreiungsbewegung feindlich gegenüber stand und keine Führungschancen mehr hat, und weil sich die Volksmassen mit der Widerstandsbewegung solidarisieren. Nach dem Bürgerkrieg versucht das Regime diese "neue Kraft" aus den Reihen der Widerstandsbewegung zu schaffen. Hierin zeigt sich eine neue Taktik des Regimes, die auf die Spaltung der Widerstandsbewegung abzielt. Unter den Parolen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Al Fat'h und der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee) arbeitet die Regierung auf die Isolierung der Linken hin. Eine Spaltung der Widerstandsbewegung würde eine Offensive des Regimes gegen die Linken einleiten. Die anderen Organisationen würden folgerichtig vor die Alternative gestellt, sich dem Rogers-Plan zu unterwerfen oder liquidiert zu werden. Die Politik des Regimes konzentriert sich auf die Verdrängung der Widerstandsbewegung aus den Städten und Flüchtlingslagern. Um die Widerstandsbewegung völlig von der ländlichen jordanischen Bevölkerung zu isolieren, betreibt das Regime eine spalterische Politik und spielt den einen Bevölkerungsteil aus gegen den anderen. Diese Politik will solche Bedingungen schaffen, unter denen ein palästinensischer Staat als Bundesland innerhalb der Monarchie als mögliche Lösung propagiert werden kann. Dieser jordanische Staatenbund, in dem die palästinensische Bevölkerung eine eigene Autonomie besitzt, wird von vielen imperialistischen Kreisen, vor allem von Großbritannien unterstützt. Wenn die Pläne des Regimes scheitern, dann wird sich die Aggression gegen die palästinensisch-jordanische Befreiungsbewegung verschärfen.

Was tun?

Die Bestrebungen, das Palästina-Problem durch die Liquidation der Widerstandsbewegung und die Ausschaltung der nationalen Kräfte in Jordanien zu lösen, gehen weiter und manifestieren sich in folgenden Schritten:

1. Fortsetzung und Verschärfung des politischen und polizeilichen Terrors des Regimes gegen den Widerstand und die Bevölkerung. Dieser Terror soll die Widerstandsbewegung dazu bewegen, als Partner bei der "friedlichen Regelung" aufzutreten.
2. Neben dem polizeilichen Terror bietet das Regime Teilen des Widerstands Konzessionen an (Zusammenarbeit, Kommunikationsfreiheit, Bewegungsfreiheit) und verschärft die Repressionen gegen bestimmte Organisationen. Diese Politik dient der Schaffung einer "neuen Kraft", deren Handeln sich an der Empirie und nicht an der revolutionären Theorie und Praxis orientiert. Diese "neue Kraft" wird sich den Regimes anschließen, die den Rogers-Plan akzeptieren. (6)
3. Das Regime versucht seine Alleinherrschaft auf das ganze Land auszudehnen und den Staatsapparat zu säubern, um den Plänen zuvorzukommen, die unter dem Verzicht auf die Monarchie das Ostufer dem palästinensischen Staat angegliedern wollen.
4. Zugleich nützt Israel die neuen Verhältnisse aus, um die Bevölkerung auf dem Westufer für eine nationale Autonomie, die den Plänen vieler israelischer Politiker entspricht, zu bewegen.
5. Die imperialistischen Staaten versuchen eine Lösung herbeizuführen, an der das palästinensische Volk teilzunehmen hat. Auch die sozialistischen Staaten in Osteuropa sind an einer Lösung interessiert; sie gehen aber von anderen Ausgangspositionen aus.
6. Die arabischen Staaten sehen in der Widerstandsbewegung eine Gefahr für die eigenen Interessen. Die reaktionären Regimes unterstützen die Monarchie; bestenfalls würden sie bestimmte Widerstandsorganisationen unterstützen, solange diese Organisationen für sie keine Gefahr darstellen. Jede liquidatorische Lösung kommt diesen Staaten gelegen.

Die nationalen arabischen Regimes suchen eine Regelung, an der das palästinensische Volk teilnimmt. Sie unterhalten Beziehungen sowohl zum jordanischen Regime als auch zu verschiedenen Widerstandsorganisationen. Das Resultat einer Regelung, die sie anstreben, wäre ein palästinensischer Staat.

Angesichts dieser Verhältnisse und der Aktivitäten der Konterrevolution stellen sich die Fragen: Was muß die Widerstandsbewegung tun; und wie hat sie auf die letzten Erfahrungen reagiert?

Einige Widerstandsorganisationen versuchen die kritische Aufarbeitung der politischen, organisatorischen und militärischen Erfahrungen der letzten drei Jahre zu umgehen. Daraus entsteht eine permanente Krisen-

6) Als Vergleich empfiehlt sich die französische Algerien-Politik. Nachdem der französische Imperialismus daran scheiterte, die algerische Reaktion als Alternative zur Befreiungsfront aufzubauen, versuchte er eine "dritte Kraft" unter Führung von Massali Al Hadj an die Spitze der nationalen Bewegung zu setzen. Nachdem dieser Versuch

auch scheiterte, suchte sich der französische Imperialismus eine andere "neue Kraft" und zwar aus den Reihen der algerischen FLN. Eine Gruppe um Joseph Ben. Chedda hat sich als Verbündete angeboten.

situation, die sich darin ausdrückt:

1. Einige Organisationen verschweigen gegenüber der Bevölkerung die Fehler, die ihre Kader in Nord- und Mitteljordanien begangen haben. Sie weigern sich, die rechten und kompromisslerischen Elemente aus ihren Reihen auszuschließen. Diese Politik würde bedeuten, daß man denselben Elementen die Führung im nationalen und Klassenkampf überläßt, als wäre nichts geschehen. (7)

2. Das Zentralkomitee der PLO hat bis jetzt die Erfahrungen der letzten Jahre und des Bürgerkriegs nicht ausgewertet. Obwohl die Demokratische Volksfront eine kritische Auseinandersetzung innerhalb des Zentralkomitees fordert, versuchen bestimmte Organisationen eine verbindliche und selbstkritische Auseinandersetzung dadurch zu überspringen, daß sie die Widerstandsbewegung mit unwichtigen Fragen beschäftigen, die sich aus dem alltäglichen Arbeitskram ergeben.

3. Zugleich versuchen diese Organisationen der Widerstandsbewegung leere militärische, organisatorische und verwaltungsmäßige Einheitsformeln aufzuzwingen. Die demagogischen Parolen über eine scheinbare Einheitsfront, die von diesen Organisationen propagiert werden, dienen nicht der Sache der Revolution und müssen daher bekämpft werden.

Unabhängig von einem revolutionären Programm, das es auszuarbeiten gilt, versuchen diese Organisationen die Fragen der Einheitsfront auf die Vereinheitlichung der Verwaltungsbürokratien zu reduzieren. Diese Politik hat mit der Politik des Regimes viele Gemeinsamkeiten, weil dadurch die zentrale Frage eines revolutionären national-demokratischen Programms für ganz Jordanien zugunsten einer falschen Taktik verdrängt wird, die weder den liquidatorischen Plänen noch den Plänen eines palästinensischen Staates entgegenwirken kann. Nicht nur in Jordanien, sondern auch im Libanon soll die Vereinheitlichung der Verwaltung die revolutionäre Einheitsfront ersetzen. Das demagogische Geschrei über diese trügerische Einheitsfront soll die zentralen politischen, militärischen, organisatorischen und finanziellen Ausgaben der Widerstandsbewegung und die damit verbundene strategische Zielsetzung auf jordanischer und gesamtarabischer Ebene vertuschen und untergraben. Diese Demagogie trägt zu einer Spaltung in den Reihen des Widerstands und der Bevölkerung und zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen denen, die eine trügerische Einheitsfront aufbauen wollen und denen, die die kritische Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen für die Voraussetzung einer revolutionären Einheitsfront halten. Teile der Bevölkerung und der Widerstandsbasen werden dadurch in die Auseinandersetzung hineingezogen; die Verfechter der trügerischen und programmlosen "Einheitsfront" werden die Emotionen für die Durchsetzung ihrer Pläne ausnützen. Den ideologisch, politisch und organisatorisch harten Kern des Widerstands

werden die Eiferer der programmlosen "Einheitsfront" als Gegner der nationalen Einheit zu brandmarken suchen, Würden diese Organisationen in den derzeitigen Auseinandersetzungen ihre Pläne durchsetzen, dann würde die Widerstandsbewegung in eine historische Sackgasse gedrängt. Die logische Konsequenz einer solchen falschen Politik wäre entweder das Absterben der nationalen Bewegung oder ihre Unterwerfung unter die Pläne unserer Feinde.

Die verlogene Propaganda über die Notwendigkeit einer nationalen Einheitsfront, die sich weder an einem Programm, noch an den Anforderungen der heutigen Situation orientiert, erscheint uns sehr suspekt zu sein. Sie gleicht den verlogenen Parolen der arabischen Gipfelkonferenz in Tripolis 1970, die sich eine Kontrolle über die Politik der Widerstandsbewegung versprach.

Die heutige Phase erfordert von allen Widerstandsorganisationen die Ausarbeitung eines revolutionären Programms, das den Anforderungen der national-demokratischen Revolution gerecht werden kann. Sie erfordert auch demokratische Beziehungen zwischen den Organisationen des Widerstands und eine zielbewußte Aufgabenbestimmung, die auf demagogische Parolen und unverantwortliches, individualistisches Geschrei verzichtet.

Die organisierte und kollektive Führung ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme der national-demokratischen Revolution. Eine öffentliche, zielbewußte und solidarische Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der letzten drei Jahre, vor allem denen des Bürgertums, schafft die Voraussetzung für ein nationales Programm und für die wirkliche Einheitsfront auf militärischer, politischer und organisatorischer Ebene. Hierzu fordert die Demokratische Volksfront alle Widerstandsorganisationen auf.

Jordanien - Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, Okt. 1970

(Nach Al-Hourria, Nr. 541, 542, 543.)

PS. Viele Fußnoten wurden aus dem arabischen Text nicht übersetzt, weil sie entweder auf interne Rundbriefe oder auf arabische Texte hinweisen, die dem deutschen Leser nicht zugänglich sind. Den arabischen Lesern empfehlen wir, die Analyse der FPDLP in den genannten Nummern der Al-Hourria.



7) Die FPDLP hat eine Reihe von strengen organisatorischen Maßnahmen gegen einige Führungskader im Norden (Irbid) geschlossen, weil diese Kader einen falschen militärischen

Beschluß fassten. Eine Reihe von Parteiverfahren wurde eingeleitet. Die Ergebnisse der Parteiprozesse werden in einer Sonderanalyse veröffentlicht.

A. LEON: JUDENFRAGE UND KAPITALISMUS

Im folgenden drucken wir die beiden letzten Kapitel des Buches von Abraham Leon: "Judenfrage und Kapitalismus" ab, das demnächst im Trikontverlag München erscheinen wird. Das Buch stellt den Versuch einer "historisch-materialistischen Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel" dar. Das hier entwickelte Verständnis des Zionismus hat die antizionistische Opposition in Israel entscheidend beeinflusst.

Red.

Der Zionismus

Der Zionismus ist geboren im Widerschein des durch die russischen Prognome des Jahres 1882 in Rußland und den Skandal der Russfus-Affäre hervorgerufenen Feuers, zwei Ereignisse, die die zunehmende Verschärfung des jüdischen Problems Ende des 19. Jahrhunderts widerspiegeln.

Die schnelle Kapitalisierung der russischen Wirtschaft nach der Reform von 1863 (15) machte die Situation der jüdischen Massen in den Kleinstädten unerträglich. Im Westen begannen die Mittelklassen, von der kapitalistischen Konzentration zerrieben, sich gegen das jüdische Element zu wenden, dessen Konkurrenz ihre Situation verschärfte. In Rußland bildet sich die Gesellschaft der "Freunde Zions". Leo Pinsker schreibt seine "Auto-Emanzipation" (16) ein Buch, in dem er die Rückkehr nach Palästina als einzig mögliche Lösung der jüdischen Frage empfiehlt. In Paris beginnt Baron Rothschild, der wie alle jüdischen Geldmagnaten die Überflutung der westlichen Länder mit jüdischen Einwanderern ungenügend sieht, sich für das Werk der jüdischen Kolonisierung zu interessieren. Ihren unglücklichen Brüdern zu helfen, in das Land ihrer "Vorfahren" zurückzukehren - d.h. möglichst weit weg zu ziehen - kann der westlichen Bourgeoisie nur recht sein, die nicht ohne Grund ein Anwachsen des Antisemitismus befürchtet. Kurze Zeit nach der Erscheinung des Buches von Leo Pinsker erlebte ein jüdischer Journalist aus Budapest namens Theodor Herzl in Paris eine antisemitische Demonstration, die durch die Affaire Dreyfus provoziert wurde. Er schreibt daraufhin sein Buch "Der jüdische Staat", das bis heute das Evangelium der zionistischen Bewegung geblieben ist. Seit seinem Ursprung erscheint der Zionismus als eine Reaktion des jüdischen Kleinbürgertums (das noch heute den Kern des Judentums darstellt), das von der steigenden Woge des Antisemitismus getroffen, von einem Ort zum anderen abgeschoben, versuchte, das Verheißene Land zu erreichen, wo es sich aus den Stürmen heraushalten könnte, die über die moderne Welt hinwegbrausen.

Der Zionismus ist also eine sehr junge Bewegung, die jüngste der europäischen nationalen Bewegungen. Das hindert ihn aber keineswegs - und zwar weniger als alle anderen Nationalismen - an der Behauptung daß er seine Substanz aus sehr ferner Vergangenheit ziehe. Während der Zionismus in Wirklichkeit ein Produkt der letzte Phase des bereits morschen Kapitalismus ist, beansprucht er jedoch, seinen Ursprung in einer mehr als zweitausendjährigen Vergangenheit zu haben. Während er realiter eine Reaktion gegen die für die Juden so verhängnisvolle Verknüpfung feudalistischer und kapitalistischer Auflösungsstendenzen ist, versteht er sich als Reaktion auf die jüdische Geschichte, seit der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 der christlichen Zeitrechnung. Seine junge Existenz ist natürlich der beste Beweis für die Unrichtigkeit dieser Behauptung. In der Tat, wie kann man glauben, daß das Heilmittel gegen ein seit 2000 Jahren bestehendes Übel erst Ende des 19. Jahrhunderts hätte gefunden werden können? Wie alle Nationalismen jedoch - und noch weit stärker - betrachtet der Zionismus seine Vergangenheit im Lichte der Gegenwart. Auf diese Weise verzerrt sich das Bild der Gegenwart. Ganz wie die französischen Kinder lernen, daß Frankreich seit dem Gallien von Vercingetorix existiere, ganz wie man den Kindern in der Provence die Siege, die die Könige der Ile de France gegen ihre Vorfahren errungen haben, als ihre eigenen Erfolge darstellt, so versucht der Zionismus den Mythos des ewigen Judentums zu schaffen, das ständig mit denselben Verfolgungen habe kämpfen müssen.

Der Zionismus sieht in der Zerstörung Jerusalems die Ursache für die Diaspora und demzufolge auch die Quelle aller jüdischen Leiden in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. "Die Quelle aller Leiden des jüdischen Volkes ist der Verlust seiner geschichtlichen Heimat und seine Zerstreuung in alle Welt.", erklärt die marxistische Abteilung von Poale Zion (17) beim holländisch-skandinavischen Komitee. Nach der gewaltsamen Zersprengung der Juden durch die Römer habe die leidensvolle Geschichte begonnen. Aus ihrem Vaterland vertrieben, hätten die Juden sich nicht assimilieren wollen (wie schön ist die freie Entscheidung!). Durchdrungen von ihrer "nationalen Zusammengehörigkeit", einem "ethischen Gefühl höherer Art" und einem "unzerstörbaren Glauben an einen einzigen Gott" (18), hätten sie allen Verlockungen zur Assimilierung widerstanden. Ihre einzige Hoffnung in den dunklen Tagen

dieser zweitausendjährigen Leidensgeschichte sei die Vision einer Rückkehr in ihr altes Vaterland gewesen.

Warum haben die Juden während dieser 2000 Jahre niemals den Versuch unternommen, in ihre Heimat zurückzukehren? Diese Frage hat sich der Zionismus niemals ernsthaft gestellt. Warum mußte man das 19. Jahrhundert abwarten, damit Herzl von der Notwendigkeit einer Rückkehr überzeugen konnte? Warum wurden alle Vorgänger Herzls, wie beispielsweise der berühmte Sabbatai Zewi (19), jeweils wie ein falscher Messias behandelt? Warum wurden die Anhänger von Sabbatai Zewi von dem orthodoxen Judentum so grausam verfolgt?

Natürlich nimmt man, um diese peinlichen Fragen zu beantworten, Zuflucht zu der Religion. "Solange die Massen glaubten, daß sie bis zur Ankunft des Messias in der Diaspora bleiben müßten, mußten sie schweigend dulden" sagt Schitlovski (20), dessen Zionismus recht umständebedingt ist. Es handelt sich nämlich genau darum zu erfahren, warum die jüdischen Massen glaubten, daß sie, "um in ihre Heimat zurückkehren zu können", den Messias erwarten müßten. Die Religion, die ein ideologischer Reflex der hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Interessen ist, muß diesen notwendigerweise entsprechen. Heute bildet die Religion nirgends mehr ein Hindernis für den Zionismus. (21)

In Wirklichkeit war, solange das Judentum im feudalen System seinen Platz hatte, der "Traum von Zion" nichts anderes als ein Traum und entsprach keinem realen Interesse des Judentums. Der jüdische Gastwirt oder "Pächter" im Polen des 16. Jahrhunderts dachte ebensowenig an eine "Rückkehr" nach Palästina wie heute der jüdische Millionär in Amerika. Der jüdische Messianismus unterschied sich durch nichts von den Messianismen anderer Religionen. Die jüdischen Pilger, die nach Palästina zogen, trafen dort katholische, orthodoxe und muslimische Pilger. Es war übrigens nicht so sehr die "Rückkehr nach Palästina", die den Grund für diesen Messianismus bildete, sondern eher der Glaube an dem Wiederaufbau des Tempels in Jerusalem.

All diese idealistischen Konzeptionen des Zionismus sind natürlich untrennbar mit dem Dogma des ewigen Antisemitismus verbunden. "Solange die Juden in der Diaspora leben, werden sie von den einheimischen Bewohnern gehaßt werden." Dieser Grundgedanke des Zionismus, sein Gerippe sozusagen, wird natürlich durch diverse Strömungen nuanciert. Der Zionismus überträgt den modernen Antisemitismus auf alle Zeiten. Er erspart sich das Studium der verschiedenen Formen des Antisemitismus und seiner Entwicklung. Wir haben aber gesehen, daß das Judentum zu verschiedenen geschichtlichen Epochen den besitzenden Klassen angehörte und wie diese behandelt wurde. Im Ganzen gesehen müssen die Quellen des Zionismus wohl in der Unmöglichkeit gesucht werden, sich zu assimilieren, anstatt in einem "ewigen" Antisemitismus oder dem Willen, die "Reichtümer des Judentums" zu erhalten. (22)

In Wirklichkeit ist die zionistische Ideologie, wie alle Ideologien, nichts anderes als eine verzerrte Widerspiegelung der Interessen einer bestimmten Klasse. Er ist die Ideologie des jüdischen Kleinbürgertums, das zwischen den Ruinen des Feudalismus und dem absterbenden Kapitalismus zerrieben würde. Die Widerlegung der ideologischen Phantastereien schafft natürlich die wirklichen Bedürfnisse, aus denen jene entstanden sind, nicht aus der Welt. Es ist der moderne Antisemitismus, der den Zionismus schürt, und nicht der Mythos des "ewigen Antisemitismus". Ebenso ist die wesentliche Frage nicht, inwieweit der Zionismus fähig ist, das "ewige" jüdische Problem zu lösen, sondern ob er fähig ist, die jüdische Frage zur Zeit des kapitalistischen Niedergangs zu lösen.

Die zionistischen Theoretiker lieben den Vergleich des Zionismus mit allen anderen nationalen Bewegungen. Aber in Wirklichkeit sind die Grundlagen nationaler Bewegungen und die des Zionismus völlig verschieden. Die nationale Bewegung der europäischen Bourgeoisie ist eine Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung; sie spiegelt den Willen des Bürgertums wider, sich der feudalen Überreste zu entledigen. Der Nationalismus der europäischen Bourgeoisie ist eng verbunden mit dem aufsteigenden Kapitalismus. Im 19. Jahrhundert, der Blütezeit der Nationalismen, war das jüdische Bürgertum jedoch weit vom Zionismus entfernt und in großem Maße assimilierungswillig. Der wirtschaftliche Prozeß, aus dem die modernen Nationen hervorgegangen sind, legte den Grundstein für die Integration des jüdischen Bürgertums in die bürgerliche Nation.

Erst als der Prozeß der Bildung der Nationen seinem Ende zuging, als den entfaltenen Produktivkräften die nationalen Grenzen schon längst zu eng geworden sind, beginnt man, die Juden aus der kapitalistischen Gesellschaft auszustoßen. Der moderne Antisemitismus entsteht. Die Ausrottung des Judentums begleitet den Niedergang des Kapitalismus. Weit davon entfernt, Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte zu sein, ist der Zionismus gerade die Konsequenz des totalen Stillstands der Entwicklung, das Resultat der kapitalistischen Erstarrung. Während der Nationalismus das Ergebnis der Entfaltung des Kapitalismus ist, ist der Zionismus ein Produkt der imperialisti-

schen Ära. Die jüdische Tragödie des 20. Jahrhunderts ist eine direkte Folge des Niedergangs des Kapitalismus. Hier liegt das prinzipielle Hindernis für die Verwirklichung des Zionismus. Der Niedergang des Kapitalismus, Grundlage für das Wachstum des Zionismus, ist auch die Ursache für die Unmöglichkeit seiner Verwirklichung. Das jüdische Bürgertum ist verpflichtet, mit allen Mitteln einen eigenständigen Nationalstaat zu schaffen und den objektiven Rahmen für die Entfaltung seiner Produktivkräfte sichern - und das zu einer Zeit, wo die Bedingungen einer solchen Entwicklung längst vorüber sind. Der Niedergang des Kapitalismus, der die jüdische Frage so sehr zugespitzt hat, hat auch ihre Lösung durch den Zionismus illusorisch gemacht. Das ist keineswegs erstaunlich. Man kann ein Übel nicht ohne seine Ursachen beseitigen. Der Zionismus aber will die jüdische Frage lösen, ohne den Kapitalismus, die Hauptquelle der jüdischen Leiden, zu zerstören.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als das jüdische Problem sich erst in seiner ganzen Schärfe stellte, verließen 150.000 Juden jährlich ihr Ursprungsland. Zwischen 1881 und 1925 sind 4 Millionen Juden ausgewandert. Trotz dieser enormen Zahlen wächst die ostjüdische Bevölkerung von 6 auf 8 Millionen an.

Selbst wenn der Kapitalismus sich noch weiter entfalten würde, wenn die Überseeeländer noch weiterhin Emigranten aufnehmen würden, wäre eine Lösung der jüdischen Frage (im zionistischen Sinn) noch in unerreichbarer Ferne. Anstatt sich zu verringern, zeigt die jüdische Bevölkerung immer noch die Tendenz, sich zu vermehren. Um einen wirklichen Anfang bei der Lösung der jüdischen Frage zu machen, d.h. um die jüdischen Massen wirklich zu verpflanzen, wäre es nötig, daß die Immigrationsländer wenigstens etwas mehr als das natürliche Wachstum der Juden in der Diaspora, also wenigstens 300.000 Juden pro Jahr absorbieren. Und wenn vor dem ersten imperialistischen Kriege, als noch alle Bedingungen für die Emigration günstig waren, als noch alle fortgeschrittenen Länder, wie die USA, Immigranten in Massen aufnehmen, eine solche Zahl nicht erreicht werden konnte, wie sollte dies dann in der schweren Krise des Kapitalismus und in der Periode endloser Kriege möglich sein?

Natürlich gibt es genügend Schiffe in der Welt, um Hunderttausende oder gar Millionen Juden zu transportieren. Aber wenn alle Länder den Emigranten die Türen verschlossen, so deshalb, weil eine Überproduktion von Arbeitskräften existierte, wie es auch eine Überproduktion von Waren gibt. Im Gegensatz zur These von Malthus, nach der es zu viel Menschen auf der Erde geben werde, weil es zu wenig Produkte geben werde, ist es gerade der Überfluß an Produkten, der den "Überfluß" an Menschen erzeugt. Welches Wunder hätte - selbst in einem noch so reichen und noch so großen Land - zu einer Zeit, wo die Märkte der Welt mit Produkten gesättigt sind und überall permanente Arbeitslosigkeit herrscht, die Produktivkräfte in dem Maße entwickeln können, um 300.000 Einwanderer jährlich zu verkräften (ganz abgesehen von den besonderen Voraussetzungen des armen und kleinen Palästina)? In Wirklichkeit verringerten sich die Auswanderungsmöglichkeiten für die Juden in demselben Maße, in dem ihre Notwendigkeit stieg. Die Gründe für die Emigration sind dieselben, die ihre Verwirklichung verhindern, sie sind auf den Niedergang des Kapitalismus zurückzuführen.

Gerade dieser grundlegende Widerspruch zwischen der Notwendigkeit und der Möglichkeit der Auswanderung macht auch die politische Schwierigkeit des Zionismus aus. Die Entwicklungsphase der europäischen Nationen ging einher mit der intensiven Kolonisierung der Überseeeländer. Nordamerika wurde zu Beginn und Mitte des 19. Jahrhunderts - der goldenen Jahre des europäischen Nationalismus - kolonisiert. Zur selben Zeit begannen auch Südamerika und Australien sich zu entwickeln. Weite Teile der Erde waren nahezu herrenlos und eigneten sich vorzüglich dazu, Millionen europäischer Emigranten aufzunehmen. Zu dieser Zeit dachten die Juden gar nicht oder kaum an Emigration - aus Gründen, die wir bereits kennengelernt haben.

Heute ist die ganze Welt kolonisiert, industrialisiert und unter den verschiedenen imperialistischen Mächten aufgeteilt. Die jüdischen Auswanderer prallen zugleich auf den Nationalismus der "Eingeborenen" und auf den jeweils dominierenden Imperialismus. In Palästina stößt der jüdische Nationalismus auf einen immer aggressiveren arabischen Nationalismus. Die Bereicherung Palästinas durch die Emigranten vergrößert noch die Intensität des arabischen Nationalismus. Die Entwicklung des Landes zieht das Anwachsen der arabischen Bevölkerung, deren gesellschaftliche Differenzierung und die Entfaltung eines nationalen Kapitalismus nach sich. Um den arabischen Widerstand zu brechen, bedürfen die Juden des englischen Imperialismus. Aber seine "Unterstützung" ist nicht weniger schädlich als der arabisches Widerstand. Der englische Imperialismus sieht zwar mit Wohlwollen eine schwache jüdische Einwanderung, die ein Gegengewicht gegen die Araber bildet. Aber er ist entschieden gegen eine jüdische Immigration größeren Stils, gegen die industrielle Entwicklung und das Anwachsen des Proletariats in Palästina. Die Juden dienen ihm nur zur Neutralisierung der arabischen Bedrohung. Er tut alles, um die jüdische Immigration zu erschweren.

So gesellt sich zu den wachsenden Schwierigkeiten, die der arabischer Widerstand macht, das perfide Spiel des britischen Imperialismus. Schließlich muß man noch einen letzten Schluß aus den bisher entwickelten grundsätzlichen Prämissen ziehen: Infolge ihres notwen-

dig erweise künstlichen Charakters, in Folge ihrer geringen Ausichten auf eine schnelle und normale Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft braucht die zionistische Kolonisierung heute beträchtliche Kapitalien. Der Zionismus verlangt den jüdischen Rassen in aller Welt in zunehmendem Maße Opfer ab. Solange jedoch die Lage der Juden in der Diaspora mehr oder weniger erträglich ist, verspürt keine jüdische Klasse den Drang, Opfer auf sich zu nehmen. Je mehr jedoch die jüdischen Massen die Notwendigkeit eines eigenen Vaterlandes empfinden, je mehr die Judenverfolgungen zunehmen, desto weniger sind die jüdischen Massen in der Lage, das Werk des Zionismus zu unterstützen. "Der Wiederaufbau Palästinas braucht ein starkes jüdisches Volk in der Diaspora", sagt Ruppin. Aber solange das jüdische Volk in der Diaspora stark ist, verspürt es keinen Drang, Palästina zu helfen. Will es jedoch, fehlen ihm die Mittel dazu. Es wäre schwierig, die europäischen Juden, deren erste Sorge heute die Emigration ist, dazu zu bringen, den Wiederaufbau Palästinas zu unterstützen. An dem, was sie dazu in der Lage sein werden, wird sich ihr Enthusiasmus sicherlich sehr verringern.

Man kann natürlich einen relativen Erfolg des Zionismus nicht ausschließen, derart etwa, daß eine jüdische Mehrheit in Palästina entsteht. Denkbar wäre sogar die Bildung eines "jüdischen Staates", d.h. eines Staates unter der vollständigen Herrschaft des englischen oder amerikanischen Imperialismus. Dies wäre in gewisser Weise eine Rückkehr zum Stand der Dinge vor der Zerstörung Jerusalems, und aus dieser Sicht könnte man sogar von der "Wiedergutmachung einer zweitausend Jahre alten Ungerechtigkeit" sprechen. Aber dieser winzige, "unabhängige" jüdische Staat inmitten einer weltweiten Diaspora wäre ein nichts anderes als eine offensichtliche Zurückkehr der Geschichte auf die Zeit vor dem Jahre 70 n. Chr.. Es wäre noch einmal der Beginn der Lösung der jüdischen Frage. In der Tat hatte die Diaspora im römischen Reich solide wirtschaftliche Grundlagen. Die Juden spielten in der damaligen Welt eine wichtige ökonomische Rolle. Die Existenz oder Nicht-Existenz einer jüdischen Metropole hatte für die Juden der damaligen Zeit nur eine sekundäre Bedeutung. Heute handelt es sich nicht mehr darum, den Juden einen politischen oder geistigen Mittelpunkt zu geben (wie es Achad Haam (23) wollte). Es geht vielmehr darum, das Judentum vor der Vernichtung zu bewahren, die ihm in der Diaspora droht. Was aber kann ein kleiner jüdischer Staat in Palästina an der Situation der polnischen oder deutschen Juden ändern? Angenommen, alle Juden der Welt wären heute Bürger Palästinas: Würde dies die Politik Hitlers beeinflussen? Man muß mit unglaublicher juristischer Naivität geschlagen sein, um zu glauben, daß gerade heute die Schaffung eines kleinen jüdischen Staates in Palästina irgend etwas an der Lage der Juden in der Welt ändern könnte. Die eventuelle Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina würde den Stand der Dinge im römischen Reich nur in einer Hinsicht gleichen, daß nämlich in beiden Fällen die Existenz eines kleinen jüdischen Staates in Palästina keinen Einfluß auf die Situation der Juden in der Diaspora hätte. Zur Zeit Roms war die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung des Judentums in der Diaspora sehr stark. Auch das Verschwinden des jüdischen Staates konnte sie nicht berühren. Heute hat sich die Lage der Juden in der ganzen Welt sehr verschlechtert: Auch die Errichtung eines jüdischen Staates könnte sie nicht verbessern. In beiden Fällen hängt das Schicksal der Juden nicht von der Existenz eines jüdischen Staates in Palästina ab, sondern hat ihre ganz bestimmte Funktion im allgemeinen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kontext. Selbst unter der Annahme, daß der zionistische Traum in Erfüllung ginge und die "jahrhundertalte Ungerechtigkeit" beseitigt würde (was in weiter Ferne liegt), so würde dadurch die Lage des Weltjudentums nicht verändert. Der Tempel wäre vielleicht wieder errichtet, aber die Gläubigen würden ihren Leidensweg weitergehen.

Die Geschichte des Zionismus ist die beste Illustration der unüberwindbaren Schwierigkeiten, auf die er stößt. Diese Schwierigkeiten entstehen letzten Endes aus dem grundlegenden Widerspruch, an dem er krankt: der Antinomie zwischen der wachsenden Notwendigkeit, die jüdische Frage zu lösen, und der wachsenden Unmöglichkeit, dies unter dem Vorzeichen des im Niedergang befindlichen Kapitalismus zu tun. Unmittelbar nach dem imperialistischen Krieg stellten sich der jüdischen Emigration keine großen Hindernisse entgegen. Die wirtschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Länder nach dem Krieg ließen eine Auswanderung nicht als sehr dringlich erscheinen. Die Emigrationsbewegung war daher sehr schwach. Das war übrigens auch der Grund, weshalb die britische Regierung der Einreise der Juden in Palästina keine größeren Hindernisse in den Weg stellte. In den Jahren 1924, 1925 und 1926 eröffnete die polnische Bourgeoisie eine wirtschaftliche Offensive gegen die jüdischen Massen. In diesen Jahren stieg die Einwandererquote in Palästina sehr an. Aber diese massive Zuwanderung stieß rasch auf unüberwindbare wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der Rückfluß der Emigranten war beinahe ebenso groß wie ihr Zufluß. Bis zur Machtergreifung Hitlers 1933 blieb die Immigrationsquote in Palästina gering. Nach diesem Ereignis zogen Zehntausende von Juden nach Palästina. Diese "Hochkonjunktur" erlahmte bald unter dem Druck antijüdischer Manifestationen und Judenmassakern. Die Araber befürchteten ernsthaft, eine Minderheit im eigenen Lande zu werden. Die arabischen Feudalherren befürchteten, von der kapitalistischen Welle hinweggeschwemmt zu werden. Der bri-

ische Imperialismus nützte diese Spannung aus, um den Juden die Einreise zu erschweren und den Graben zwischen Juden und Arabern zu vertiefen. Bis zum zweiten imperialistischen Krieg sah sich der Zionismus wachsenden Schwierigkeiten gegenüber. Die palästinensische Bevölkerung lebte in einem Zustand ständigen Terrors. Gerade als die Lage der Juden immer verzweifelter wurde, zeigte sich der Zionismus völlig unfähig, hier ein Heilmittel zu finden. Die "heimlichen" jüdischen Einwanderer wurden mit Schüssen aus den Gewehren ihrer britischen "Beschützer" empfangen.

Die zionistische Illusion verlor nach und nach ihre Anziehungskraft selbst in den Augen der weniger Aufgeklärten. Die letzten Wahlen in Polen zeigten, daß sich die jüdischen Massen völlig vom Zionismus abgewandt hatten. Sie fingen an zu begreifen, daß der Zionismus ihre Lage nicht nur nicht ernsthaft verbessern konnte, sondern daß er den Antisemiten mit seinen Theorien über die "objektive Notwendigkeit der jüdischen Auswanderung" nur die Waffen lieferte. Der imperialistische Krieg und der Triumph des Hitlerismus in Europa wurden für das Judentum zum Verhängnis ohnegleichen. Das Judentum ist von vollständiger Ausrottung bedroht. Was bedeutet der Zionismus in Anbetracht einer solchen Katastrophe? Ist es nicht offensichtlich, daß die jüdische Frage sehr wenig vom zukünftigen Geschick Teilsüds abhängt, in starkem Maße jedoch vom Regime, das morgen in Europa und in der Welt dominiert? Die Zionisten setzen große Hoffnungen in einen Sieg der angelsächsischen Imperialisten. Aber besteht denn irgend ein Grund für die Annahme, daß die Haltung der angelsächsischen Imperialisten sich nach einem eventuellen Sieg ändern werde? Nicht im Geringsten! Selbst wenn der angelsächsische Imperialismus in irgendeiner Art die Mißgeburt eines jüdischen Staates bewirkte, würde dadurch - wie wir gesehen haben - die Lage des Weltjudentums nicht beeinflusst. Eine Einwanderung größeren Stils in Palästina würde nach diesem Krieg auf dieselben Schwierigkeiten stoßen, wie vorher. (24) Unter den Voraussetzungen des Niederganges des Kapitalismus ist es unmöglich, Millionen von Juden zu verpflanzen. Nur eine weltweite sozialistische Planwirtschaft wäre zu solchem Wunder fähig. Aber dies setzte natürlich die sozialistische Revolution voraus.

Der Zionismus aber will das jüdische Problem unabhängig von der Weltrevolution lösen. Da der Zionismus die wirklichen Quellen der jüdischen Frage in unserer Zeit verkennt und sich in kindischen Träumen und dummen Hoffnungen wiegt, zeigt er sich als ideologischer Aufwuchs ohne jeglichen wissenschaftlichen Wert.

DIE WEGE ZUR LÖSUNG DER JÜDISCHEN FRAGE

Es ist falsch, daß eine Lösung des jüdischen Problems sich seit 2.000 Jahren angeboten hätte. Die Tatsache, daß während dieser langen Zeit keine Lösung gefunden werden konnte, beweist schon ihre Überflüssigkeit. Das Judentum war für die vorkapitalistische Gesellschaft unentbehrlich. Es stellte ein wesentliches Strukturelement dieser Gesellschaft dar. Dies erklärt seine zweitausendjährige Existenz in der Diaspora. Der Jude war für die feudale Gesellschaft ebenso charakteristisch wie Herr und Knecht. Nicht zufälligerweise ist es ein fremdes Element, das im feudalen Wirtschaftssystem die Rolle des "Kapitals" übernommen hat. Die feudale Gesellschaft konnte als solche keine kapitalistische Formen ausbilden. Von dem Augenblick an, als sie dazu über die Lage war, hörte sie auf, feudal zu sein. Es ist auch kein Zufall, daß der Jude dem feudalen Milieu fremd blieb. Das "Kapital" der vorkapitalistischen Gesellschaft existiert außerhalb ihres wirtschaftlichen Systems. Von dem Augenblick an, wo das Kapital sich von diesem gesellschaftlichen System zu lösen beginnt und so das fremde Organ erzeugt, verschwindet der Jude zur selben Zeit, wie die Feudalgesellschaft aufhört, feudal zu sein.

Daß der moderne Kapitalismus hat das Judenproblem geschaffen. Nicht, daß die Juden nahezu zwanzig Millionen zählen (der Prozentsatz der Juden gegenüber den Nicht-Juden ist seit der römischen Epoche sogar stark ungleich), sondern weil der Kapitalismus die jahrhundertalte Existenzgrundlage des Judentums zerstörte. Er zerstörte die Feudalgesellschaft mit ihr die Funktion der jüdischen Volks-Klasse. Die Geschichte urteilte diese Volks-Klasse zum Untergang und so stellte sich das jüdische Problem. Die jüdische Frage ist die Frage der Anpassung des Judentums an die moderne Gesellschaft, das Problem der Beseitigung des feudalistischen Erbes.

Im 19. Jahrhundert hindurch stellte das Judentum einen gesellschaftlichen Organismus dar, in dem Elemente der sozialen Struktur und Elemente nationaler Art einander wechselseitig durchdrangen. Die Juden sind keineswegs eine Rasse; im Gegenteil, sie sind, wahrscheinlich besonders charakteristischer und ausgeprägter Art eine Rassenmischung. Das schließt nicht aus, daß in dieser Rassenmischung das asiatische Element besonders hervorsteht, jedenfalls in ausreichendem Maße, um den Juden in der Welt des Occident, in der er am stärksten vertreten ist, auffallen zu lassen. Dieser reale nationale "Hintergrund" ist von einem irrationalen, literarischen Hintergrund ergänzt, gebildet durch die jahrhundertalte Tradition, die den Juden der Gegenwart mit den entferntesten "Ahnen" aus der Bibel verbindet. Auf diese nationalen Grundlagen wurde in der Folgezeit der Klassenhintergrund, die

merkantile Psychologie aufgetragen. Nationale und gesellschaftliche Elemente haben sich weitgehend vermischt und gegenseitig durchdrungen. Es wäre schwierig, bei einem polnischen Juden das Erbe seiner Vorfahren von dem seiner sozialen Funktion geschuldeten Erbe zu trennen, die er in Polen über Jahrhunderte hinweg ausgeübt hat. Sicherlich hat die gesellschaftliche Basis seit langer Zeit an Einfluß gegenüber dem nationalen Hintergrund gewonnen. Aber, wenn der gesellschaftliche Aspekt zum nationalen hinzukommt, so konnte letzterer nur dank des ersteren überleben. Nur dank seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position konnte der Jude sich "konservieren".

Der Kapitalismus hat die jüdische Frage gestellt, d.h. er hat die gesellschaftlichen Grundlagen zerstört, auf denen das Judentum sich seit Jahrhunderten erhielt. Aber er hat sie nicht gelöst, weil er dem von seinem bisherigen gesellschaftlichen Rahmen befreiten Juden keinen neuen Platz zuweisen konnte. Der Kapitalismus im Niedergang, hat den Juden ins Nichts geworfen. Der "vorkapitalistische" jüdische Händler verschwand weitgehend, aber sein Sohn fand keinen Platz in der modernen Produktion. Das Judentum verlor den Boden unter den Füßen und wurde weithin ein gesellschaftlich deklassiertes Element. Der Kapitalismus hat nicht nur die gesellschaftliche Funktion der Juden, sondern auch die Juden selbst verurteilt. Kleinbürgerliche Ideologien neigen immer dazu, historische Phänomene zu zeitlosen Kategorien aufzuwerten. Für sie ist die Judenfrage ein Ergebnis der Diaspora; nur die Rückkehr der Juden nach Palästina kann sie lösen.

Es ist kindisch, die jüdische Frage auf eine territoriale Frage reduzieren zu wollen. Die territoriale Lösung könnte nur dann einen Sinn haben, wenn sie das Verschwinden des traditionellen Judentums, sein Eindringen in die moderne Wirtschaft, die "produktive Eingliederung" der Juden in die kapitalistische Ordnung bedeuten würde. Der Zionismus gelangt auf umgekehrtem Weg zu den von seinen ärgsten Feinden, den konsequenten "Assimilatoren", vorgeschlagenen Lösungen. Für beide handelt es sich darum, das "verfluchte" Erbe der Vergangenheit zu beseitigen, aus den Juden Arbeiter, Landwirte und produktive Intellektuelle zu machen. Die Illusion des Zionismus besteht nicht in seinem Willen, dieses Ergebnis zu erreichen; dabei handelt es sich schlicht um eine historische Notwendigkeit, die sich früher oder später realisieren wird. Seine Illusion besteht in dem Glauben, daß die unüberwindbaren Schwierigkeiten, die der Kapitalismus den zionistischen Zielen entgegengesetzt, sich in Palästina auf wunderbare Weise von selbst lösen würden. Wenn sich die Juden in der Diaspora wirtschaftlich jedoch nicht integrieren konnten, so werden dieselben Gründe verhindern, daß ihnen dies in Palästina gelingt. Die Welt ist heute so eng geworden, daß der Versuch, sich einen Schlupfwinkel vor ihren Stürmen zu schaffen, völlig absurd ist. Deshalb bedeutet der Fehlschlag der "Assimilation" konsequenterweise zugleich ein Versagen des Zionismus." Als sich das jüdische Problem zur ungeheuren Tragödie ausweitete, erwies sich die Hoffnung auf Palästina als jämmerlicher Trugschluß. 10 Millionen Juden befinden sich in Konzentrationslagern. Was bedeuten einige zionistische Kolonien in Anbetracht dieser gigantischen Zahl?

Also gibt es keine Lösung für die jüdische Frage außerhalb des Gegensatzes von Assimilation und Zionismus? Nicht innerhalb des kapitalistischen Systems, ebensowenig wie es für die anderen Probleme der Menschheit eine Lösung ohne tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen gibt. Es sind die gleichen Gründe, die die jüdische Emanzipation und die Zielsetzungen des Zionismus unmöglich machen. Man kann die Ergebnisse der jüdischen Frage nicht ohne ihre tieferliegenden Ursachen beseitigen.

Das Ghetto und die Ringelböckchen sind wieder aufgetaucht, Symbole des tragischen Wegs, den die Menschheit eingeschlagen hat. Der Antisemitismus wächst, aber er trägt bereits den Keim seines Absterbens in sich. Die Ausrottung der Juden schafft vorübergehend eine Art Lebensraum für das Kleinbürgertum. Die "Arisierung" erlaubt es, einige Zehntausend beschäftigungsloser Intellektueller und Kleinbürger unterzubringen. Indem sich die Kleinbürger jedoch gegen die scheinbaren Gründe ihres Elends wenden, tragen sie nur dazu bei, die wahren Gründe und deren Wirkung zu verschärfen. Der Faschismus beschleunigt die Proletarisierung der Mittelklassen. Nach den jüdischen Kleinbürgern werden viele Tausende Händler und Handwerker enteignet und proletarisiert. Die kapitalistische Konzentration hat gigantische Fortschritte gemacht. Die "offensichtliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage" geschah um den Preis der Vorbereitung des zweiten imperialistischen Krieges, der eine Quelle furchtbarer Zerstörungen und Massenmorde wurde.

So spiegelt das tragische Schicksal des Judentums nur mit besonderer Schärfe die Lage der Menschheit in ihrer Gesamtheit wider. Der Niedergang des Kapitalismus bedeutet für die Juden die "Rückkehr zum Ghetto", und dies zu einem Zeitpunkt, wo das Ghetto längst zusammen mit den Grundmauern der feudalen Gesellschaft verschwunden war. Der Kapitalismus versperrt der Menschheit den Weg in die Vergangenheit ebenso wie den Weg in die Zukunft. Nur die Zerstörung des Kapitalismus kann die Menschheit in die Lage versetzen, die ungeheuren Errungenschaften des industriellen Zeitalters für sich zu benutzen. Ist es verwunderlich, daß die jüdischen Massen, die als erste und mit besonderer Schärfe unter den Widersprüchen des Kapitalismus litten, dem sozialistischen und revolutionären Kampf

im Übermaß Kräfte zur Verfügung stellten? Lenin unterstrich wiederholt die Bedeutung der Juden für die Revolution, nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern, Lenin sagte auch, daß die Flucht eines Teils der jüdischen Bevölkerung ins Innere Rußlands im Anschluß an die Besetzung der westlichen Industriegebiete sehr nützlich für die Revolution war, ebenso, wie das Auftreten einer großen Zahl jüdischer Intellektueller in den russischen Städten während des Krieges. Sie ermöglichten den Bolschewiki die Durchbrechung der allgemeinen Sabotage, auf die sie überall nach der Revolution stießen und die sehr gefährlich war. Dadurch halfen sie den Bolschewiki, eine sehr kritische Phase zu überwinden (1). Der hohe Prozentsatz von Juden in der proletarischen Bewegung spiegelt nur die tragische Situation des Judentums in unserer Zeit wider. Die geistigen Fähigkeiten des Judentums, die es seiner historischen Entwicklung verdankt, sind so für die proletarische Bewegung eine ernstzunehmende Unterstützung. Hierin liegt sicher noch ein letzter, - wenn vielleicht auch nicht weniger wichtiger - Grund für den modernen Antisemitismus. Die herrschenden Klassen verfolgen mit besonderem Sadismus die jüdischen Intellektuellen und Arbeiter, die viele Kämpfer für die proletarische Bewegung stellten. Die völlige Isolierung der Juden von den Quellen von Kultur und Wissenschaft wird für das ins Schwanken geratene Regime, das sie verfolgt, unumgänglich. Die lächerliche Legende vom "jüdischen Marxismus" ist nichts weiteres als eine Karikatur der tatsächlichen Beziehung zwischen dem Sozialismus und den jüdischen Massen.

Noch nie ist die Situation der Juden so tragisch gewesen. Selbst in den schlimmsten Zeiten des Mittelalters bestanden ganze Landstriche, die sie beherbergten. Heute macht ein weltweiter Kapitalismus die Erde für sie unbewohnbar. Noch nie hat die Fata Morgana des Verheißenen Landes die jüdischen Massen so sehr verführt. Aber noch nie war das Verheißene Land weniger in der Lage, die jüdische Frage zu lösen.

Der Paroxysmus der jüdischen Frage heute ist auch der Schlüssel zu ihrer Lösung. Wenn die Lage der Juden noch niemals so tragisch war, so war sie auch noch niemals so nahe daran, als Problem gelöst zu werden. In den vergangenen Jahrhunderten hatte der Judenhaß einen wirklichen Grund in dem gesellschaftlichen Antagonismus zwischen Juden und anderen Teil der Bevölkerung. Heute fallen die Interessen der jüdischen Klassen mehr oder minder mit denen der Arbeiterklassen der ganzen Welt zusammen. Indem der Kapitalismus die Juden als "Kapitalisten" verfolgt, macht er sie zu Parias der Gesellschaft. Die grausamen Judenverfolgungen demaskieren die stupide Bestialität des Antisemitismus und zerstören die letzten Vorbehalte der Arbeiterklassen gegen die Juden. Die Ghettos und die gelben Sterne verhindern nicht, daß die Arbeiter eine wachsende Solidarität für die empfinden, die am meisten unter dem Leiden müssen, an dem die Menschheit in ihrer Gesamtheit leidet.

Eine gesellschaftliche Explosion - die großartigste, die die Welt je gesehen haben wird -, wird die Befreiung der am meisten verfolgten Parias unserer Erde vorbereiten. Wenn endlich die Menschen in den Fabriken und auf den Feldern die Vormundschaft der Kapitalisten abgeschüttelt haben, wenn sich vor der befreiten Menschheit das Abenteuer einer unbegrenzten Zukunft auftut, dann können die Juden einen nicht unbeachtlichen Beitrag zum Aufbau dieser neuen Welt leisten.

Das soll nicht heißen, daß der Sozialismus wie mit einem Zauberstab alle Schwierigkeiten, die mit der Lösung der jüdischen Frage verbunden sind, mit einem Schlag aus der Welt schaffen wird. Das Beispiel der Sowjetunion zeigt, daß selbst nach der proletarischen Revolution die spezifische, historisch ererbte Struktur des Judentums eine bestimmte Anzahl Schwierigkeiten verursachen wird, vor allem während der Übergangsperiode. So haben die Juden in Rußland beispielsweise während der NEP (2) aufgrund ihrer Handelstradition der neuen Bourgeoisie zahlreiche Kader geliefert.

Andererseits hat die große Masse der kleinen jüdischen Händler und Handwerker zu Beginn der Diktatur des Proletariats viel gelitten. Erst viel später, mit dem Erfolg des Fünfjahresplans, drangen die Juden in Massen in die sowjetrussische Wirtschaft ein. Im ganzen gesehen war die Erfahrung - trotz einiger Schwierigkeiten - eindeutig: Hunderttausende von Juden sind Arbeiter und Bauern geworden. Die Tatsache, daß ein genügend hoher Prozentsatz der jüdischen Lohnempfänger aus Angestellten und Beamten besteht, ist keineswegs beunruhigend. Der Sozialismus hat kein Interesse daran, daß die Juden sich auf manuelle Tätigkeiten beschränken. Im Gegenteil, die intellektuellen Fähigkeiten der Juden müssen ihm soweit wie möglich zur Verfügung gestellt werden.

Es hat sich also erwiesen, daß selbst unter den relativ schwierigen Bedingungen eines rückständigen Landes die jüdische Frage vom Proletariat gelöst werden kann. Die Juden haben sich in Massen in die russische Wirtschaft integriert. Die "produktive Eingliederung" der Juden wurde von zwei parallel laufenden Prozessen, einem Prozeß der Assimilation und einem Prozeß der territorialen Konzentration, begleitet. Dort, wo die Juden in die Industrie vordrangen, assimilierten sie sich schnell. Schon im Jahre 1926 sprachen kaum 40 % der jüdischen Bergarbeiter im Donec-Becken noch Jiddisch. Dennoch leben die Juden in nationaler Autonomie. Sie besitzen eigene Schulen, eine jiddische Presse und unabhängige Gerichte. Aber die jüdischen Nationalisten hören nicht auf, die Vernachlässigung dieser Schulen und dieser Presse zu beklagen. Nur dort, wo die jüdischen Massen in

genügender Dichte als Stedler hingeschickt worden waren, besonders nach Birobidjan, erlebt man eine Art "nationaler Renaissance". (3) Das Leben selbst zeigt also, daß das Problem, das das Judentum so sehr entzweit, nämlich die Alternative: Assimilation oder territoriale Konzentration - nur in den Köpfen von Kleinbürgern spukt. Die jüdischen Massen wünschen nur eines, nämlich das Ende ihres Martyriums. Dies kann ihnen nur der Sozialismus verschaffen. Aber der Sozialismus muß ihnen, wie auch allen anderen Völkern, die Möglichkeit geben, sich zu assimilieren und zugleich ein eigenes nationales Leben zu führen.

Ist dies das Ende des Judentums? Mit Sicherheit. Trotz ihrer scheinbar unüberwindlichen Gegensätzlichkeit sind sich Assimilatoren und Zionisten darin einig, das Judentum, so wie es die Geschichte kennt, nämlich als markantiles Judentum in der Diaspora, als Volks-Klasse, zu bekämpfen. Die Zionisten hören nicht auf zu wiederholen, daß es sich darum handle, in Palästina einen völlig neuen Typ von Juden zu schaffen, völlig verschieden von dem der Diaspora. Sie verwerfen mit Abscheu selbst Sprache und Kultur des Judentums der Diaspora. In Birobidjan, in der Ukraine und im Donec-Becken entledigt sich der "alte Jude" ebenfalls seines jahrhundertalten Plunders. Die Volks-Klasse, das historische Judentum, ist endgültig von der Geschichte verurteilt. Der Zionismus wird trotz aller seiner traditionellen Forderungen eine "nationale Wie dergewalt" nicht bewirken können, sondern höchstens eine "nationale Geburt". Der "neue Jude" gleicht weder seinem Bruder in der Diaspora, noch seinem Vorfahren aus der Zeit der Zerstörung Jerusalems. Der junge Palästinenser, der stolz ist, die Sprache Bar Cochba's (4) zu sprechen, hätte die sen wahrscheinlich nicht verstanden. In der Tat sprachen die Juden zur Zeit Roms fließend Aramäisch und Griechisch, aber sie hatten nur sehr vage Kenntnisse des Hebräischen. Das Neu-Hebräisch entfernt sich übrigens gezwungenermaßen mehr und mehr von der biblischen Sprache. All dies wird dazu beitragen, die palästinensischen Juden von denen der Diaspora zu entfernen. Und wer kann daran zweifeln, daß morgen, wenn die nationalen Barrieren und Vorurteile in Palästina verschwinden, eine fruchtbare Annäherung zwischen arabischen und jüdischen Arbeitern stattfindet, was zu ihrer partiellen oder totalen Vermischung führen wird?

Das "ewige" Judentum, das noch nie mehr als ein Mythos war, wird verschwinden. Es ist voreilig, in der "Assimilation" und in der "nationalen Lösung" unvereinbare Widersprüche zu sehen. Selbst in den Ländern, in denen sich möglicherweise Juden gruppieren, wird man entweder das Entstehen einer neuen, von der alten völlig verschiedenen jüdischen Nationalität oder die Bildung neuer Nationen erleben. Übrigens wird im ersten Fall diese neue Nationalität - es sei denn, daß die ansässige Bevölkerung vertrieben würde oder die strengen Verordnungen Esras und Nehemias wiedereingeführt würden - von den Einheimischen des Landes beeinflußt werden.

Der Sozialismus führt im nationalen Bereich notwendigerweise zur Demokratisierung im weitesten Sinne. Er muß den Juden die Möglichkeit geben, in allen Ländern, in denen sie ansässig sind, ein eigenes nationales Leben zu führen. Er muß ihnen außerdem ermöglichen, sich auf ein oder mehrere Gebiete zu konzentrieren, ohne natürlich die Interessen der einheimischen Bevölkerung zu verletzen. Nur eine so weit wie möglich ausgedehnte proletarische Demokratie wird es erlauben, die jüdische Frage mit einem Minimum an Leiden zu lösen.

Natürlich hängt das Tempo der Lösung der jüdischen Frage vom Rhythmus des sozialistischen Aufbaus ab. Der Antagonismus zwischen Assimilation und nationaler Lösung ist relativ, die letztere ist oft nur die Einleitung zur ersteren. Historisch gesehen sind alle bestehenden Nationen Produkte diverser Rassen- und Völkervermischungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß neue Nationen durch Vermischung oder Versprengung heute existierender Nationen entstehen. Wie dem auch sei, der Sozialismus muß sich hier darauf beschränken, "die Natur handeln zu lassen".

Man wird übrigens im gewissen Sinne zur Praxis der vorkapitalistischen Gesellschaft zurückkehren. Erst der Kapitalismus hat dadurch, daß er dem nationalen Problem eine wirtschaftliche Basis gegeben hat, auch die unüberwindbaren nationalen Gegensätze geschaffen. Vor Einbruch des Kapitalismus lebten Slowaken, Tschechen, Deutsche und Franzosen in völliger Eintracht miteinander. Die Kriege hatten keinen nationalen Charakter; sie interessierten nur die besitzenden Klassen. Die Politik erzwungener Assimilierung und nationaler Verfolgungen war bei den Römern unbekannt. Die barbarischen Völker ließen sich auf friedlichem Wege romanisieren oder hellenisieren. Die nationalen kulturellen und linguistischen Antagonismen von heute sind nicht anderes als die Folgen der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Widersprüche. Mit dem Verschwinden des Kapitalismus wird das nationale Problem seine Schärfe völlig verlieren. Wenn es auch verfrüht wäre, von einer weltweiten Assimilation der Völker zu sprechen, so ist es doch offensichtlich, daß eine globale Planwirtschaft eine beträchtliche Annäherung aller Völker der Welt zufolge hätte. Es wäre jedoch unangebracht, die Assimilierung künstlich voranzutreiben; nichts könnte ihr mehr schaden. Noch ist nicht vorzusehen, welcher Art die "Nachfahren" des heutigen Judentums sein werden. Aber der Sozialismus wird darüber wachen, daß sich diese "Generation" unter optimalen Bedingungen entfalten kann.

(Dezember 1942)

Zur politischen Lage in Israel

DIE FRAGE DER BESETZTEN GEBIETE IN DER SICHT DER "EXTREMISTEN", "GEMÄSSIGTEN" UND DER REGERUNG

I. ZUR HISTORISCHEN KONTINUITÄT

Können in mancher Hinsicht die unterschiedlichen Positionen israelischer Parteien und Politiker in Bezug auf die Zukunft der besetzten Gebiete als Fortsetzung früherer Divergenzen zwischen zionistischen Fraktionen des Jischuv (Jüdische Gemeinschaft Palästinas) gelten, so sind diese Positionen und die zunehmende Stärke expansionistischer Tendenzen doch vor allem durch die aktuelle politische und sozio-ökonomische Lage in Israel bedingt.

Die hauptsächlichsten Divergenzen innerhalb des Jischuv, die sich in den heutigen Positionen zur Frage der besetzten Gebiete, modifiziert durch den Tatbestand der Erfüllung des zionistischen Ziels der Gründung eines jüdischen Staates und die politische, ökonomische und militärische Entwicklung Israels, fortsetzen, sind folgendermaßen kurz zu kennzeichnen:

Der zionistische Voluntarismus der jüdischen Einwanderer aus Rußland und Rumänien, die sich von 1882 - 1904, Beginn der Periode gezielter Pogrome und des Massenlebens unter den russischen Juden, in Palästina niederließen, ihr Ziel, die ökonomische Wiedergeburt der Juden durch Ackerbau und die Eroberung des "Heimatlandes" mit Pflug und Hacke herbeizuführen, scheiterte bald an den sozio-ökonomischen Realitäten. Zunächst (bis 1899) unter die Obhut des Nichtzionisten Rothschild (1) gestellt, der sie vor der ökonomischen Katastrophe durch ständige Subventionen und strenge Administration rettete, entwickelten sich die Siedler mehr und mehr zu landwirtschaftlichen Unternehmern, die die billige arabische Arbeitskraft ausbeuteten. Die neue Welle von durch den jüdischen Nationalismus und die sozialistischen Bewegungen Rußlands geprägten Einwanderern, die 1904/5 einsetzte, brachte die arbeitssuchenden Einwanderer in Gegensatz zu den verbürgerlichten, die billige arabische Arbeitskraft ausbeutenden Siedlern. Die Losung dieser "Arbeiterzionisten", die die Entwicklung des Jischuvs weiterhin begleiten sollte, war "Eroberung der Arbeit" und "jüdische Arbeit". Sie fand ihr Pendant in der Losung "jüdische Produkte" und "jüdischer Boden" und wurde von der Gewerkschaft Histadrut (gegründet 1920) konsequent verfolgt. Die Ausführung dieser Losungen war die Voraussetzung für die Verwirklichung der zionistischen Zielsetzung, einen eigenen jüdischen Staat mit eigener Klassenstruktur und einer eigenen Arbeiterklasse zu schaffen, und zog die Verdrängung der einheimischen arab. Bevölkerung nach sich.

Zwar siegte der Arbeiterzionismus auf Grund von segregationistischer Propaganda, der Ausübung von Druck gegen die jüd. Unternehmer zur Durchsetzung des Boykotts arab. Arbeit und der Bereitwilligkeit der Histadrut, die Unterschiede zwischen niedrigen arabischen und hohen

jüdischen Löhnen auszugleichen, und wünschten sämtliche zionistische Parteien die Herstellung einer jüd. Majorität in Palästina, so bestanden doch sowohl innerhalb des "linken" Zionismus als auch der übrigen zionistischen Parteien Differenzen hinsichtlich der Frage des Verhältnisses zu den Arabern fort. Die linke Poale-Zion, Haschomer Hazair und die Liga für die jüdisch-arabische Annäherung und Kooperation (gegr. 1939) traten für eine binationale Gemeinschaft ein, letztere bekämpfte zeitweilig den "linkszionistischen" Boykott der arabischen Arbeit und Produktion. In der terroristischen Gruppe Lechi, die sich aus revisionistischen Zionisten (2) und linken Zionisten, ethnisch gesehen vor allem aus orientalischen und jemenitischen Juden rekrutierte, entstand die Idee des semitischen Blocks: eines von der imperialistischen Herrschaft befreiten Nahen Ostens, in den sich die hebräische Nation integrieren würde.

Der liberale Flügel der Bourgeoisie war oft binational und zielte auf eine Allianz mit den arab. Notabeln und der arabisch-palästinensischen Bourgeoisie und die Ausbeutung der arab. Massen ab und bekämpfte folglich die segregationistische Politik der Histadrut (3).

Die extreme Rechte bildeten die im polnischen Kleinbürgertum verwurzelten Revisionisten, die mit Hilfe eines offensiven Militarismus das "historische Vaterland" diesseits und jenseits des Jordans erkämpfen wollten. Wenn auch die Revisionisten die Eroberung eines weiten von Arabern bewohnten Gebietes anstrebten, so waren sie doch durchaus von der Notwendigkeit des jüdischen Charakters des zukünftigen Staates überzeugt. Seit 1937 praktizierten ihre Miliz (Irgun Zvai Leumi) einen blinden und systematischen Terror gegen die Palästinenser.

Das Prinzip des "Vaterlandes in seinen biblischen Grenzen" wurde von den Revisionisten nicht als unvereinbar mit dem Prinzip der jüdischen Natur des Staates betrachtet. Die Arbeiter-Zionisten dagegen wollten letzteres in einem kleinen Staat verwirklicht wissen, dessen Grenzen nicht notwendigerweise das ehemalige biblische Vaterland umfassen sollten, in dem aber um so eher eine jüdische Majorität herbeigeführt werden konnte.

II. DIE FRAGE DER BESETZTEN GEBIETE

Seitdem die binationale Tendenz innerhalb der Bourgeoisie, sicher unter der Einwirkung der Traumatismen der Nazi-Verfolgten, der Angst vor neuer Verfolgung und der die Ausrottung der Zivilbevölkerung ankündigenden Propaganda Shukeirys, fast vollends an Einfluß verloren hat - der Zusammenschluß der rechtsextremistischen Cherut mit der anderen bürgerlichen Partei, den General-Zionisten, zu einem Block und nach der Wahl von 1965 praktisch zu einer Partei unter Führung von Menachem Begin ist der politische Ausdruck hierfür - herrscht die extremistisch-expansionistische Ideologie vor, verstärkt durch die Annäherung des rechten Flügels des Arbeiter-Zionismus (Rafi, Dajan) an die bürger-

lichen Rechtsextremisten. Beinhaltet die extremistisch-expansionistische Ideologie die möglichst weitgehende territoriale Wiederherstellung des biblischen Vaterlandes und auch das vornehmlich von den Arbeiter-Zionisten hervor gehobene Ziel der Bewahrung der jüdischen Natur des Staates, so stellt sich die Frage nach der Art und Weise der Verwirklichung des jüdischen Charakters innerhalb eines jüdischen Großstaates und den Hintergründen der verbleibenden Divergenzen zwischen extremistischen Expansionisten und Gemäßigten. So schwerwiegend diese Divergenzen sein mögen, es ist sogleich zu sagen, daß sie überlagert und in den Hintergrund gedrängt werden durch folgende Faktoren:

- a. die religiöse Ideologie, die auf biblische Vergangenheit rekurriert,
- b. die Einigkeit der zionistischen Parteien hinsichtlich der Frage des jüdischen Charakters des Staates, was immer das auch heißen mag.
- c. die Autonomie der Militärs, die auf dem Weg der Schaffung von vollendeten Tatsachen, die Politik praktisch über alle Divergenzen zwischen Politikern und politischen Parteien hinweg bestimmen.

1. Die Extremisten (Cherut, NRP, Rafi)

In der expansionistischen Ideologie der national-religiösen Partei (NRP) und der Cherut wird die Verbindung von biblischer Mystik, religiösem Obskurantismus und zionistischer Expansion am deutlichsten. Der Kult der historischen Vergangenheit und das aus der Bibel abgeleitete Ideal der Sammlung der zerstreuten Juden in Israel bieten den annexionistischen Richtungen verschiedener Observanz Rechtfertigung. Der Widerstand der NRP gegen die Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche konnte Ende Dezember aufgehoben werden gegen das Versprechen, daß keine territoriale Regelung entworfen werde ohne Zustimmung des Parlaments. Für die NRP wie auch die Cherut müssen die zukünftigen Grenzen Israels obligatorisch Samaria und Judäa (d.h. Cisjordanien) umfassen. (Le Monde, 29.12.70) Da der durchschnittliche Geburtenzuwachs der Palästinenser bei 5% liegt - der Bevölkerungszuwachs der jüdischen Bevölkerung Israels lag 1967 auf dem Tiefpunkt von 1,7% (4) - würden die Palästinenser im Laufe einer Generation in "Groß-Israel" die Majorität erreichen, und selbst in "Klein-Israel" würde die Annexion des arabischen Teils Jerusalems den Palästinensern innerhalb von 60 Jahren die Majorität verschaffen (5).

Die Notwendigkeit, die jüdische Natur des Staats zu bewahren, steht für die Expansionisten außer Frage und läßt den amerikanischen Journalisten Joseph Alsop zu dem Schluß kommen: "Falls Israel nicht auf seinen besonderen Charakter als wirklich jüdischer Staat verzichten will, ist die demokratische Koexistenz nicht mehr praktikabel." (6)

In der Tat wird die "demokratische Koexistenz" durch bereits bewährte Formen der Unterdrückung ersetzt:

- a. Die Vertreibung und forcierte Auswanderung der Araber aus den israelisch beherrschten Gebieten. Von 350.000 Flüchtlingen des Juni-Krieges wird auf internationalen Druck hin unter scharfer Selektion bloß 21.000 Flüchtlingen die Rückkehr gestattet, bei 170.000 Antragstellern, und dies gegen den Widerstand Dajans und Beginns und unter Ausschluß

- so die jordanischen Stellen - der Flüchtlinge, deren Herkunftsort die heiligen Stätte Jerusalem, Jericho und Bethlehem waren. (7) Ausweisungen und Häusersprengungen dienen neben der Einschüchterung auch der Reduzierung der arabischen Bevölkerung in den israelisch beherrschten Gebieten. Nach der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte wurden vom 15. Juni 1967 bis zum 15. November 1969

7.554 arabische Häuser gesprengt, die der Golanhöhen ausgenommen, wo mutmaßlich 17 Dörfer in 10 Monaten zerstört wurden, wohl in der Verfolgung des Ziels, die 115.000 Einwohner dieses Gebiets zum Aufbruch zu bewegen. (A. Kapeliouk, Le Monde, 22.12.1970)

- b. Die institutionalisierte rassistische Segregation.
- c. Die Errichtung eines palästinensichen von Israel ökonomisch und politisch abhängigen Satellitenstaates in einem Teil Cisjordanien, eine Lösung, die im Allon-Plan skizziert ist.

Da Jan, dessen Partei Rafi am 21.1.1968 ebenso wie die Achdut Haavoda Allons mit der Mapai zur israelischen Arbeiterpartei (Mifleget Haavoda Hayisraelit) fusionierte, hoffte mit Hilfe der Massenbasis der Mapai und deren enger Verflechtung mit Histadrut und Staatsapparat, an die Hebel der Macht zu gelangen. Während er kurz nach dem Krieg ebenso wie Begin eindeutig die völlige Annexion der besetzten Gebiete verfolgte - die Grenzen Israels in ihrem aktuellen Verlauf seien ideal mit Ausnahme der libanesischen Grenze - läßt sich in neuerer Zeit in Dajans Äußerungen eine gewisse Annäherung an gemäßigtere Positionen in der Arbeiterfront (Israelische Arbeiterpartei und Mapam) oder aber eine völlige Vagheit in Bezug auf die Zukunft der besetzten Gebiete feststellen.

Am 28.11.70 äußert er ohne Cisjordanien zu erwähnen: "Es gibt Territorien, wie die Golanhöhen, Gaza, Jerusalem und Charm-el-Scheich, die Israel niemals den Arabern zurückgeben wird."

Nixon gegenüber versichert Dajan, daß die unbedeutenden Grenzkorrekturen, die der Rogers-Plan für Israel vorsieht unannehmbar für ihn seien. Hebron sei nicht eine "Frage der Außenpolitik, sondern die des Vaterlandes", da der König David an diesem Ort gekrönt sei. Das solle nicht heißen, daß man die Araber von dort vertreiben wolle. (Le Monde, 15.12.1970)

Bezüglich des Verlauf der neuen Grenzen äußert Dajan nach der Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche:

"Durch unsere Taten wird der neue Grenzverlauf des Landes festgelegt werden." (Le Monde, 8.1.1971) Diese "Taten" hießen im älteren Jargon "vollendete Tatsachen". Am 17. 10.1968 äußert Dajan: "Wir müssen, ohne formell die Annexion der besetzten Gebiete zu proklamieren, in diesen befreiten Gebieten vollendete Tatsachen schaffen". (A. Kapeliouk, Le Monde, 22.12.1970) Die Taktik der vollendeten Tatsachen wurde auf dem zionistischen Weltkongreß 1913, der den Übergang vom politischen, diplomatischen zum praktischen Zionismus besiegelte, zum Angelpunkt des zionistischen Kampfes für einen Judenstaat in Palästina.

Eine Lösung in Gaza hält Dajan für möglich nur unter der Bedingung, daß Israel eine ungeheure ökonomische

und politische Anstrengung mache, neue Fabriken schaffe und den Ackerbau modernisiere, um der großen Zahl arbeitsloser Familienväter Arbeitsmöglichkeiten bereitzustellen. (Le Monde, 8.1.1971)

Dajans Flexibilität, sein Eintreten für die Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche - "es gibt keine zufriedenstellendere Lösung" (Le Monde, 10.11.1970) - Dajans Friedensproklamationen - "wir wünschen keine territoriale Ausdehnung, ebenso wenig wie wir die Fortsetzung der Auseinandersetzungen wünschen" - verbergen nur schlecht seine expansionistischen Tendenzen, die ihn Gebietsannexionen ohne Frieden, einem Frieden ohne Gebietsannexionen vorziehen lassen. (A. Kapeliouk, Le Monde, 12.12.1970)

Dajan empfiehlt die ökonomische Absorption des besetzten Gebiete durch Israel, widersetzt sich der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, und gesteht ihnen nationale Rechte nur bis zu einem geringen Grade zu. Er fordert die Errichtung von Militärbasen und zivilen Siedlungen in der Nähe der großen Städte Cisjordanien.

2. Der Allon-Plan

In den beiden letzten Fragen vertritt Dajans Rivale, der Vizepremier Allon, andere Positionen. Allon wünscht vor allem die Errichtung paramilitärischer Siedlungen entlang des Jordantals. (A. Kapeliouk, Le Monde 12.12.70) Sieht Dajan die Verhütung der Arabisierung Israels vor allem durch "innere" rassistische Segregation vor, so schlägt der Allon-Plan, wohl ein Kompromiß zwischen den extremistisch-expansionistischen Tendenzen und den Konzeptionen des Arbeiter-Zionismus vom jüdischen Staat, teilweise Annexionen, die ca. 1/3 des eroberten Gebiets ausmachen, und eine palästinensische Gemeinschaft in Cisjordanien vor, die von jüdischen landwirtschaftlichen Kolonien namentlich im Jordantal umgeben und so mit Jordanien nur über einen ca. 10 Kilometer breiten Korridor verbunden sein soll. Denn für Allon "verläuft die Grenze Israels durch die Mitte des Toten Meeres und die Mitte des Jordans". Jedoch die "arabische Bevölkerung ... muß eine Minderheit in Israel bleiben". (Allon, Le Figaro, 12. Juni 1967)

Als Lösung des Dilemmas sieht Allon eine palästinensische Enklave vor und bietet den Bewohnern Cisjordanien die Hilfe Israels an "in sozialer, kultureller, ökonomischer und sogar politischer Hinsicht". Autonomie soll ihnen gewährt werden in Fragen der Gemeindeverwaltung, der Wirtschaft, des Gesundheitswesens, der Erziehung und unter Umständen in den ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu den arabischen Ländern. (Le Monde, 18.11.70) Dem Allon-Plan liegen implizit wohl folgende Aspekte zu Grunde:

- a. die Errichtung eines palästinensischen Pufferstaates kanalisiert den radikalen palästinensisch-arabischen Nationalismus und erschwert die Herstellung der Einheit der palästinensischen und arabischen Massen im Kampf für Demokratie und Sozialismus.
- b. bei formaler Unabhängigkeit des palästinensischen Staates besteht wirtschaftliche und wirtschafts-geographische Abhängigkeit von Israel.

c. wirtschaftliche Hilfe stärkt die palästinensisch-arabische Bourgeoisie und ihre Kooperationsbereitschaft, wobei die unteren Klassen durch die nationalistische Ideologie von gegenseitiger Solidarität abgehalten werden.

Die Bestimmung der Südafrikanischen Republik in Bezug auf die Transkei treffen auch auf das Allon-Projekt zu: "... was die Verteidigung, die Außenpolitik und gewisse wichtige Rechtsfragen anbelangt, muß die Republik als Schutzmacht des neuen Staates im Moment verantwortlich bleiben". (8)

3. Der extremistischen Position zugrundeliegende Interessen

Sieht man von authentisch religiösen Motivationen ab, so liegen die expansionistischen Positionen in Bezug auf die besetzten Gebiete im Wesentlichen in folgenden Faktoren begründet:

- a. die Ölvorkommen in Sinai. Die Besetzung der Sinai-Halbinsel erlaubt Israel eine Erdölmacht zu werden. Die Produktionskapazität der Erdölquellen von El Belayine und Ras El Soudi wird auf mindestens 4,7 Millionen Tomen pro Jahr geschätzt, während die Kapazität der zwischen Askalon und Beerscheba liegenden Erdölquellen bloß ca. 188.000 Tonnen beträgt. Januar 1968 wurden die israelischen Erdölimporte nach Schätzungen um ca. 1/3 reduziert. (9) Die Produktion von raffinierten Erdöl, die 1959 1.250.000 Tonnen betragen hat, steigt im Jahr 1970 auf 6.000.000 Tonnen. (so Sapir, Le Monde, 3.11.1970) In diesem Kontext erreicht die neue Pipeline Elat-Askalon, die Israel Devisen einbringt, große Bedeutung.
- b. die Eroberung neuer Absatzmärkte in Gaza und Cisjordanien und über halbkländestinen Handel in Jordanien. Der Absatz der israelischen Überproduktion wird so erleichtert, während die israelische Landwirtschaft durch Beschränkung der Einfuhr cisjordanischer Agrarprodukte, die 25% unter dem Preis israelischer Produkte liegen, geschützt wird. Besonders interessant sind die arabischen Märkte für die israelische Industrieproduktion, deren Produktivität zu gering ist, um mit der europäischen Industrie konkurrieren zu können (10), und deren Augenmerk aus diesem Grund schon seit längerem auf die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Länder gerichtet ist (11). Nach Weinstock (12) hat die Öffnung des cisjordanischen Marktes für die israelische Industrie die Zerstörung der bescheidenen palästinensischen Industrie nach sich gezogen.
- c. der Aufstieg des israelischen Tourismus-Geschäfts seit der Eroberung Alt-Jerusalems und der heiligen Stätten.
- d. die segregationistische Ausbeutung der arabischen Arbeitskraft, die, unter der Aufsicht der staatlichen Repressivgewalt vollzogen, nicht den jüdischen Charakter des Staates gefährden muß.

Die Existenz der zionistischen Staatsmacht erlaubte einer Fraktion (Rafi, Dajan) des Arbeiter-Zionismus, dessen Losungen "jüdische Arbeit, jüdischer Boden und jüdische Produkte" Bedingungen zur Verwirklichung des zionistischen Ziels der Staatsgründung waren,

die Annäherung an die extremistisch-expansionistischen Positionen der Bourgeoisie auch hinsichtlich des Verhältnisses zu den arabischen Arbeitskräften.

Die traditionalistischen Arbeiter-Zionisten vertreten gegen die Ausbeutung billiger arabischer Arbeitskraft aus den besetzten Gebieten die Forcierung der Einwanderung billiger jüdischer Arbeitskräfte. Der Finanzminister Sapir wehrt die von manchen Wirtschaftsexperten gepriesene Methode der Benutzung arabischer Arbeitskraft aus den besetzten Gebieten als Mittel der Beseitigung des Arbeitskräftemangels, an dem die israelische Wirtschaft chronisch leidet, folgendermaßen ab: "Wenn uns Arbeitskräfte fehlen, brauchen wir bloß neue Einwanderer kommen zu lassen; ein Ärgernis liegt darin, daß, wenn 100.000 Einwanderer ins Land kommen, die Wirtschaft gleich 120.000 zusätzliche Arbeitskräfte benötigt." (Le Monde, 23.12.1970)

In der Tat besteht in Israel kein wesentlicher Unterschied in Berufsstruktur, Lohnstruktur und Lebensstandard der arabisch-israelischen und der orientalischen-jüdischen Arbeiter. "Es ist wahr, daß die arabischen Arbeiter billige Arbeitskraft für die zionistischen Unternehmen liefern. Aber das gleiche gilt für die sephardischen Juden." (13) Die Verfechter der Losung "jüdische Arbeit", die ihre fortwährende Aktualität aus der Angst um den Arbeitsplatz, dem Druck, den die arabischen Arbeitskräfte auf die jüdischen Löhne ausüben, und vor allem aus der spezifischen rassistischen Konzeption der Arbeiter-Zionisten vom jüdischen Charakter Israels als eines Staates ohne bedeutende arabische Minorität bezieht, sehen in der Ausbeutung der billigen arabischen Arbeitskraft der besetzten Gebiete eine isolierte Zielsetzung des Kapitals, der, wie sie meinen, die Einwanderung jüdischer Arbeitskräfte ebenso genügen könnte. Dagegen hat die Nutzung arabischer Arbeitskraft der besetzten Gebiete ihren Platz in der Dynamik der Expansion selbst und ist nicht durch Einwanderung sephardischer (orientalischer) Juden zu ersetzen. Sie ist ein Mittel der Pazifizierung, der Integration und der Erschließung von Absatzmärkten.

Etwa 30.000 Araber kommen täglich aus den besetzten Gebieten nach Israel zur Arbeit im Baugewerbe (ca. 50%), in Industrie und Landwirtschaft.

In Gaza kämpfen die Israelis besonders schwer gegen die Widerstandskämpfer um Pazifizierung und Integration durch Arbeitsbeschaffung in Israel oder israelischen Industrien. Vor der Besetzung arbeitete ein großer Teil der Bevölkerung von Gaza für die Befreiungsarmee Shukeiry's oder die ägyptische Armee und die UNO-Truppen oder lebte von Schmuggel. Heute herrscht Arbeitslosigkeit. Kooperation scheint nur auf dem Gebiet der Konfektion von Kleidern gelungen, die die Frauen von Gaza aus israelischen Stoffen zusammennähen, ein Geschäft, daß sich für die israelische Kleiderindustrie wegen der billigen Arbeitskosten lohnt.

Der Markt von Gaza ist von israelischen Produkten überschwemmt. (A. Kapeliouk, Le Monde, 17/18.1.1971)

4. Die Regierung

Die Regierungspolitik - die Regierung wird gebildet von der israelischen Arbeiterpartei, der Mapam und der NRP -

besitzt kompromißhaften Charakter, wird aber stark von den Extremisten und Militärs beeinflusst. Sie spiegelt autarkistische Tendenzen wider, die Garantien der imperialistischen Mächte für unsicher halten, in erster Linie auf die Stärke Israels bauen und den Ausbau der israelischen Waffenindustrien vorwärtstreiben (14), und solche, die ein enges Bündnis mit den USA befürworten. Die wirtschaftliche und militärische De-facto-Abhängigkeit von den USA und die Präsenz der UdSSR verbinden jedoch die beiden Tendenzen. Als Voraussetzung für die Rückkehr zum Frieden fordert die Regierung die Anerkennung Jerusalems, dessen Annexion schon Juni 1967 proklamiert wurde, und dem inzwischen umliegende Städte und Dörfer eingemeindet wurden (Le Monde, 19.1.1971), als vereinigte Hauptstadt Israels; die Errichtung sicherer und anerkannter Grenzen; Beibehaltung der Waffenstillstandslinien vom 10.6.67 bis zur Herstellung eines vertraglichen, die Betroffenen bindenden Friedens.

Von den USA verlangte sie vor Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche Garantien für Waffenlieferungen bis Ende 1972, die Preisgabe des Rogers-Plans, Gebrauchmachung vom Veto bei der Forderung nach Sanktionen gegen Israel im Sicherheitsrat.

"Sichere Grenzen", darüber bestand bisher stillschweigendes Einvernehmen in der Regierung, sollen die Golanhöhen, Gaza, Teile Cisjordanien und der östlichen Sinai-Halbinsel, Jerusalem und Charm-El-Scheich umfassen, und den Juden freien Zugang nach Cisjordanien garantieren, "was auch immer das politische Schicksal dieser Gebiete sein wird". (Le Monde, 30.12.70)

Nach neueren Verlautbarungen (Le Monde, 21.1.71) sei Israel zur Rückgabe des Sinai und des größten Teils Cisjordanien bereit, aber wünsche Verhandlungen über die Zukunft Charm-El-Scheichs, des Jordantals, Gazas und des arabischen Teils Jerusalems.

Israel anerkenne die Souveränität Ägyptens über Charm-El-Scheich und Jordaniens über das Jordantal, unter der Bedingung, daß israelische Streitkräfte dort provisorisch stationiert würden. Die Besonderheiten des arabischen Teils Jerusalems könnten kraft einer arabischen Selbstverwaltung bewahrt werden. Im neuesten, dem israelischen Friedensvermittler Jarring übergebenen israelischen Dokument (Le Monde 29.1.71) verpflichtet Israel sich zum Rückzug aus allen arabischen Gebieten, die sich außerhalb der in einem Friedensvertrag festgelegten "sicheren und anerkannten Grenzen" befänden. Großes Gewicht wird auf das Ende des ökonomischen Krieges in allen seinen Äußerungen, Boykott eingeschlossen, gelegt (Le Monde, 20.1.71).

5. Die "Gemäßigten"

Die Gemäßigten rekrutieren sich innerhalb der israelischen Arbeiterpartei vor allem aus der Mapai, und aus der Mapam, die mit der israelischen Arbeiterpartei eine Arbeiterfront bildet. Sozialistische Programminhalte hat die Mapam liquidiert; sie tritt für die Annexion Jerusalems und Gazas ein und für Modifizierungen der Grenze mit Jordanien und unterstützt die israelische Repression in den besetzten Gebieten. Innerhalb der israelischen Arbeiterpartei

erzielten die Delegiertenwahlen zu ihrem 1. Kongreß eine Stimmengewichtsverschiebung zugunsten der Gemäßigten. Das Lager der Mapai erhielt 67% der Stimmen (+ 10% gegenüber 1967 bei Schaffung der israelischen Arbeiterpartei), Achdut Haavoda 19% (- 2,5%), Rafi 14% (- 7,5%). (15). Die Mäßigung der "Tauben" tritt in verbalen Äußerungen zutage, in denen der Anerkennung Israels durch die Araber der Vorzug vor einem Groß-Israel gegeben, der jüdische Charakter des Staates als von einer großen arabischen Minorität bedroht dargestellt, die Lösung der "jüdischen Arbeit" neu belebt wird, und eine stärkere Anlehnung an die USA als von den Annexionisten vertreten zum Ausdruck kommt. Der Unterschied zwischen Tauben und Falken liegt vor allem im Ausmaß der angestrebten Annexionen. Abba Eban legt Gewicht auf einen formellen Frieden, selbst wenn die Grenzen nicht so sicher seien, wie Israel es wünsche, da sein Land als Ausgleich eine amerikanische und internationale Garantie für solche Grenzen erlangen könne. (Le Monde, 1.12.1970) Sapir gesteht den Arabern "wichtige Konzessionen zu als Gegenleistung für den Frieden" (Le Monde, 17.12.70). Golda Meir meint, nicht das Territorium zähle, sondern die Art des mit den Arabern erreichbaren Friedens. Ihr Ziel ist "ein jüdischer Staat ohne zu wichtige arabische Minorität" (Le Monde, 19.12.1970). "Ach", sagen manche, "wenn doch die Million Araber, die der Krieg unter unsere Herrschaft gestellt hat, Juden wären! Wir würden alle Territorien behalten, und alle unsere Probleme wären gelöst." (16) Ben Gurion verflucht, Jerusalem und die Golanhöhen ausgenommen, die Preisgabe der besetzten Gebiete als Gegenleistung für den Frieden. "Denn selbst auf dem Rumpfgebiet, das wir im Westen von Eretz-Israel (das biblische Israel, d. Verf.) besitzen, und im Negev ist genug Platz, um alle Juden, die sich in Israel niederlassen wollen, aufzunehmen." Ben Gurion wünscht einen "wirklichen Frieden, der ökonomische, politische und kulturelle Kooperation mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung zwischen Israel und den arabischen Staaten beinhaltet". (Ben Gurion, Le Monde, 31.12.1970)

Die Voraussage Eban's: "Im Osten Israels wird es einen Staat geben, in dem die Palästinenser die Majorität haben werden, und in dem die Mehrheit der Palästinenser Bürger sein werden" (Le Monde, 3./4.1.1971), nähert sich dem Allonschen Konzept einer palästinensischen Enklave in Cisjordanien an.

Gemäßigte und Extremisten, selbst Begin eingeschlossen, der die Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche aufs Schärfste verurteilte, hören nicht auf, ihre Friedensbereitschaft zu proklamieren. So Dajan: "Wenn Israel seinen Platz am Verhandlungstisch wieder aufgenommen haben wird, darf es keine Vorbedingungen stellen. Israel wird so den guten Willen der Araber auf die Probe stellen und ihren wirklichen Wunsch, Frieden schließen zu wollen... das Problem, das sich für Israel stellt, besteht darin, seinen aufrichtigen Wunsch nach Frieden zu beweisen..." (Le Monde, 1.12.1970)

Der friedliche Charakter der israelischen Politik beruht wie schon nach 1949 darauf, daß es Nutznießer des terri-

torialen Status-quo ist, während die Araber die Beseitigung des Status-quo und die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete anstreben müssen.

III. DIE JÜDISCHE SIEDLUNG IN DEN BESETZTEN GEBIETEN

Daß Israels Eintreten für eine friedliche Politik in hohem Maße auf Beibehaltung oder nicht erhebliche Veränderung des Status quo gegründet ist, zeigt der Fortschritt, den die Besiedlung der besetzten Gebiete durch jüdische Siedler seit dem Juni-Krieg genommen hat. Das Regierungs-Programm enthält eine Klausel, die die Schaffung "permanenter ländlicher und städtischer Siedlungen auf der ganzen Ausdehnung des Vaterlandes" vorsieht (Le Monde, 4.12.1970).

Die Verwirklichung dieses Programmpunktes, über die der Rechtsextremist Begin äußerst scharf wacht (Le Monde, 4.12.1970), wird von den israelischen Behörden jeweils verschieden motiviert: historisch religiös wie im Falle Jerusalems, strikt religiös wie für Hebron, sentimental im Fall von Kfar-etzion, wohin schon kurz nach dem Juni-Krieg die Söhne der 1948 dort in einem Masaker umgekommenen Väter unwiderruflich zurückkehrten, militärisch im Falle der Nachal-Dörfer.

Zwar wird teilweise eine Unterscheidung getroffen zwischen permanenten zivilen Siedlungen und temporären militärisch-landwirtschaftlichen Siedlungen (Nachal-Siedlungen, Noar Chalutzim, Kämpfende Pionier Jugend).

Die Tatsache jedoch, daß beide Siedlungskategorien vor allem in Gebieten zu finden sind, deren Annexion - die Gemäßigten sprechen außer von Annexion von Offenhaltung dieser Gebiete für jüdische Siedler nach der Friedensregelung - außer Frage steht (Jerusalem, Gaza, Golan, Charm-El-Scheich, Ostsinai, die heiligen Städte Cisjordanien, das Jordantal, dessen Annexion der Allon-Plan bis auf einen Korridor vorsieht), deutet eben auf die Permanenz auch der Nachal-Siedlungen hin, die dementsprechend auch häufig in permanente zivile Dörfer umgewandelt werden, so 6 Siedlungen auf den Golanhöhen im Oktober 1970, oder als Vorposten solcher permanenter ziviler Siedlungen fungieren.

Wird die Gründung von Nachal-Siedlungen, ganz wie Enteignungen arabischen Bodens, die ihr oft vorausgehen, von den Behörden gewöhnlich als strategisch notwendig gerechtfertigt, so erscheint sie bei Dajan in offen expansionistischem Licht als nicht mehr rückgängig zu machende Landnahme: "Was die Sicherheit anbelangt, ist die Errichtung jüdischer Kolonien nicht besonders wichtig. Aber sie ist von außerordentlichem und entscheidendem Gewicht für die Schaffung der politischen vollendeten Tatsachen; denn wir werden uns nicht von einem Fleck rühren, wo wir eine Siedlung eingerichtet haben." (so Dajan am 27.12.68, Le Monde, 22.12.70) Während Begin die Errichtung jüdischer Viertel in allen Städten Palästinas, namentlich in den "historisch jüdischen Städten" Jericho, Nablus, Hebron und Bethlehem

fordert, sieht das Regierungslager solche Viertel zunächst nur im arabischen Teil Jerusalems und in Hebron vor. (Le Monde, 4.12.1970)

Die Ansiedlung von 1.000 Juden in Hebron wurde im März 1970 durch den Beschluß des Kabinetts, in Hebron einen jüdischen Vorort mit 250 Wohnungen zu bauen, eingeleitet (Spiegel, Nr. 50 1970, S. 120). Der Aufbau eines jüdischen Zentrums in Ostjerusalem begann mit der Fertigstellung von 2.000 Wohnungen und der Ermächtigung des Finanzministers zur Enteignung von mehreren Quadratkilometern Land in Ostjerusalem und teilweise auch außerhalb der Jerusalemer Stadtgrenzen. Die Errichtung von jüdischen Wohnsiedlungen auf Grundstücken des arabischen Teils Jerusalems vollzieht sich allerdings nicht ohne den Widerstand jüdischer Bürger Israels. Selbst die Jerusalemer Stadtverwaltung widersetzt sich dem Projekt des Wohnungsbauministeriums, das 3.000 Wohnungen im neuen Viertel von Nebi-Samwil vorsieht. (Le Monde, 17./18.1.1971)

Auf den Golanhöhen bestehen heute 14, in Westjordanien 9, auf der Sinai-Halbinsel 5 Wehrdörfer, im Gazastreifen 1 Dorf. Auf den Golanhöhen sollen bis 1975 etwa 3.500 weitere Israelis in 17 Dörfern angesiedelt werden (A. Kapeliouk, Le Monde, 22.12.1970 und Spiegel, Nr. 50 1970, S. 120).

Anmerkungen:

- (1) Erst die Anerkennung des Zionismus durch den Imperialismus in der Balfour - Declaration bekehrte Rothschild zum Zionismus.
- (2) Die Revisionisten sind rechtsextremistische Zionisten.
- (3) s. Löbel, E., Die Eskalation innerhalb der israelischen Gesellschaft, Rotes Forum 3/70, S. 34 f.
- (4) s. Hillel, M., Israel en danger de paix, Fayard 1968, S. 82
- (5) s. Weinstock, N., Le sionisme contre Israel, Maspero (Paris) 1969, S. 519
Heute leben 1.385.000 Araber innerhalb des israelisch beherrschten Gebietes, d.h. 37% der Bevölkerung sind arabisch.

(6) zit. n. Weinstock, a. a. O., S. 519

(7) a. a. O. S. 506 f.

(8) a. a. O. S. 520

Die Bantustans Südafrikas, deren "entwickeltster" die Transkei ist, sind Reservoir für schwarze Arbeitskraft und reine Agrarländer. Für sie gilt das in der Verfassung verankerte Prinzip der Retribalisierung und Häuptlingsherrschaft. Sie bilden die Garantie, daß die Schwarzen ihren Aufenthalt in den weißen Gebieten nur als "Besuch" auffassen, und die Identifikation mit dem Stamm oder Volk gewährleistet bleibt, d.h. der schwarze radikale Nationalismus kanalisiert wird in den ungefährlichen Stammesnationalismus.

(9) s. Weinstock, N., a. a. O. S. 516

(10) a. a. O. S. 443

(11) a. a. O. S. 443

(12) a. a. O. S. 559

(13) a. a. O. S. 344

(14) Israel deckt 90% seines Bedarfs an Munition für leichte Waffen und einen kaum geringeren Teil seines Bedarfs an Munition für schwere Waffen aus eigener Industrie. Seit dem Juni-Krieg hat sich die Produktion der Kriegsindustrie vervierfacht. (Le Monde, 15/16. Nov. 70)

(15) so: Le Monde, 17.12.1970

Andere Zahlen nennt H. Freedon, FR, 13.1.1971 :
Mapai 75%, Achdut Haavoda 14%, Rafi 11%.

(16) zit. n. Hillel, a. a. O. S. 242

Lenin Rosa Luxemburg

ANALYSE IHRER DIFFERENZEN

Zu beziehen über POLIBULA, Göttingen
Weender Straße 78 Tel. 0551/59644
LEST DIE SCHRIFTENREIHE DES KSB!

ROTER ★ KURS

SOZIALISTISCHE GÖTTINGER
STUDENTENZEITUNG

Organ des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen

Erscheint 14-tägig; Bestellungen an die Redaktion:
Göttingen, Nikolausberger Weg 1, F. 58901/44989

Zwischen Hoffnung & Resignation

Zur "Nasserismus" - Diskussion:

Die bürgerliche Revolution in der arabischen Welt hat ihr historisches Werk noch nicht vollendet: die Geburtshilfe für die revolutionäre Linke. Die überschaubare Zukunft wird noch lange im Zeichen dieser bürgerlichen Revolution stehen. Die revolutionäre Linke muß sich die Frage stellen, wie sie zur entscheidenden Kraft, zur wirklichen Partei der proletarischen Massen werden und die gegenwärtige Etappe der bürgerlichen Revolution in eine sozialistische überführen kann. Die Diskussion um diese Frage muß theoretisch (Klassenanalyse) und praktisch (demokratische Organisation, revolutionäre Strategie, Verbindung mit den Massen etc) geführt werden. Die palästinensische Revolution würde nicht nur in eine Sackgasse geraten (ihre gegenwärtige Krise deutet auf diese Gefahr hin), sondern auch ihren historischen Sinn verlieren, wenn sie nicht zum Kristallisationspunkt, zum Diskussionsforum und zur strategisch-praktische Ausgangsbasis der arabischen revolutionären Linken zum Geburtsort einer gesamtarabischen, sozialistischen Revolution werden sollte.

Die Geburt der neuen Linken erfolgte im Zuge einer gewaltigen Verlagerung der Fronten, die um die Wende zu den sechziger Jahren eingesetzt hatte. Es ist die zweite Frontenverlagerung in diesem Jahrhundert, die sich im dialektischen Prozeß des Klassenkampfes vollzieht.

Die erste war der Übergang von der fast ausschließlich antikolonialen zur antikolonial-antifeudalen, also zur bürgerlichen Revolution. Obwohl die Kollaboration und die Klassenidentität der feudalen Oligarchie mit den Kolonialmächten immer offenkundiger wurden und seit der sog. "arabischen Revolution" während und nach dem ersten Weltkrieg zu vereinzelt Widerstandsaktionen gegen diese Klasse führten (die Geschichte der Herrschaft der Haschemitenfamilie liefert dafür eine Reihe von Beispielen), blieb der Widerspruch zwischen dieser Klasse und den Massen unter dem Druck der kolonialen Unterjochung latent. Der antikoloniale Widerstand wurde unter der Führung der Nationalbourgeoisie und der feudalen Oligarchie, je nach den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen in den einzelnen Regionen, geführt. Der Übergang zum "Antifeudalismus" als Bestandteil der arabischen Befreiungsbewegung und damit zu einer neuen, entscheidenden Phase des Klassenkampfes vollzog sich unmittelbar nach dem raschen Durchstoß des Kleinbürgertums in Ägypten zur politischen Herrschaft im Jahr 1952.

Der Aufstieg des ägyptischen Kleinbürgertums zur politischen Herrschaft entsprach den gesellschaftlichen Machtverhält-

nissen und war historisch bereits überfällig. Schon Ende des 19. Jahrhunderts war die Armee als eine politische Machtinstitution des unterprivilegierten Kleinbürgertums hervorgetreten. Bei der britischen Invasion von 1882 hatte sie, entgegen dem Willen des Monarchen, einen erbitterten Widerstand geleistet, und die Massen mobilisiert. Nach dem Zusammenbruch des Widerstandes gegen die britische Übermacht wurde sie zersetzt. Der Führer der damaligen nationalen Bewegung und des Aufstandes, Ahmad Urabi, wurde verbannt. Jene Epoche verlieh der ägyptischen Armee das Selbstverständnis einer patriotischen Avantgarde, aus dem später Nasser und die "freien Offiziere" ihre politische Funktion als "revolutionäre Vorhut" ableiteten.

Die zweite Machtinstitution des Kleinbürgertums bildete die Bürokratie. Die enorme Bevölkerungsdichte, das komplizierte Bewässerungssystem und der Absatz der Agrarprodukte hatten eine zentrale Verwaltung hervorgebracht, die praktisch seit der Pharaonenzeit die ägyptische Gesellschaft charakterisiert und sie politisch zusammenhält. Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts setzte die Industrialisierung von Agrarprodukten ein (Textil, Zucker). Die ständige Komplizierung und Ausweitung von Verwaltungsfunktionen- und Einrichtungen (Verkehr, Außenhandel, Banken, Bildung, Gesundheitswesen usw.), das Elend von Millionen von Bauernmassen, die relative finanzielle Sicherheit der Verwaltungsangestellten und die Kolonialherrschaft als "kulturelle" Herausforderung waren die Voraussetzungen für eine starke Mobilität, aus der die gegenwärtige Bürokratie, von der mehr als die Hälfte unproduktiv ist, und ein breites Intelligenzproletariat hervorgingen. (In der letzteren Gruppe, Schul- und Universitätsabsolventen, die in den verschiedensten, ihrer Ausbildung inadäquaten Berufen eingesetzt sind, findet sich ein Potential an kritischer Intelligenz. Ihre neueste Generation jedoch hat gegenwärtig ihren "adäquaten" Platz: In der Armee.)

Die Revolution von 1952 war von den beiden Machtinstitutionen des Kleinbürgertums getragen: der Armee und der Bürokratie. Die Großbourgeoisie war relativ schwach. Die feudalschicht war von den Bauernmassen verhaßt und völlig unfähig, mit der modernen Entwicklung schrittzuhalten. Ihre Herrschaft stützte sich ausschließlich auf die koloniale Präsenz Großbritanniens.

Dem neuen Revolutionsregime gelang in einer raschen Reihenfolge die Liquidierung der feudalen Oligarchie, an deren Spitze die Königsfamilie stand, die Beendigung der Vormachtstellung Großbritanniens und seiner militärischen Präsenz in der Kanalzone und die Entmachtung der Groß-

bourgeoisie. Damit gelangte erstmalig in der arabischen Welt eine Klasse zur Herrschaft, die den Kampf gegen die koloniale Unterdrückung unmittelbar mit dem Kampf gegen veraltete soziale Strukturen verknüpfte. Die Erfolge und die Parolen der ägyptischen Revolution ergriffen die Massen in der gesamten arabischen Welt. Die täglich von den ägyptischen Propagandamedien ausgestrahlten Aufrufe, die Reaktionsäre und die Handlanger des Kolonialismus schonungslos zu liquidieren, trugen zu einer Kettenreaktion von politischen Bewegungen bei, die in der Folgezeit das Kleinbürgertum in weiteren Ländern (Irak, Algerien, Jemen, Sudan, Syrien und Libyen) an die Macht bringen und den klassischen Kolonialismus in der arabischen Welt beenden sollte.

Die neue Frontlinie zog sich nun mitten durch die sozialen Klassen der arabischen Welt: auf der einen Seite die Massen, dem Bewußtsein ihrer eigenen Klassenlage einen Schritt näher gekommen, unter der Führung des "revolutionären" Kleinbürgertums; auf der anderen Seite die feudalen Oligarchien und die Großbourgeoisie im Bündnis mit dem Kolonialismus. Diese Frontlinie bestimmte das Bewußtsein der Massen und ihre Aktionen. Sie fand ihren "ideologischen" Niederschlag in dem von Nasser und der syrischen Baath verkündeten "arabischen Nationalismus".

Für die Bewußtwerdung der Massen waren vor allem zwei Ereignisse von entscheidender Bedeutung: 1) Der mißlungene Versuch Großbritanniens, Frankreichs und Israels, das Revolutionsregime in Ägypten durch die militärische Aggression von 1956 zu stürzen, um die Verstaatlichung des Suez-Kanals wieder rückgängig zu machen und die Kolonialherrschaft faktisch wiederherzustellen. 2) Die militärische Intervention Großbritanniens in Jordanien und der USA im Libanon wenige Stunden nach dem Sturz der Monarchie im Irak am 14. Juli 1958 mit der Begründung, die "befreundeten Regierungen" der beiden Länder vor drohenden Umsturzversuchen zu "schützen." Die beiden Regierungen hatten sie auch formell darum gebeten.

Diese militärischen Machtdemonstrationen, die im klassischen kolonialen Stil die Flut der arabischen Revolution zurückdrängen sollten, erwiesen sich eher als Demonstrationen der Ohnmacht. Sie forderten erst recht diese Revolution heraus. Ebenfalls wirkungslos blieben die aufwändigen propagandistischen Versuche des Kolonialismus und der arabischen Reaktion, den ökonomisch bedingten und religiös stabilisierten Konservatismus in den unterentwickelten, noch weitgehend feudal strukturierten Gebieten zu mobilisieren, dem "arabischen" einen "islamischen" Nationalismus entgegenzustellen, um den revolutionären Regimes möglichst einen großen Teil ihrer Massenbasis zu entziehen. Sie bewiesen eher die Unfähigkeit der Religion, veraltete Ausbeutungsverhältnisse noch zu stabilisieren, wenn die Befriedigung der Bedürfnisse und die Lösung der materiellen Probleme der Massen aus dem imaginären Bereich des Jenseits in das Spektrum der irdischen Möglichkeiten einrücken.

Die zweite Frontenverlagerung, der Übergang zur gegenwärtigen Phase, zeichnete sich ab, als die Klassenwidersprüche im Bündnis zwischen den antiimperialistischen Massen und dem "revolutionären" Kleinbürgertum auftraten. War die Festigkeit dieses Bündnisses bedingt durch den erbitterten Kampf gegen die kolonial-feudale Allianz, so wurde seine Auflösung be-

dingt durch die Verdrängung des Kolonialismus und der feudalen Oligarchien und das Ende ihrer Funktion als die bestimmenden Größen in der arabischen Welt. Der Untergang des klassischen Kolonialismus infolge der Entwicklung zum modernen Imperialismus war historisch nicht mehr aufzuhalten. Die arabische Reaktion wurde in die Isolation gedrängt und kämpfte nunmehr für das nackte Überleben. Die Proklamation der syrisch-ägyptischen Vereinigung war der Höhepunkt einer Massenbewegung, die die antiimperialistischen Massen mit dem "revolutionären" Kleinbürgertum vereinigte. Sie markiert aber zugleich den Beginn eines Prozesses, der sie gegenwärtig trennt. Die alte Frontlinie, die in jenes Ereignis einmündete, verlief dann in eine "Gabelung", die die Herrschaft der Kleinbourgeoisie gegenüber den Massen als eine Klassenherrschaft abgrenzte und verselbständigte.

Syrien war zu Beginn des Jahres 1958 von einer geschlossenen, imperialistischen Umkreisung bedroht. Das Regime Nuri Es-Said im Irak hatte sich zuvor (1955) einem Bündnis mit dem britischen Kolonialismus angeschlossen, dem "Baghdad-Pakt" (Türkei, Irak, Iran, Pakistan und Großbritannien), und sollte in der britischen Strategie zur Zerschlagung der progressiven Regimes als arabische Führungsmacht fungieren. Jordaniens Beitritt zu diesem Pakt wurde nur durch einen Massenaufstand verhindert. Der erzreaktionäre Charakter seines Regimes und seine traditionelle Abhängigkeit vom britischen Kolonialismus wurden umso mehr auf "bilateraler" Ebene verstärkt. Er erhielt durch amerikanische Waffenhilfe eine Rückendeckung. Die Grenzspannungen mit Syrien erreichten 1957 einen Höhepunkt und spiegelten den Verlauf heftiger Klassenkämpfe in Jordanien wieder. Israel war alarmiert durch den temporären Aufstieg sozialistischer Kräfte in Syrien in entscheidenden Machtpositionen und versäumte keine Gelegenheit, das dortige Regime durch militärische Grenzprovokationen zu stürzen (das 10stündige Gefecht vom 10. Juli 1957 war ein vorläufiger Höhepunkt). Im Mittelmeer kreuzte die 6. US-Flotte mit dem Auftrag, den weiteren Aufschwung der arabischen Revolution und vor allem ihrer sozialistischen Kräfte zu verhindern. In der Türkei waren starke Konzentrationen von NATO-Truppen an der syrischen Grenze im Gange, um einen angeblich dort bevorstehenden "kommunistischen Putsch" zu verhindern. Diese Konstellation und der Glanz Nassers und der ägyptischen Revolution in der arabischen Welt erklärten das Drängen der syrischen Regierung auf die politische Vereinigung mit Ägypten und die Euphorie, mit der die syrische Massen das Zustandekommen dieser Vereinigung unter der Präsidentschaft Nassers beschleunigten. Doch Nassers totale Fehleinschätzung der ökonomisch-sozialen Strukturen und der realen Machtverhältnisse in Syrien hatte eine Reihe von Entscheidungen zur Folge, die zum einen auf eine völlig einseitige Deformation dieser Strukturen hinausliefen und zum anderen die klassendeterminierten Herrschaftsinteressen der ägyptischen und der syrischen Kleinbourgeoisien entlarvten, die sich dann zunächst gegen die syrische Linke vereinigten und später selbst aufeinander prallten.

Vor der Vereinigung mit Ägypten hatte der Klassenkampf in Syrien das Stadium einer klaren Polarisierung der politischen Kräfte erreicht, die tendenziell zugunsten der Linke verlief. Dieser dialektische Prozeß wurde durch die Vereinigung un-

terbrochen. In Ägypten selbst war die Linke seit dem Ausbruch der Revolution von 1952 praktisch aus dem Klassenkampf ausgeschieden. Sie wurde entweder verfolgt oder von neuen Herrschaftsorganisationen "aufgesogen". Ihre Verfolgung und ihr Schicksal gerade unter dem populären Revolutionsregime ging lautlos vor sich und wurde als Signal für den Antikommunismus der sich etablierenden herrschenden Klasse, überhaupt für ihre Feindschaft gegen jede "progressivere" Bewegung, kaum wahrgenommen. Die Grenzen und Motive dieser Klasse und ihrer Ideologie des "arabischen Nationalismus" als einer gegen eine selbständige proletarische Bewegung und gegen den Klassenkampf gerichteten Gleichschaltungsideologie, wurden erst in Syrien sichtbar, als sie dort auf eine relativ starke und organisierte Linke stieß. Nasser und die ägyptische Führung sahen sich durch das begeisterte Ja der syrischen Massen zur VAR und zu Nasser (was unerschwerlich als ein Ja zu einer ägyptischen Vormundschaft aufgefaßt wurde) ermächtigt, eine "bürgerliche Revolution" in Syrien nach ägyptischem Vorbild einzuleiten. Im Zuge des Verbotes der politischen Parteien und umfangreicher "Säuberungen" in nahezu allen Institutionen wurde die Linke, von den Baath-Sozialisten bis zu den Kommunisten, aus allen Machtpositionen entfernt und zum Teil brutal verfolgt.

Damit wurde die entscheidende Kraft ausgeschaltet, die einzig in der Lage war, den Klassenkampf voranzutreiben. Das gleichzeitige Vorgehen gegen die Großbourgeoisie und die Feudalklasse entsprang daher nicht einem sozialrevolutionären Prozeß und konnte sich auf keine reale Massenbasis stützen, sondern nur auf eine schmale Herrschaftselite, die mit militärdiktatorischen Methoden ihre Herrschaftsposition absicherte. Es ist bezeichnend, daß jenen beiden reaktionären Klassen, der Großbourgeoisie und der Feudalklasse, mit Unterstützung des US-Imperialismus und mit Zustimmung der Linken die Abtrennung Syriens

von der VAR im September 1961 fast ohne den Widerstand irgendeiner politischen Gruppierung gelang, und daß erst danach jener unterbrochene, dialektische Prozeß wieder in Gang kam, der später zu ihrer wirklichen Entmachtung führte.

Zu dem Zeitpunkt, als die syrisch-ägyptische Vereinigung zusammenbrach, war die Konstellation völlig anders, als zum Zeitpunkt ihrer Gründung drei Jahre zuvor:

1. Im Irak war die Monarchie und das Regime Nuri Es-Said im Juli 1958 gestürzt und der Austritt aus dem Bagdad-Pakt vollzogen. Damit zerfiel auch der "Haschemitische Bund" zwischen dem Irak und Jordanien, eine von Großbritannien initiierte politische Union zur Stärkung des jordanischen Regimes, die nach der Proklamation der VAR am 1. Februar 1958 in aller Eile zusammengebastelt und zwei Wochen später proklamiert worden war. Die Kommunisten gelangten im Irak dann zu einem großen Einfluß in Regierung und Öffentlichkeit. Dort fand auch ein Teil der aus Syrien entflohenen Kommunisten publizistische Betätigungsmöglichkeiten, die sie zu einer anti-"nasseristischen" Kampagne benutzten. Die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten einerseits und Baathisten und arabischen Nationalisten andererseits wurden später (1963) zugunsten der Baathisten ent-

den. Auf jeden Fall war der Irak als ein starkes Glied in der imperialistischen, bedrohlichen Umkreisung Syriens ausgefallen.

2. Der offengewordene Antikommunismus der herrschenden Klasse in Ägypten und der "Nasseristen" in Syrien und im Irak hatte einen grundlegenden Wandel in der Einschätzung Nassers und des arabischen Nationalismus in den imperialistischen Metropolen unmittelbar zu Folge. War Nasser vor Syrien der gefährlichste Feind des Imperialismus, ja sogar ein "Brückenkopf" des Kommunismus, so wurde Nasser nach Syrien, das er (und nicht die NATO-Truppen oder die 6. Flotte) vor dem "kommunistischen Putsch" gerettet hat, als der wichtigste Verbündete des Imperialismus gegen den Kommunismus neu "entdeckt".

Von da an begann ein neues Kapitel der Geschichte des Imperialismus in der arabischen Welt. Hatte sich der Imperialismus bis dahin nach der "ersten Frontlinie" orientiert und stets die Peitsche des klassischen Kolonialismus präsentiert: als "Freund" aller untergehenden und Feind aller aufsteigenden Herrschaftssysteme, so erkannte er nun sein potentielles Bündnis mit der arabischen Kleinbourgeoisie und die Konturen der neuen Frontlinie, die die "Revolutionäre" von den Massen allmählich trennt. Hatte er bis dahin den "Revolutionären" den Weg in den kapitalistischen Weltmarkt versperrt, so konnte er nun ihr leidenschaftliches Streben nach einem Anschluß an diesen Markt nicht mehr ignorieren. War der Zerfall des Bagdad-Paktes und des Haschemitischen Bundes das Ende des klassischen Kolonialismus, so markiert jene Epoche den Beginn der Integration der "revolutionären" Herrschaftssysteme in das Herrschaftssystem des Weltimperialismus.

3. Die Sowjetunion hatte gegen das Verbot der KP Syriens protestiert. Nach der scharfen Reaktion Nassers auf diese "Einmischung" verstümmte der Protest endgültig. Die langfristige Strategie der Sowjetunion im Nahen Osten baute auf das Bündnis mit Nasser auf. Für sie blieb er nach wie vor der wichtigste Verbündete gegen den Imperialismus. Die arabischen Kommunisten sahen sich vor die Alternative gestellt (sie hatten immer schlechtes Sehvermögen), entweder der sowjetischen Einschätzung Nassers und der "progressiven Kräfte" nachzuplappern oder in die Isolation zu geraten. Die hart getroffenen syrischen Kommunisten wurden von der Sowjetunion zur Ruhe ermahnt und gerieten eine Zeitlang in Vergessenheit. Alle arabischen KPs zeichneten sich durch ihre Unfähigkeit aus, eine eigene, fundierte Einschätzung zu entwickeln und eine kontinuierliche Linie zu verfolgen. Die Einschätzung der Sowjetunion und ihr Verhältnis zu denen, die zu einer besseren Einschätzung fähig sind (oder sein sollten), drückt sich ideologisch in einer merkwürdigen Mischung von einigen, aus dem historischen Zusammenhang herausgerissenen Leninzitate und einem an den kolonialen Missionarismus erinnernden, patriarchalischen Bevormundungsgeist aus. Dieser artikuliert sich in der Parole der "Einheit der sozialistischen Kräfte" unter der Führung des großen "Bruderstaates", deren Praxis im Widerspruch zum Prinzip des proletarischen Internationalismus steht. Sie verrät in ihrer Praxis ihre Gleichschaltungsfunktion und in den

Konsequenzen ihren sozialimperialistischen Charakter. Das Zusammenspiel mit dem US-Imperialismus und der internationalen Bourgeoisie auf Kosten des Proletariats konkretisiert sich gegenwärtig im Nahen Osten in einer sowjetisch-amerikanisch-ägyptisch-jordanischen "Friedensinitiative", die den Hintergrund dessen darstellt, was heute die palästinensisch-jordanischen Massen und ihre revolutionäre Bewegung erleiden.

4. Die Regierungen in Israel und in Jordanien waren bitter enttäuscht über den Wandel in der westlichen Einschätzung des "Nasserismus" und teilten uneingeschränkt die Einschätzung der Sowjetunion. Denn die Rehabilitierung der arabischen "Revolutionäre" und ihr Anschluß an den internationalen Kapitalmarkt bedeuten die Gefahr, daß sich die ausbeuterischen Verhältnisse und die westlichen Wirtschaftsinteressen in der arabischen Welt von innen her stabilisieren könnten, was eine Verminderung der Bedeutung Israels und des jordanischen Regimes für den westlichen Imperialismus nach sich ziehen müßte. Das "kommunistische" Image Nassers war eine Zeitlang im Westen ein Produkt und Grundpfeiler der israelischen und in der arabischen Welt der jordanischen und saudiarabischen Propaganda. Für Israel stellt schließlich der arabische Nationalismus und die permanente Konfrontation mit ihm eine Existenzbedingung seines zionistischen Nationalismus dar. Einerseits ist diese Konfrontation für die israelischen Herrschaftsinstitutionen die Grundvoraussetzung für die ständige Militarisierung und Unterwerfung des israelischen Proletariats unter ihre absolute Herrschaft sowie für die Realisierung ihrer expansionistischen Ziele. Andererseits verhindert die Fixierung der arabischen Massen auf nationalistische Parolen, die ihre ökonomisch-soziale Unterdrückung verschleiern, ihre wirkliche Politisierung. Denn erst die Bewußtwerdung der eigenen Klassenlage und der revolutionären Möglichkeiten, das Bewußtsein, Subjekt der eigenen Geschichte und nicht Objekt der "Politik" zu sein, würde das den Massen innewohnende Energiepotential entfalten und in eine wirkungsvolle Kraft verwandeln, vor der die Unterdrückungsherrschaft in Israel und in der arabischen Welt machtlos wäre.

Israel blieb nicht nur "theoretisch" bei seiner Einschätzung. Es tat auch alles, um sie "praktisch" durchzusetzen. Mit allen Mitteln versuchte es, den Anschluß der "Revolutionäre" an den internationalen Kapitalmarkt zu verhindern und sie in die Abhängigkeit von der Sowjetunion zu drängen. (Bereits einmal, noch vor der VAR, hatte der israelische Geheimdienst eine sich abzeichnende Annäherung Nassers an die USA mit einem Plan verhindern wollen, die US-Botschaft in Kairo in die Luft zu sprengen. Der Plan war rechtzeitig vom ägyptischen Geheimdienst aufgedeckt worden.) Schließlich erzwang Israel mit dem Blitzkrieg/Blitzsieg von 1967 die totale Abhängigkeit Nassers von der Sowjetunion und ging nun mit voller Kraft daran, die These vom "kommunistischen Brückenkopf" wiederzubeleben. Doch der Erfolg in der anderen Richtung, die Wiederbelebung des arabischen Nationalismus, blieb aus. Die Niederlage erschütterte das Vertrauen der Massen in alle Herrschaftssysteme. Das Wiederertönen der

Parole von der nationalen Einheit aus aller Munde, Reaktionären und "Revolutionären", ist der Ausdruck des arabischen Nationalismus so, wie er heute nicht anders sein kann:

Als die Einheit der Herrschenden gegen die Massen. Hatte diese Überbau-Ideologie (Kultur, Sprache etc.), die von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöst ist, die Massen in der antikolonial-antifeudalen Phase mobilisiert, weil der Kampf der Kleinbourgeoisie gegen jene beiden Mächte zugleich auch ihr Kampf war, so hat sie nach der Niederlage, da die verselbständigte Herrschaftsbürokratie der Kleinbourgeoisie und die Massen sich in antagonistischem Klassengegensatz gegenüberstehen, jene mobilisierende Kraft verloren. Die neue Frontlinie im arabischen Klassenkampf, die während der syrisch-ägyptischen Vereinigung in Erscheinung getreten war, trat nach dem Krieg von 1967 in das Bewußtsein der Massen.

politische buchhandlung

ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung
lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften

schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11-18.30 uhr tel. 46153

Der "Nasserismus" selbst, die Gesamtheit der Bedingungen, unter denen sich die Herrschaft der neuen Klasse etablierte, erfuhr mit dem Ausfall Syriens und dem Ausgang der Kämpfe im Irak seine erste Verunsicherung. Die Tatsache, daß die syrischen Massen keinen Widerstand leisteten, überraschte und verunsicherte Nasser und die herrschende Klasse in Ägypten so sehr, daß sie sich gegenüber den ägyptischen Massen nicht mehr sicher fühlen konnten. Das Vertrauen der Massen in Nassers Person wurde jedoch kaum erschüttert. Dabei spielte seine kluge Reaktion auf den syrischen Putsch eine große Rolle, als er nämlich eine Intervention, die seine Militärs bereits angeordnet hatten, verhinderte.

Die herrschende Klasse ging von da an mit größter Intensität daran, ihre Verselbstständigung gegenüber den Massen zu vervollständigen und institutionell zu fixieren. Noch während der Vereinigung, im Juli 1961, waren die Verstaatlichungsgesetze erlassen worden, die in beiden Teilen der VAR das gesamte Bankwesen, alle großen und mittleren Betriebe, den gesamten Außenhandel und einen großen Teil des Binnenhandels in staatlichen Besitz gebracht hatten. Begleitet von der Unterdrückung jeder selbstständigen Arbeiterbewegung, der Unterwerfung aller Gewerkschaftsorganisationen, ausgeführt und nunmehr kontrolliert von einer elitären, antikommunistischen, verselbstständigten Bürokratie, die sich niemals als proletarische Organisation verstanden, und nicht die geringste, sozialistische Orientierung gehabt hatte, konnten diese "sozialistische Gesetze" nichts anderes bedeuten als die vollkommene Unterdrückung des Klassenkampfes, die vollendete ökonomische Verfestigung und die "gesetzliche" Sanktionierung der totalitären Herrschaft dieser Bürokratie über sämtliche Produktionsmittel und Produktivkräfte. In Syrien waren sie die letzte Herausforderung der Groß- und selbst der Kleinbourgeoisie, nachdem der Klassenkampf durch die Ausschaltung der Linken und die Niederwerfung aller Arbeiterorganisationen zum Stillstand gebracht worden war. In Ägypten waren sie der Weg der herrschenden Klasse, sich in der Konkurrenz auf dem internationalen Kapitalmarkt zu behaupten, sich in die internationale Bourgeoisie zu integrieren, um ihrer Herrschaft über die proletarischen Massen einen internationalen Rückhalt zu sichern. Sie waren nicht der Ausdruck einer sozialistischen Orientierung sondern der Konkurrenz, des Neids und der Herrschsucht, der Angst vor einer selbstständigen, vom bewußten Proletariat getragenen Arbeiterbewegung. Die herrschende Klasse schritt nun, nach dem Zerfall der Vereinigung, auf diesem Weg energisch weiter und bediente sich der modernen Methoden des Imperialismus: Ausbau eines gewaltigen Manipulationsapparates, energischer Anschluß an den kapitalistischen Weltmarkt, Duldung von "linken" Publikationen nach der Moskauer Linie, gleichzeitig Rückgriff auf die betäubende Wirkung des religiösen Fatalismus und Eingliederung der religiösen Institutionen in den Herrschafts- und Manipulationsapparat, allmähliche Versöhnung mit der arabischen Reaktion (Nasser unterstützte die Revolution von 1962 im Jemen entgegen dem Willen seiner Umgebung, von der einige aus Protest zurücktraten, und wurde auch später gezwungen, sich doch mit Saudi-Arabien zu versöhnen und die jemenitische Revolution fallenzulassen; die propagandistische Schimpfkampagne gegen Hussein und Bourgiba war eine "defensive" und wurde, wie Nasser mehrfach betonte, von diesen und nicht von Ägypten provoziert; der Krieg von 1967 brachte die Versöhnungspolitik zum endgültigen Erfolg.)

Der Personenkult Nassers wurde wie noch nie zuvor zum unentbehrlichen Schutzmantel, der den tiefen Graben zwischen den Massen und der herrschenden Klasse verdeckt. Als oberstes Haupt in allen Staatsapparaten, einschließlich der Arabischen Sozialistischen Union, die als Organ der "Volkskontrolle" über die Staatsmacht bezeichnet wird,

holte er die Spitzenfiguren der Staats- und Militärbürokratie in sämtliche Entscheidungsgremien. Die selbe Clique pendelte ständig hin und her von einem Gremium ins andere, erließ als "Volksvertretung" selbst die Anordnungen, die sie als "Minister" ausführte, setzte überall systemtreue, entpolitisierte Nachklatzler und Fachidioten ein und setzte alle Kritischen ab, alles im Namen und mit dem Segen Nassers. Mit allen Raffinessen hütete und vervollkommnete sie seinen Personenkult, und zwar unabhängig vom politischen Geschehen, von seinen Leistungen und Fehlern und unterdrückte damit jede kritische Auseinandersetzung mit seiner (ihrer) Politik als verräterisch und unduldbar. Ihrem Kern nach waren die Massendemonstrationen für Nasser gewaltige Aufstände gegen die herrschende Klasse. Erst in jenen Demonstrationen konnten die Massen Polizisten und Militärs verprügeln, und auf ihre Gewalt mit Gewalt antworten, Politiker erniedrigen und ihre Absetzung fordern, ohne Repressalien zu befürchten.

Nach der Niederlage konnten sich die "entwaffneten" Militärs auf offener Straße nicht sehen lassen. Die blutigen Aufstände von 1968 in Heluan, Alexandria, Mansouta und Kairo, in denen die Arbeiter und Studenten eine grundlegende Umwälzung des Herrschaftssystems und die Absetzung der herrschenden Clique forderten, sind dieser Clique zum Alptraum geworden. Sie trugen revolutionären Charakter, ihnen fehlte aber die revolutionäre Führung, die Nasser gerade nicht ersetzen konnte.

Vor dem Hintergrund dieses historischen Rückblicks ist die letzte Entwicklung im Verhältnis der palästinensischen Revolution zu den arabischen "Progressiven" eine logische und von Anfang an voraussehbare. Die neue Umkreisung der palästinensischen Revolution, die mit dem Putsch in Syrien geschlossen wurde, muß die arabischen Massen und insbesondere die neue Linke als den bewußten Teil dieser Massen alarmieren. Sie muß sich konsolidieren und die sozialistische, von den Massen getragene gesamtarabische Revolution in Gang setzen. Die palästinensische Revolution muß das Werk des bewußten, als Subjekt seiner Geschichte handelnden Proletariats werden. Ohne dieses bewußte Handeln wird sie untergehen. Als der erste, unabhängige Kern einer sozialistischen Revolution in diesem Raum, als ein echtes Werk des unterdrückten Proletariats, wird sie weiterbestehen.

Die Erkenntnis, von der wir ausgehen müssen, ist die, daß die palästinensische Revolution in Jordanien mit dem dortigen Feudalsystem als einem "Beauftragten" aller Komponenten des Weltimperialismus konfrontiert ist, daß dieses System selbst im Untergang ist und seinen Todeskampf führt, daß die dominierende Komponente des Weltimperialismus in der arabischen Welt die Herrschaftssysteme der Kleinbourgeoisie sind und daß die direkte Konfrontation mit diesen unmittelbar nach dem Zerfall des gegenwärtigen Regimes in Jordanien eintreten muß. Sie werden versuchen, gemeinsam mit den imperialistischen Metropolen und Israel, dieses Regime, solange es keine Alternative gibt, am Leben zu halten und die direkte Konfrontation mit der palästi-

nensischen Revolution vermeiden, weil sie die direkte Konfrontation mit den arabischen Massen bedeuten könnten. Das System in Jordanien muß für sie unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterleben, weil es geeignet ist, als Sündenbock zu fungieren. Aber die bessere Alternative für sie wäre die, Hussein und seine Bande durch andere Figuren zu ersetzen, deren Geschichte noch unbelastet ist, die die palästinensische Revolution "besser" liquidieren könnten. Denn diese Revolution hat ihnen gezeigt, wozu die bewußtgewordenen Massen fähig sind. Je mehr sie die Bewußtwerdung der arabischen Massen symbolisiert und zugleich vorantreibt, desto mehr wird es für die Herrschenden notwendig, das Bewußtsein der Möglichkeit in ein Bewußtsein der Unmöglichkeit, die Hoffnung in Resignation zu verwandeln.

Ahmed Ezzeldin

TRIKONT-VERLAG

8 München 80, Josefsburgstraße 16, Telefon (08 11) 43 38 74, BAG.-Nr. 16 515

TRIKONT-Bücher	Preis
Debray, Revolution i. d. Rev.	6.-
Chaliand, Bew. Kampf in Afrika	9.80
Schuhler, Politische Ökonomie	9.80
Bettelheim, Aufbau des Sozialismus	9.80
Geries/Lobel, Araber in Israel	12.80
Cinanni, Emigration (Gastarbeiter)	12.80
● Léon, Judenfrage und Kapitalismus	ca. 7.-
● Jalée/Palloix/Magdoff u. a., Neuere Beiträge zur Imperialismustheorie	ca. 6.-
● V. Agartz, Zur Geschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg	ca. 7.-

Schriften zum Klassenkampf	Preis
Guevara, Partisanenkrieg	4.40
Guevara, Bolivianisches Tagebuch	6.80
Pesquet/Gramsci, Räte	6.50
Frauenemanzipation	5.80
Schuhler, Black Panther	7.-
Seiffert, Zengakuren	7.20
Revolution in Nordirland?	4.50
Fiat-Streiks	7.80
Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale Band I	7.80
Geschichte der KJI Band II	7.80
Geschichte der KJI Band III	5.80
● Sowjetunion und China	ca. 8.-
● Eschenhagen, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften? (ca. 180 S.)	ca. 8.-
● Quaderni rossi, Organisation des Produktionsprozesses und Klassenkampf (ca. 180 S.)	ca. 9.-
● G. Mury, Mensch und Sozialismus in Albanien (ca. 200 S.)	ca. 5.-
● Lukacs/Varga, Materieller Zwang und sozialistisches Bewußtsein in der Übergangsgesellschaft	ca. 6.-

NEUERSCHEINUNGEN

THEORIE UND PRAXIS:

Bd. 6 Kampf - Kritik - Umgestaltung: proletarische Schule und Universität in China (Kommunistische Jugend und Erziehungsarbeit Teil 1); Gegen revisionistische und linksradikale Ansätze in der Erziehungsarbeit; ca. 250 S., ca. DM 8.-

PROLETARISCH-REVOLUTIONÄRE ROMANE:

W. Schönstedt, **Kämpfende Jugend**

Kommunistische Jugendarbeit in Berlin-Kreuzberg (1932); mit Nachwort, Fotos und Dokumenten zur kommunistischen Jugendarbeit 230 S., DM 6.-

NEUAUFLAGE:

Projektgruppe Afrika, **Der revolutionäre Befreiungskrieg in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique**

2. Auflage, mit erweitertem Vorwort zur Cabora-Bassa-Frage; 170 S., DM 7.-

OBERBAUMVERLAG BERLIN - 1 BERLIN 21 - BUNDESRAUFER 1
VERLAG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE

D i s k u s s i o n N r . 3 0

erscheint im März 1971

enthält unter anderem:

Fred Halliday: Konterrevolution im Yemen

Dokumente zur Situation der antizionistischen Opposition in Israel; Rakah und Matzpen

Briefe politischer Gefangener aus Israel und den besetzten Gebieten

Bestellungen: Diskussion, 1 Bln 33, Gelfrtstr. 45

Die wirtschaftliche Lage in Jordanien und der Besuch Husseins in der BRD

Die wirtschaftliche Situation Jordaniens kennzeichnet sich vor allem durch eine enorme Abhängigkeit vom Zufluss ausländischen Kapitals einerseits und durch ein beträchtliches Defizit in der Handelsbilanz wie auch im Staatshaushalt.

Der Einfuhrüberschuss in der Zahlungsbilanz steigerte sich von 35,5 Mill. Jordanischen Dinar (JD.) im Jahr 1966, 27,8 Mill. JD. im Jahre 1967 auf 63,5 Mill. JD. 1969. Die Investitionen bzw. die Zuschüsse und Kapitalhilfen aus dem Ausland betragen im selben Zeitraum 34,1 Mill. JD. 1966, 53,9 Mill. JD. 1967, während sie bis 1969 auf 45,3 Mill. JD. zurückgingen. Dieser Rückgang wurde in erster Linie ausgelöst durch die unsichere Machtstellung des jordanischen Regimes gegenüber der palästinensischen Widerstandsbewegung, die verständlicherweise bei ausländischen Kapitalgebern Zurückhaltung bei Investitionen auslöste. (1 JD = 1 engl. Pfund)

Gleichzeitig geriet das Nettoauslandsvermögen des jordanischen Staates, das 1966 noch 3,7 Mill. JD. und 1967 31,2 Mill. JD. in der Kapitalbilanz betrug, 1969 weit in die roten Zahlen: 1969 nahm das Nettoauslandsvermögen um 16,3 Mill. JD. ab.

Der Handel spielt bei der Verschuldung des jordanischen Staates eine wichtige Rolle. 1969 importierte Jordanien Waren im Wert von insgesamt 191,5 Mill. JD., davon Waren aus den USA für 6,37 Mill. JD., aus der BRD für 5,99 Mill. JD. und aus England für 7,15 Mill. JD., hauptsächlich für den Konsumsektor und zur Verbesserung der Infrastruktur (Baumaschinen etc.). Bedingt durch die geringe jordanische Produktion lag die Ausfuhr jordanischer Waren auf einer wesentlich niedrigeren Ebene: In die BRD wurden für 36 000 JD Waren geliefert, nach den USA für 30.000 JD und nach England für nur 7.000 JD. Diese Entwicklung, - große Wareneinfuhr und kleine Warenexporte-, hat sich bis Juni 1970 weiter verschärft, da nur zwei Länder, nämlich Jugoslawien und der Irak mehr Waren aus Jordanien bezogen als sie lieferten.

Das Handelsblatt vom 11. 12. 70 berichtet von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Jordaniens, als Folgeerscheinungen des blutigen Bürgerkriegs 1970. "Wie vorauszusehen war" hätte der Bürgerkrieg mindestens 220 Mill. DM an wirtschaftlichen Verlusten mit sich gebracht, die den sowieso defizitären Haushalt zusätzlich belasten. Schlimmer für das jordanische Regime ist aber der Abbruch der finanziellen Unterstützung aus den reichen arabischen Ölländern, die mehr als 40 Mill. JD jährlich betrug. Es ist nicht sicher, ob die Ölländer diese Unterstützung nach einer "friedlichen Lösung" des israelisch-arabischen Konfliktes wiederaufnehmen. Die unsichere politische Lage in Jordanien führte im letzten Jahr auch zu einer anhaltenden Kapitalflucht aus Jordanien, vor allem in den Libanon. (Handelsblatt, 11. 12. 70).

In diesen offiziellen Angaben sind jedoch die bedeutenden Summen für Rüstungslieferungen aus den USA, England und zu einem geringeren Teil aus der BRD nicht enthalten, obwohl diese Ausgaben, entsprechend den dafür vorgesehenen Posten im Staatshaushalt höher sind als des zivilen Sektors. Für den Militärhaushalt werden für das Jahr 1969 35 Mill.

JD angesetzt, die sich 1970 auf 44 Mill. JD erhöht haben. Der allgemeine, öffentliche Haushaltsansatz bewegt sich dagegen in einer Größenordnung von 33 Mill. JD. Insgesamt beläuft sich das Haushaltsdefizit auf 6 Mill. JD, wie die jordanische Zentralbank angibt. (Alle Angaben nach: Allgemeine Statistik des Auslands, Länderkurzbericht Jordanien, 1970, Statistisches Bundesamt Wiesbaden; "External Trade Statistics" 1968, Dept. of Statistics Press, Amman; Jordan Economy in Figures, Dept. of Statistics, February 70)

Die Unsicherheit weiterer Unterstützungen der arabischen Ölländer einerseits, die hohe Verschuldung des jordanischen Staates, zusammen mit einem ungedeckten Haushalt und fehlenden Kapitalmitteln zum Ausbau des industriellen Sektors, machen ausländische Unterstützungen aus den westlichen Metropolen für das jordanische Regime unumgänglich.

Indem Hussein sich in den imperialistischen Metropolen militärische und wirtschaftliche Stärkung seiner Position erbettelt, sucht er sich zugleich eine Versicherung gegen die Versuche, im Zuge einer "friedlichen Lösung" des Palästina-Problems und einer "Normalisierung" der Beziehungen zwischen der imperialistischen Agentur Israel und den nationalistischen arabischen Staaten als einem Produkt des britischen Kolonialismus aufzuräumen. Da dieses vor allem aus Wüstengebieten bestehende Land ohne wichtige Bodenschätze für den Imperialismus fast ausschließlich von strategischer Bedeutung im Hinblick auf die Rohstoffquellen der anderen arabischen Länder ist, könnte das derzeitige jordanische Regime innerhalb eines langfristigen Arrangements zwischen den großen Machtblöcken einerseits und den arabischen Republiken auf der anderen Seite geopfert werden.

So ist auch verständlich, daß die Privatinvestitionen in die jordanische Wirtschaft stark zurückgegangen sind und durch staatliche Investitionen und Kapitalhilfen der kapitalistischen Länder ersetzt wurden.

Der Besuch Husseins in der Bundesrepublik

Bis jetzt ist den imperialistischen Mächten ihr Söldner in Amman noch einige Investitionen wert. Vor allem seit dem Junikrieg 1967 hat die BRD ihre kräftige Unterstützung für den aggressiven Zionismus harmonisch mit wirksamer Hilfe für das geschwächte jordanische Regime verbunden. Kurz nach dem Junikrieg reiste der damalige sozialdemokratische Entwicklungshilfeminister Wischniewski (kolonial-folkloristisch Ben Wisch genannt) nach Amman, um mit der Regierung den Ausbau des Hafens von Akaba und die Finanzierung anderer Entwicklungsprojekte zu besprechen. Während sich die Politik des westdeutschen Imperialismus unter der Federführung der SPD an anderer Stelle flexibel gibt und den Kontakt etwa zur FRELIMO

bei gleichzeitiger militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus sucht, stützt sie im Nahen Osten konsequent die reaktivärsten und aggressivsten Kräfte. Statt wie der französische Imperialismus zu versuchen, mit den arabischen nationalistischen Staaten und durch die Vermittlung dieser Staaten, mit den bürgerlichen palästinensischen Organisationen zusammenzuarbeiten, um sich auf diese Weise Kapital- und Warenmärkte der großen arabischen Staaten offenzuhalten, folgt die BRD dort der amerikanischen Politik und deren Strategie zur Erhaltung der imperialistischen Herrschaft über die Erdölquellen des Nahen Ostens. Als Nato-Partner liefert sie die Basis für die amerikanischen Hilfsmaßnahmen für Hussein, neben den USA wohl engster Verbündeter des zionistischen Staates, unterstützt sie rückhaltslos dessen aggressive Politik gegenüber dem palästinensischen Volk und Ägypten und arbeitet mit der jordanischen Regierung als einem Regime zusammen, an dessen Erhaltung Israel und die USA bis jetzt das größte Interesse haben.

Im Dezember letzten Jahres hielt sich Hussein mehrere Tage in der Bundesrepublik auf, um zusätzliche Unterstützung für die im jordanischen Bürgerkrieg entstandene Verluste zu erreichen. Die SPD/FDP - Regierung sagte Hussein einen sofortigen Kredit über 170 Mill. DM zu, der zum größten Teil zum Ausbau der Eisenbahnlinie Amman- Akaba verwendet werden soll. Diese Eisenbahnlinie ist für das jordanische Regime besonders wegen des Transportes der in der Nähe von Amman und bei Al-Hasa abgebauten Phosphate wichtig, die eine wichtige Einnahmequelle des Staates darstellen.

Gegen die Unterstützung des "Henkers von Amman" durch die Bundesregierung richtete sich am 16. Dezember - am Tage des Hussein-Besuches - eine Demonstration mit einer sich daran anschließenden Kundgebung in Bonn. Die vom ASTA der Bonner Universität beantragte Demonstration wurde vom Bonner Polizeipräsidenten verboten; die Kundgebung nur mit großen Auflagen genehmigt. Das Demonstrationsverbot wurde folgendermassen begründet: "Das Verbot ist erforderlich, da nach den gegebenen Umständen die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch den von Ihnen geplanten Demonstrationzug unmittelbar gefährdet ist.

Der angemeldete Demonstrationzug ist für 16.30 Uhr vorgesehen, also für die Zeit des Spitzenverkehrs. Er fällt außerdem zusammen mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen aufgrund der von vielen Bürgern jetzt getätigten Weihnachtseinkäufe in der Stadt. Dazu kommt, daß mehrere der für Ihre Demonstration in Aussicht genommenen Strassen durch den U-Bahn-Bau aufgerissen sind und der Fahrzeugverkehr dort bei einer Demonstration (300-500 Personen nach Ihrer Schätzung) völlig gesperrt werden müsste, zumal den vom U-Bahn-Bau betroffenen Strassen entweder gar keine Bürgersteige vorhanden oder lediglich provisorisch sehr schmale Bür-

gersteige angelegt worden sind, so daß ein Demonstrationzug dort zwangsläufig die Fahrbahn blockieren muss. . . .

Die Demonstration ist von den Veranstaltern auf einen Tag gelegt worden, an dem der jordanische König Hussein einen Besuch in der Bundeshauptstadt Bonn abstattet und besondere Sicherheitsmassnahmen notwendig sind.

Die verantwortliche Leiterin kann es zudem nicht völlig ausschliessen, daß radikale Elemente in ihren Demonstrationzug einsickern und diesen umfunktionieren.

Nach alledem stellt ein Demonstrationzug durch die Innenstadt gerade in der gegenwärtigen, sicherheitsmäßig kritischen Situation eine solche konkrete Gefährdung dar, daß eine Duldung eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bedeuten würde. "(Verfügung des Polizeipräsidenten der Stadt Bonn vom 16.12.1970, Az. V II/1-231-46/70-(600)).

Der ASTA-Bonn war politisch und organisatorisch nicht in der Lage, gegen das Demonstrationsverbot Widerspruch zu erheben, obwohl ein Antrag auf Aufhebung der sofortigen Vollziehbarkeit des Demonstrationsverbotes allem Anschein nach Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Eine Demonstration kann nur dann verboten werden, wenn "nach den Umständen die öffentliche Ordnung und Sicherheit unmittelbar gefährdet ist." (§ 15, Versammlungsgesetz). Eine solche unmittelbare Gefährdung wurde in den Gründen des Verbotes jedoch nicht dargelegt.

Der ASTA-Bonn sollte sich darüber im klaren sein, daß das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in dem kapitalistischen Herrschaftssystem jedesmal neu erkämpft werden muss.

Trotz der Haltung des ASTA-Bonn, der polizeilichen Verbotsverfügung und des Weihnachtsverkehrs bewegte sich ein Demonstrationzug mit etwa 700-800 Teilnehmern durch die Innenstadt Bonns zum Kundgebungsplatz.

Wolf Schluchter

ROTE ROBE

Zeitschrift des Südwestdeutschen
Referendarverbandes

Nr. 1/71

AUS DEM INHALT:
Kapitalismus, seine Mechanismen und Ideologien
Klassenjustiz: ein Ladendiebstahl
Frankreichs Weg in den Polizeistaat
Der Klassencharakter des Parlamentarismus
Ausbeutung und Streik
Klassenjustiz im Baurecht
Tanz der Reformer
Zum Lehrlingsstreik
u. a.

ZU BEZIEHEN ÜBER DIE POLITISCHE BUCHHANDLUNG
JÖRG BURKHARDT, 69 HEIDELBERG; SCHIFFGASSE 3
AN DER MENSA

PREIS 1,-DM

Zehn Jahre bewaffneter Kampf der MPLA in Angola

Der Widerstand des angolanischen Volkes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft in der heutigen Form des nationalen Befreiungskampfes geht zurück auf eine lange Tradition des angolanischen Widerstandes gegen fremde Eroberer. Vier Jahrhunderte lang gab es keine einheitlich organisierten bewaffneten Aufstände in den verschiedenen Teilen des Landes gegen die portugiesische Okkupation und militärische Eroberung. Die Kämpfe, die stattfanden, wurden vereinzelt durch die verschiedenen ethnischen Gruppen organisiert und durchgeführt, sodaß es den portugiesischen Invasoren leicht fiel, diese gegeneinander aufzuwiegen und somit den sogenannten Befriedungskrieg gegen die afrikanische Bevölkerung erfolgreich abzuschließen; dies gelang ihnen jedoch erst in den 20iger Jahren dieses Jahrhunderts. Die Wiederaufnahme des Widerstandes als nationaler Befreiungskampf widerlegte die Annahme der Portugiesen, daß die "Befriedung" von Dauer sei.

Die vom Kolonialsystem z. T. bewirkten sozialen und ökonomischen Veränderungen der afrikanischen Stammesstrukturen trugen auch zu einem gewissen Grad dazu bei, daß der Widerstand der afrikanischen Völker gegen die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung seine ursprünglichen ethnischen und kulturellen Merkmale verlor und schließlich nationale Dimensionen angenommen hat. Dies traf hauptsächlich auf die afrikanische Bevölkerung in den Städten zu, da sie dort zwangsweise in engerem Kontakt mit der repressiven Kolonialverwaltung stand und viel massiver der Rassendiskriminierung und ökonomischen Ausbeutung unterworfen war.

Die Befreiungsbewegung wurde von der Kleinbourgeoisie initiiert, die sich in kleinen Intellektuellenzirkeln organisiert hatte und die aufgrund ihres kulturellen Niveaus und des daraus folgenden ausgebildeteren politischen Bewußtseins den Unterdrückungsmechanismus analysieren konnte. Um aber die Bedürfnisse und Erwartungen der Massen zu erfüllen, mußte "dieser Teil der einheimischen Kleinbourgeoisie seinen eigenen Widerspruch lösen, d. h. entweder Selbstmord als Klasse begehen oder die Revolution verraten." (Amilcar Cabral). Denn solange dieser Teil der einheimischen Kleinbourgeoisie einerseits zwischen der Festigung seiner privilegierten Stellung als objektiv kolonial unterjochte Schicht, die hauptsächlich im Dienstleistungssektor beschäftigt war, und dem Anspruch auf formale Unabhängigkeit andererseits schwankt, treibt er lediglich die eigene Verbürgerlichung weiter voran, um letzten Endes die Rolle einer Pseudo-Bourgeoisie innerhalb neokolonialistischer Herrschaftsverhältnisse zu übernehmen.

Die organisierte Form des legalen Protestes gegen das Kolonialsystem fand ihren deutlichsten Ausdruck

in der Liga Nacional Africana, die 1929 in Luanda, der Hauptstadt Angolas, gegründet wurde. Als in der Zeit nach 1940 in dieser Organisation die Tendenz verstärkt zum Ausdruck kam, den Kontakt zu den Bevölkerungsmassen zu suchen, sah man sich dabei gezwungen, zu illegalen Aktionen überzugehen. Aus dieser Entwicklung entstand als erste revolutionäre Partei Angolas 1953 die PLUA (Partei für den vereinten Kampf der angolanischen Afrikaner).

Aus dem Zusammenschluß dieser und anderer Organisationen entstand im Dezember 1956 in Luanda die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas), eine revolutionäre Massenorganisation, mit dem Ziel, Angola von dem portugiesischen Kolonialismus zu befreien und eine Gesellschaft aufzubauen, in der "alle Menschen einander als gleichwertige Individuen respektieren und keiner den anderen als Ausbeutungsobjekt betrachtet." D. Chipenda, Mitglied des Direktionskomitees der MPLA, sagte: "Wir werden nicht zulassen, daß an die Stelle der weißen Kapitalisten Schwarze treten."

Die MPLA mußte ihre Aktivitäten auf dem Land und in der Stadt von Anfang an im Untergrund organisieren. Zur Verwirklichung ihres Programms bildete die MPLA zunächst in Luanda Zellen, dann aber auch in den Distrikten, die im Nord-Osten von Luanda liegen und zum Kaffeeplantagengebiet Angolas gehören. Die Mobilisierung der angolanischen Plantagenarbeiter war aufgrund der objektiven Ausbeutungsverhältnisse in diesen Plantagen verhältnismäßig leicht durchzuführen.

Diese Arbeit der MPLA wurde jedoch in zunehmendem Maße erschwert, da Portugal dem sich organisierenden politischen Widerstand mit verschärfter Verfolgung begegnete. Seit 1957 (nur wenige Monate nach Gründung der MPLA) verstärkte die portugiesische Geheimpolizei ihren repressiven Apparat in Angola. 1959 wurden in ständigen Razzien in ganz Angola Hunderte von politischen Gefangenen gemacht, unter ihnen auch eine Reihe der führenden Kämpfer der MPLA, einer von diesen war Agostinho Neto, der jetzige Präsident der MPLA. Die Aktivitäten der portugiesischen Geheimpolizei hatten die Zersplitterung des Widerstandes zur Folge. Die Organisationsstrukturen der MPLA wurden z. T. zerschlagen, der größte Teil der Führungsspitze der Organisation mußte ins Ausland flüchten, der Sitz der MPLA wurde nach Conakry/Guinea verlegt. Hier in Conakry wurden zum ersten Mal Versuche unternommen, die politische Unabhängigkeit Angolas auf dem Verhandlungswege mit der portugiesischen Regierung zu erlangen; diese Versuche sind jedoch gescheitert.

Die Praxis des bewaffneten Kampfes begann am 4. Februar 1961, als von der MPLA organisierte Kämpfer

versuchten, das Gefängnis von Luanda zu stürmen, um die dort inhaftierten Genossen zu befreien. Diese Aktionen wurden vor allem im Norden des Landes aufgegriffen; dies erklärt sich aus den schon erwähnten objektiven Ausbeutungsverhältnissen und gleichzeitig durch die politische Entwicklung des gerade unabhängig gewordenen Kongo-Kinshasa. So wurde der Norden zum Schauplatz der wichtigsten politischen und militärischen Aktivitäten. Der bewaffnete Aufstand im Norden Angolas traf in seinem Ausmaß die portugiesischen Kolonialisten unvorbereitet. So konnten die Aufständischen, obwohl sie mit primitivsten Mitteln kämpften, in kurzer Zeit Nordangola fast vollständig befreien. Der Gegenstoß der Portugiesen zeigte jedoch die Führungslosigkeit der Angolaner und ihre fehlende militärische Schulung. Die Portugiesen antworteten mit brutalen Vergeltungsaktionen. In den ersten drei Monaten nach Beginn des Aufstandes wurden - laut UNO-Berichten - 30.000 Angolaner ermordet, deren Zahl erhöhte sich nach der 2. portugiesischen Offensive im Aug./Sept. 61 auf 50.000.

Die Führung der MPLA, die inzwischen die politische und militärische Ausbildung ihrer Kämpfer im Kongo-Kinshasa organisierte, schickte Guerilla-Kommandos, die ins Landesinnere eindrangen. Wegen des starken Einflusses der UPA (Union der Völker Angolas) in der Bakongo-Region, dem Grenzgebiet zwischen Angola und Kongo-Kinshasa, wurden die Nachschublieferungen an die MPLA-Kämpfer beschlagnahmt, die Kämpfer selbst festgenommen und z. T. umgebracht. In dieser Anfangsphase der Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes war die Tatsache entscheidend, daß die tribalistisch und rassistisch orientierte Organisation (Parole der UPA: "Tötet alle Weißen, alle Mischlinge, alle Gebildeten und alle Mitglieder der MPLA", und "Wartet, bis der große Chef Holden eines Tages in einem mächtigen Flugzeug kommt". CONCP, L'angola, Algier, o. J.) Roberto Holdens (Präsident der UPA) die Unterstützung der USA fand, wenn nicht sogar von diesen mitbestimmt war. Außerdem gewährte Adoulas Regime (Kongo-K) der UPA volle Unterstützung, indem sie Holden den Ausbau einer Militärbasis im Kongo-K erlaubte und ihre militärischen und Sicherheitskräfte einsetzte, um der UPA zu helfen, durch eine stärkere Kontrolle der Grenze, der MPLA den Kontakt mit ihrem Kampfgebiet im Innern Angolas unmöglich zu machen.

Die Anerkennung einer UPA-Exilregierung durch den Kongo-K diente dann als Rechtfertigung dafür, jede Aktivität der MPLA im Kongo-K zu verbieten. Eine OAU-Vermittlungskommission (Organisation der afrikanischen Einheit), die damit beauftragt war, eine Wiederannäherung zwischen der MPLA und dieser Richtung des angolanischen Nationalismus herbeizuführen, machte sich nicht die Mühe, einer gründlichen Analyse der tatsächlichen Fakten und Bedingungen des Befreiungskampfes in Angola, sondern nahm sofort die von der Kongo-K-Regierung

festgelegte politische Linie an. Von der falschen Voraussetzung ausgehend, daß die UPA die einzige bewaffnete Partei sei und daß die MPLA keine Basis habe, empfahl die OAU allen ihren Mitgliedstaaten die de-jure-Anerkennung der Exilregierung der UPA als einziger Vertretung des angolanischen Volkes. Kurz danach wurden die Untergrundkämpfer der MPLA aus Kongo-K ausgewiesen. Von ihrer Basis getrennt und ohne logistischen Stützpunkt war die MPLA in dieser Periode nicht in der Lage, den begonnenen Kampf durch eine adäquate politisch-militärische Strategie weiter zu entfalten. Drei Jahre lang versetzte auf diese Weise die UPA dem Befreiungskampf des angolanischen Volkes schwere Schläge, indem sie die MPLA-Untergrundkämpfer von der Kampfzone fernhielt. Dadurch erlitt der Kampf des angolanischen Volkes schwere Rückschläge, da die MPLA die einzige Organisation war, die den Kampf überhaupt hätte effektiv führen können. Die Krise, die die Bewegung durchmachte, fand erst 1964 mit der Eröffnung des MPLA-Büros in Kongo-Brazzaville und der von dort aus eingeleiteten Aufnahme des Kampfes an der 2. Front in Cabinda ihr Ende. Während die MPLA ihr Prestige im Ausland zurückgewann und die OAU ihren Irrtum rückgängig machte, indem sie die MPLA als angolanische nationalistische Bewegung anerkannte, erhielt der Guerillakampf in Cabinda neuen Auftrieb. Der Krieg in Cabinda übte enormen psychologischen Einfluß auf die gesamte Bevölkerung Angolas aus. An der Cabinda-Front bildeten sich viele Kader, das erste revolutionäre Organisationszentrum wurde gegründet, es wurden wertvolle militärische Erfahrungen gesammelt. Die meisten der militärischen Führungsgenossen wurden in diesem Gebiet ausgebildet. Cabinda war die Schule, in der die wesentlichen strategischen Prinzipien für die Entfaltung des Kampfes in den anderen Gebieten erarbeitet und erprobt wurden. Die Erfahrungen, die an der Cabinda-Front gesammelt wurden, ermöglichten der MPLA somit die gründliche Vorbereitung eines weiteren entscheidenden Schrittes, nämlich die Eröffnung der 3. Front, der Ostfront von Moxico und Cuanda-Cubango im Jahre 1966. Bevor die MPLA die bewaffneten Operationen aufnahm, arbeitete sie intensiv an der Politisierung der Massen - Zellen wurden geschaffen und politische Befehlszentren der Organisation gegründet, die ihrerseits wiederum Kader ausbildeten - sodaß sie es im Mai 1966 mit einer politisch bewußten Bevölkerung zu tun hatte, die die Guerillas auch materiell voll unterstützte. Heute ist dieses 3. Gebiet kein akutes Kampfgebiet mehr, sondern befindet sich unter der Kontrolle der Streitkräfte der MPLA. Guerilla-Kämpfe finden nur noch in den an andere Regionen grenzenden Teilen statt. Ende 1966 und Anfang 1967 gelang es zwei militärischen Abteilungen in einem geheimen Marsch aus dem Kongo-K zurückzukehren und bis zu einer Kampfstellung im nördlichen Guerillagebiet - also der 1. Front, die sechs Jahre lang völlig auf sich alleine angewiesen war - vorzudringen.

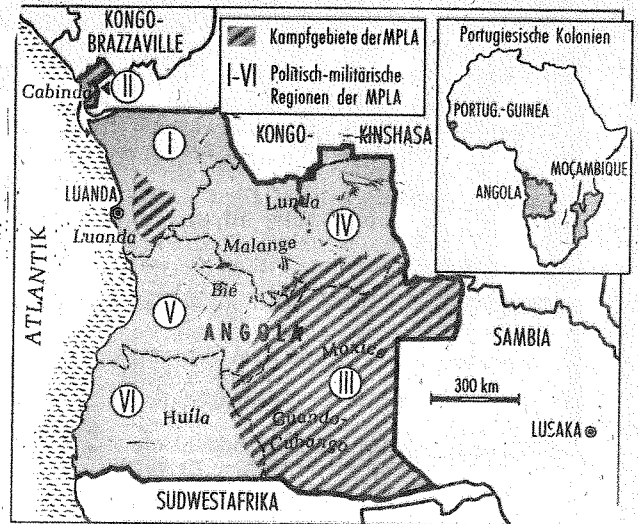
Zur selben Zeit hatte Agostinho Neto "die allseitige Ausbreitung des bewaffneten Kampfes über das ganze Land" proklamiert.

Im Rahmen dieser Strategie wurde 1968 die 4. Front in Angola eröffnet. Diese umfaßt das Gebiet von Lunda, der Diamanten-Provinz, und Malange, das wiederum im Osten des Landes liegt.

Außerdem wurde das Hauptquartier der Organisation in ein von der MPLA kontrolliertes Gebiet im Landesinneren verlegt, womit ein weiterer wesentlicher strategischer und politischer Aspekt zum Ausdruck kommt, "der Kampf muß im Land selbst geführt werden."

Die MPLA betrachtet es daher als ihre Aufgabe, einen ausdauernden revolutionären Volkskrieg zu führen, der sich über das ganze nationale Territorium erstreckt und die Städte einkreist, die ebenfalls durch Untergrundarbeit mobilisiert und in der Endphase des Kampfes ebenfalls erobert werden. Der Guerillakrieg ist so zu führen, daß er in andere entwickeltere Stufen überführt wird, ohne je die Guerillakriegsführung aufzugeben. Der Kampf der MPLA ist ein politischer, daher rührt auch das ständige Bemühen der MPLA Kader auszubilden, die militärisch und politisch fähig sind. Aus diesem Grunde wird auf die Mobilisierung und Organisation der Volksmassen besonders großer Wert gelegt, sowohl in den befreiten Gebieten als auch in den noch unter portugiesischer Herrschaft stehenden. Die Schaffung der notwendigen politischen Voraussetzungen ist die Vorbedingung für die Eröffnung einer neuen Kampffront. Die politische Schulung erfolgt in den Zentren revolutionärer Ausbildung, den Kadernschulen der MPLA. Die Massen zu mobilisieren und ihnen bewußt zu machen, daß der Kampf nicht nur gegen den portugiesischen Kolonialismus, sondern gegen den internationalen Imperialismus als Ganzes geführt werden muß, ist das Ziel der politischen Arbeit. Im Guerillakampf der MPLA besteht eine Einheit zwischen politischer und militärischer Führung. Der Kommandant einer Kampfregion ist politisch und militärisch verantwortlich. Der politische Kommissar ist sein Stellvertreter. Entsprechend sind die Kampfzonen innerhalb der einzelnen Gebiete organisiert. Der Befreiungskampf der MPLA ist ein patriotischer, sodaß alle ethnischen Gruppen und sozialen Schichten an ihm teilnehmen können. Es ist dies die durchgängige Politik der Nationalen Front, die zugleich den Aufbau einer Parteistruktur innerhalb dieser Front miteinbezieht. Auf dem Weg zu diesem Ziel eröffnete die MPLA 1968 ihre 5. Front im Distrikt von Bié, und stieß damit ins Zentrum Angolas vor. 1968 kontrollierte die MPLA 1/3 des Landes. Damals sagte Neto: "Es wird nicht mehr eine Reihe von Kampffronten geben, sondern nur noch eine einzige, die den Feind in einer Einkreisung einschließen wird, die ihn lähmen und schließlich hilflos machen wird. Dies wird das Vorspiel für den endgültigen Schlag sein, der darin kulminieren wird, daß das Volk die Macht übernimmt."

Während die früheren Aufstände, die von vereinzelten Stämmen getragen wurden, leicht zu liqui-



dieren waren, steht die portugiesische Armee heute einer von der MPLA organisierten Nation gegenüber. D. Chipenda sagte in einem Gespräch mit dem "Spiegel" v. 8. 2. 71 hierzu: "Das Wichtigste, was wir in unserem Kampf bis jetzt erreicht haben, ist das Gefühl, nicht mehr eine Ansammlung von Stämmen, sondern eine Nation zu sein."

In den befreiten Gebieten versucht die MPLA die noch vorhandenen Überreste der Stammesstrukturen abzubauen und durch den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung abzulösen. In der 3. Region (Moxico) richtet die MPLA Volksläden ein, in denen die Bauern ihre eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen z. B. Fleischkonserven, Salz und andere lebenswichtige Waren eintauschen können. Um die Versorgung der Bevölkerung und der Guerillas sicherzustellen, wurden Landwirtschaftskooperativen organisiert. Außerdem wurde die Kopfsteuer und alle anderen von den Portugiesen erhobenen Steuern in den befreiten Gebieten abgeschafft. Die MPLA verfügt über einen eigenen Gesundheitsdienst (SAM), dessen Leiter Dr. E. Santos erklärte, daß die kleinen Sanitätsstationen der MPLA "seit Menschengedenken der erste Versuch ärztlicher Betreuung" sind und der erstmals eine allgemeine Impfkaktion der Bevölkerung in den befreiten Gebieten durchführte. Um die Analphabetenrate (98%) zu senken, hat die MPLA Schulen eingerichtet, in denen sie z. T. mit von ihr selbst herausgegebenen Schulbüchern unterrichtet.

Die revolutionären Schul- und Schulungsprogramme der MPLA sind die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß die kulturellen und politischen Bindungen, die der Kolonialismus nach der formalen Unabhängigkeit im allgemeinen als Bastion seiner neokolonialistischen Politik hinterließ, abgeschafft werden. Hierin zeigt sich eine neue Entwicklungsperspektive für Angola, die sich von der anderer ehemaliger Kolonien unterscheidet, deren Führungsschicht nach der formalen Unabhängigkeit den von der Kolonialmacht aufgebauten Staatsapparat übernahm.

Der portugiesischen Kolonialmacht ist es nicht gelungen in der bereits zehn Jahre andauernden bewaffneten Auseinandersetzung die Oberhand zu gewinnen. Das führte dazu, daß Portugal den

Krieg seinerseits eskalierte, indem es sich nicht mehr darauf beschränkt, zeitweise Napalmbomben auf angolische Siedlungen zu werfen, sondern in letzter Zeit systematisch begonnen hat, Entlaubungsaktionen durchzuführen und Giftgase einzusetzen, die nicht nur die gesamte Ernte vernichten, sondern auch einen erneuten Anbau unmöglich machen.

Der portugiesische Kolonialismus ist nicht in der Lage, den Befreiungskampf der afrikanischen Völker, der in Mocambique von der FRELIMO, in Guinea-Bissau von der PAIGC und in Angola von der MPLA wird, alleine niederzuschlagen. Vielmehr erhält er massive wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die NATO-Staaten, die USA und die weißen Minderheitsregierungen in Afrika - Rhodesien und Südafrika.

Daraus ergibt sich für die demokratischen und sozialistischen Kräfte auch in Westdeutschland



die Aufgabe, den Befreiungskampf, der von den Portugiesen und seinen Verbündeten mit zunehmender Härte bekämpften Befreiungsbewegungen, politisch und materiell zu unterstützen.

Spanien-onto: Comité Súdliches Afrika
Heidelberger Volkszeitung, Nr. 20040

Anke Fernandes
Komité Südliches Afrika - Heidelberg

NEUES ROTES FORUM 1/71

INHALT:

Karin Althoff

Zur Situation in Spanien

Joscha Schmierer

Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution

Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg

Dokumente zur weiteren Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg

Zur Analyse der Studentenbewegung (Gruppe NRF)

Wahlplattform der Gruppe NRF

Nach dem Sieg von Muhamed Ali

William Burchett

Die National Convention der SDS in Chicago

Hans Martin Mumm